

Bonn, Montag 25. Oktober 1971

Sprecher: [Ackermann], Amrehn, Barzel, Echternach, Hahn, [Harlander], [von Hassel], Hasselmann, [Hennig], Kaltefleiter, Katzer, Kiesinger, Köppler, Kohl, Krasko, Lampersbach, Langguth, Lemke, Müller-Hermann, Stingl, Stoltenberg, [Weiskirch], Wex, Windelen.

Beginn: 11.00 Uhr

Konstituierung des Vorstands. Politische Lage. Durchführung der Beschlüsse des Parteitag. Die CDU im gegenwärtigen Meinungsbild unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Wahlen. Verschiedenes.

KONSTITUIERUNG DES VORSTANDS

Barzel: Aus meiner Sicht wird nichts wichtiger sein, als die kollegialen und die menschlichen Beziehungen in diesem Vorstand, der wohl der jüngste ist, den wir bisher hatten, so zu gestalten, daß wir diese Arbeit zu leisten imstande sind. Denn eines ist ganz klar: Kein Geld, kein Plakat, keine Politik kann die Kraft ersetzen, die davon ausgeht, wie wir miteinander umgehen, im Guten oder im Schlechten. Ich sage dies bewußt, weil ich weiß, daß es eine der Hauptaufgaben dieses Vorstandes und des Vorsitzenden ist, zur Integration beizutragen. Ich möchte deshalb meiner Freude Ausdruck geben, daß der Kollege Kohl und ich zwar unter unangenehmen Umständen in Bremen zusammen im Hagel von faulen Eiern gestanden haben¹ – Ernst Müller-Hermann wird darüber berichten – und daß der Kollege Schröder sich entschieden hat, wie Sie das der Öffentlichkeit haben entnehmen können.²

Es muß alles das, was wir auf dem Parteitag³ gesagt haben, an Kollegialität, an Solidarität, an Häufigkeit der Sitzungen, auch wirklich eingehalten werden. Wir im Präsidium sind uns darüber im klaren, daß nach der Satzung dieser Partei das eigentliche Führungsgremium dieser Bundesvorstand ist und das Präsidium sich mehr als ein geschäftsführender Ausschuß zu betrachten hat. Dem entspricht der Vorschlag, den Herr

1 Während einer Wahlkampfveranstaltung von Franz Josef Strauß in Bremen kam es zu Tumulten (vgl. „Die Welt“ vom 15. September 1971 „Pfiffe und Geheul gegen Strauß“; „Weser-Kurier“ vom 15. September 1971 „Unmut äußerte sich in lauten Parolen“). Die Wahlkampfauftritte von Barzel und Kohl waren am 9. September (vgl. „Weser-Kurier“ vom 10. September 1971 „Einig in Kritik an Bonn und Bremen“).

2 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Oktober 1971 „Gerhard Schröder verzichtet praktisch auf seine Kandidatur“.

3 Vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG.

Kraske Ihnen nachher machen wird, auch hinsichtlich der Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Tagungen dieses Vorstands.

Ich würde es für richtig halten, wenn wir uns heute ausgiebig Zeit nehmen für die Abwicklung unserer Tagesordnung. Wir denken den Ablauf ungefähr so, daß wir um 13.00 Uhr unterbrechen, dann aufgrund der Gastfreundschaft des Kollegen Kohl, die unverändert ist, ein Mittagessen nehmen, den Kaffee hier nehmen und zwischen 16.30 Uhr und 17.00 Uhr uns bemühen fertigzuwerden. Ich denke, das sollte in der Regel so sein. Das, was hier zu besprechen ist, muß – und es wird sich gleich noch an zwei Punkten zeigen – von großer Vertraulichkeit sein. Wir sollten deshalb dabei bleiben, Protokolle dieser Vorstandssitzungen nicht anzufertigen, aber wohl eine Aufzeichnung, die vertraulich festgehalten wird, so daß man daran kann, wenn es sein muß. Über den Kreis der Teilnehmer wird der Generalsekretär uns auch noch Vorschläge machen. Ich begrüße schon heute Herrn Hennig⁴, den neu gewählten Bundesgeschäftsführer, weil Herr Göb an einer Grippe erkrankt ist.

Lassen Sie mich noch etwas zum Allgemeinen vorweg sagen. Sie haben gehört, was ich mit welchen Akzenten in Saarbrücken gesagt habe. Ich will das nicht wiederholen. Ich will auch uns weder durch Bremen in die eine Stimmung noch durch Baden-Württemberg in eine andere Stimmung bringen lassen. Das Fundamentale scheint mir zu sein, daß wir hier erkennen, daß nicht im Begeisterungssturm unserer Mitglieder unsere Mehrheitschance für 1973 liegt. Denn unsere Partei, einschließlich ihrer Gremien, vielleicht jetzt mit Ausnahme dieses Vorstands, ist natürlich nicht repräsentativ für das, was eine Wählermehrheit im Jahr 1973 sein kann. Das heißt, wir müssen immer wieder an die denken, die nicht hier sitzen, sei es in der Fraktion, sei es in der Partei, und ich brauche über die Notwendigkeit, in der Mitte Gewinne zu machen, ohne nach rechts etwas zu verlieren, nichts zu sagen.

Was den Bundesparteiausschuß betrifft, möchte ich heute schon eine Mitteilung machen, das andere habe ich die Absicht erst im Dezember zu sagen. Ich glaube, daß die Punkte, die wir als Sachkonzeptionen bezeichnet haben – und ich habe ja fünf, sechs davon in meiner Saarbrücker Rede genannt – vorbereitet werden und dann im Parteiausschuß, der ja ein etwas unglückliches Leben führt, diskutiert und vielleicht auch beschlossen werden sollten. Ich würde es für richtig halten, aus dieser Sitzung ein Grußtelegramm zu schicken an die Kollegen Kiesinger, Heck und Schmücker, daß wir an sie denken bei der Konstituierung, und auch ein freundliches Telegramm an Herrn Filbinger, der das sicher heute angenehm empfinden wird.

4 Dr. Otfried Hennig (1937–1999), Jurist; 1961 CDU, 1967–1971 persönlicher Referent von Rainer Barzel, 1972/73 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1976–1992 MdB, 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen und 1991/92 beim Bundesminister der Verteidigung, 1989–1997 Vorsitzender des LV Schleswig-Holstein, 1992–1997 MdL Schleswig-Holstein, 1997–1999 Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

POLITISCHE LAGE

Das Entscheidende für die Politik dieser zwei Jahre, ich sage dies hier mit allem Nachdruck, ist, daß wir immer mehr sagen, wofür wir sind. Wogegen wir sind, hat sich rumgesprochen. Das heißt, unsere Alternative muß immer deutlicher werden. Und da möchte ich Sie alle sehr herzlich einladen, in zwei Punkten besonderen Bedacht zu haben: Es nützt uns nichts, wenn wir schadenfroh von Inflation und Zerstörung der finanziellen Basis für Reformen sprechen. Wir müssen dies festhalten. Aber wir müssen dem unsere Reformmöglichkeiten entgegensetzen. Es nützt uns in der Ostpolitik nicht, den Eindruck entstehen zu lassen, als seien wir gegen alles. Vielmehr müssen wir konkret sagen, wofür wir dort auch sind. Hier bin ich wirklich dafür, erbarmungslos oft die NATO-Formel⁵ – die ja unser Satz ist – von der Freizügigkeit der Menschen, Informationen und Meinungen zu übernehmen und immer daran zu denken – das sagt sich jetzt alles leicht, es wird nachher sehr viel schwerer, wenn es konkret wird –, daß wir eine Position beziehen müssen, die von den Gutwilligen in Deutschland verstanden, von der Mehrheit gebilligt und von den Informierten draußen in der Welt verstanden wird, und außerdem so ist, daß wir mit genau denselben Worten 1973 eine Regierungspolitik führen können.

Ich muß aus Gründen, die ich nicht erhofft hatte, aber die sich ergeben haben, nun zunächst einige auswärtige Aspekte anführen, weil es wichtig ist. Zunächst sind sie wichtig, weil es die Bemühung gab, uns die Isolierung einschließlich bei den christlich-demokratischen Parteien vorzuwerfen.⁶ Außerdem haben Sie natürlich gesehen, daß es eine Kampagne zur Diffamierung des Vorsitzenden gibt.⁷ Das wird Sie alle auch noch erreichen im Laufe mindestens der nächsten zwei Jahre, wenn nicht des weiteren politischen Lebens. Wir sollten also gleich versuchen, das miteinander zu erledigen. Wir müssen das auch dem Kollegen Filbinger sagen, der heute verhindert ist durch eine dringende Sache. Unsere Freunde in Baden-Württemberg würden gerne eine landespolitische Wahl haben, und dann haben sie auch sehr gute Chancen. Sie fürchten, sie kriegen eine Wahl über die Verträge, ohne daß das schon ausdiskutiert ist, und dann ist offen, wie die Chance ist. Im Augenblick, das konnten Sie der Presse entnehmen, sind zur Überraschung aller in Bonn die innerdeutschen Gespräche in einem schlechteren Zustand, als wir sie alle erwartet haben. Sie erinnern sich, daß viele unter uns erwartet hatten, sie würden heute zu Ende sein, wenn Breschnew nach Paris kä-

5 Vgl. Schlußkommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats vom 14. Dezember 1967 in BULLETIN Nr. 149 vom 16. Dezember 1967 S. 1256–1258; Kommuniqué der Tagung der Minister des Nordatlantikrats am 4./5. Dezember 1969 in Brüssel in BULLETIN Nr. 150 vom 9. Dezember 1969 S. 1269–1279, hier S. 1278.

6 Angeblich hätten „christdemokratische Parteien der Benelux-Staaten und Italiens sich kritisch über die Haltung der Opposition zur Ost-Politik der Regierung geäußert“ (Bahr an Kissinger vom 24. Juli 1970 in AAPD 1970 Dok. 332 S. 1232).

7 Vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 9. Oktober 1971 „Barzel und die Frauen“; „Spiegel“ Nr. 42 vom 11. Oktober 1971 „Ein neuer Barzel? Eben nicht.“; „Die Weltwoche“ vom 22. Oktober 1971 „Mit der Vaterfigur leben“; Interview von Wilhelm Simpfendorfer mit dem „Stern“ Nr. 43 vom 17. Oktober 1971 „Barzel gefährdet die CDU“.

me.⁸ Das war eine Information, eine ganz harte, die auch von führenden Botschaftern verbreitet wurde. Das nächste Datum, wo alle dachten, es ist bestimmt zu Ende, ist der 5. Dezember oder 10. Dezember, die nächste NATO-Konferenz.⁹ Auch dies scheint heute nicht gesichert. Warum, weiß kein Mensch. Hier gibt es alle möglichen Spekulationen. Es kann also sein, daß die Sache ein bißchen länger dauert. Ich weiß nicht, wie die Sowjetunion die Dinge beurteilt. Sie ist weiterhin interessiert, mit uns zu sprechen, und wir sind in Vorüberlegungen für einen endgültigen Termin und ein Besuchsprogramm.

Ich möchte ein Wort sagen zu den Behauptungen, die es hier und da gibt, und das sage ich deshalb, weil wir in dem Vorstand ein paar Kollegen haben, die ihm früher nicht angehört haben. Nämlich die Behauptung, daß man in den USA nicht wisse, wie wir zu den Verträgen denken. Ich habe hier mitgebracht, damit wir nicht hier zu lange reden brauchen, die amtlichen Aufzeichnungen über mein letztes Gespräch vom 14. April 1971 mit Präsident Nixon.¹⁰ Da heißt es, das Deutsch ist nicht so gut, was die Verträge betreffe, so habe man sie nunmehr neun Monate lang geprüft. Eine Gegenleistung sei nicht zu erkennen. Wir seien daher fest entschlossen, sie abzulehnen. Die russischen Verträge könnten nicht mit einer einzigen Stimme der CDU/CSU rechnen, und es sei ungewiß, ob es eine Mehrheit im Bundestag gebe. Das ist die amtliche Niederschrift dazu, und das wollte ich in die Debatte einführen.

Was die Briten betrifft, das muß hier berichtet werden, gab es einen interessanten Vorgang. Ich kriegte eine Einladung der Konservativen, ziemlich plötzlich, an der Europadebatte mit der wichtigen Entscheidung teilzunehmen. Ich habe dann antworten lassen, daß würde ich ganz gerne machen, aber ich könne dies nur tun, wenn der britische Premierminister¹¹ selbst Zeit hat. Ich dachte, damit bin ich, unter uns gesagt, die Sache los. Zwei Stunden später kam eine persönliche Einladung des britischen Premiers, und, und das möchte ich an dieser Stelle sagen, die Herren sind für unsere Argumentation.¹² Und dasselbe können sie aus Paris und aus Washington und hier hören. Wir haben einen interessanten Punkt der auswärtigen Debatte erreicht, die, wenn wir

8 Der erste Besuch Leonid Breschnews in einem westlichen Land fand vom 25. bis 30. Oktober 1971 in Frankreich statt. Im Anschluß daran reiste er in die DDR weiter, vgl. AdG 1971 S. 16651–16656.

9 Tagung des NATO-Ministerrats am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel, vgl. AdG 1971 S. 16759–16763; AAPD 1971 Dok. 439.

10 Vgl. GRAU S. 180f.

11 Edward Heath (1916–2005, ab 1992 Sir Edward Heath), britischer Politiker (Konservative Partei); 1950–2001 Mitglied des Unterhauses, 1953–1955 Chief Whip der Konservativen Partei, 1955–1959 Staatssekretär im Schatzamt und im Staatsrat, 1959/60 Minister für Arbeit, 1960 Lordsiegelbewahrer, 1963/64 Handelsminister, 1965–1975 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1965–1970 und 1974/75 Oppositionsführer im Unterhaus, 1970–1974 Premierminister. *Memoiren: The Course of my Life*. London 1998; John CAMPBELL: *Edward Heath. A Biography*. London 1993.

12 Barzel hielt sich am 13./14. Oktober 1971 in London und Brighton auf, wo er am Parteitag der Konservativen Partei teilnahm. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 14. Oktober 1971 „Britische Konservative bereiten Barzel herzlichen Empfang“; Interview Barzels mit der BBC am 14. Oktober 1971 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

es richtig machen, im Ablauf der nächsten Monate zu unseren Gunsten ausgehen könnte. Bis Oreanda¹³ bedeutete Ostpolitik der Deutschen für die Westmächte, die werfen ein Stück von ihrer Substanz weg, wir können sie nicht hindern. Seit Oreanda und der Beschleunigung der europäischen Sicherheitskonferenz¹⁴ gibt es das Gefühl bei den Westmächten – natürlich noch nicht in den breiten Massen, nicht etwa der Presse, täuschen Sie sich nicht. Es gibt bei Verantwortlichen das Gefühl, jetzt geht es an unser Eingemachtes, unsere urtümliche Argumentation eigener Interessen, wie sie Konrad Adenauer 1948 hatte: Schutzschild-Ideen. Wir brauchen die Bundesrepublik Deutschland doch in der NATO. Was machen diese Leute eigentlich? Und wenn die dann lesen, daß also 50 % der Deutschen inzwischen für die Neutralität sind und 39 % noch für das Zusammengehen mit den USA¹⁵, dann ist das der Punkt, wo gewackelt wird.

In der Bundestagsfraktion haben wir uns seit dem Sommer ja bemüht, die ostpolitischen Dinge von der Westpolitik her aufzurollen, also ganz stark Europa und die NATO zu betonen. Das bekommt uns sehr viel besser, und ich kann das auch aus meinen Gesprächen in London berichten, wo zu meiner Überraschung auch noch Sir Alec Douglas-Home¹⁶, der ja eine besondere Haltung hat, wie Sie alle wissen, sich für eine Stunde einfand. Ich kann Sie nur sehr herzlich bitten, nicht zu glauben, daß wir im Westen in irgendeine Isolierung kämen, ganz im Gegenteil, wenn wir ins Sachen Truppenverdünnung, Behutsamkeit der Sicherheitskonferenz, wenn wir von diesen Dingen sprechen, dann haben wir in den beiden Fragen Bundesgenossen und werden in der anderen Frage vielleicht verstanden, wenn nicht gebilligt. Das letztere wage ich nicht zu hoffen. Also „Europa“ können wir nicht oft genug sagen.

Ich bin Ihnen ein Wort schuldig über das Bundesverfassungsgericht. Das neu gewählte Präsidium hat in seiner ersten Sitzung heute vor 14 Tagen¹⁷ die Frage sehr sorg-

13 Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit Breschnew in Schloß Oreanda auf der Krim auf, vgl. AAPD 1971 Dok. 310, 311, 314, 315; Communiqué und Erklärung Brandts in BULLETIN Nr. 136 vom 21. September 1971 S. 1469–1471. Vgl. auch GRAU S. 203f.; Werner LINK: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung. Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Hg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst MÖLLER und Aleksandr CUBAR'JAN. München 2008 S. 298–342, hier S. 302–305.

14 Vgl. Empfehlung Nr. 1 und Nr. 9 der 17. Jahrestagung der Nordatlantischen Vollversammlung vom 27. bzw. 28. September 1971 (SICHERHEITSKONFERENZ IN EUROPA Dok. 150; „Die Welt“ vom 28. September 1971 „NATO sucht Maßstäbe für Truppenabbau“).

15 Vgl. Allensbacher Berichte Nr. 27/1971 „Halbzeit der Regierung Brandt/Scheel. Zur ZDF-Magazinsendung am Mittwoch dem 20. Oktober, 20.15 Uhr“, hier Tabelle 17.

16 Alexander (Alec) Douglas-Home (1903–1995, 1951–1963 14. Earl of Home, ab 1974 Lord Home of the Hirsel), britischer Politiker (Konservative Partei); 1937–1939 Privatsekretär von Neville Chamberlain, 1955–1957 Minister für Commonwealth-Angelegenheiten, 1957–1960 „Leader of the House of Lords“ und „Lord President of the Council“, 1960–1963 und 1970–1974 Außenminister, 1963/64 Premierminister, 1963–1965 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1964/65 Oppositionsführer. Memoiren: *The Way the Wind Blows. An Autobiography*. London 1976; D. R. THORPE: *Alec Douglas-Home*. London 1996.

17 Das Präsidium hatte auf seiner Sitzung am 11. Oktober 1971 beschlossen, wieder den Prä-

fältig erwogen. Und es gab hier alle möglichen Vorstellungen, die in der Behauptung gipfelten, daß wir – wir sprechen hier offen; ich habe eben aus dem Telegramm was vorgelesen, wir wollen das versuchen, daß das glatt geht – die Mehrheit im Zweiten Senat behalten und nicht bereit sein sollten, dafür den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes einzutauschen.¹⁸

Herr Bundeskanzler Kiesinger, ich begrüße Sie sehr herzlich. (*Beifall.*)

Diese Behauptung, die mit dem Blick auf ein mögliches Inanspruchnehmen des Bundesverfassungsgerichtes zu den Verträgen aufgestellt wurde¹⁹, ist durch Fakten nicht belegbar. Sie werden mir ersparen, das im einzelnen darzutun. Wir hatten uns dann im Präsidium, obwohl wir von ganz unterschiedlichen Standpunkten ausgegangen sind, darauf verständigt, möglichst schnell den angebotenen Akkord zu vollziehen, und waren einstimmig der Meinung, weil wir uns entschieden hatten dafür, es müsse ein Politiker sein, und es müsse jemand sein, der die Amtszeit aussitzt. (*Heiterkeit.*) Damit sind eine Fülle anderer Kandidaturen, die dem einen oder anderen von uns nahegelegt worden sind, und die wir auch für beachtlich gehalten haben, mit diesen Argumenten erledigt. Wir brauchen ja nichts weiteres hinzuzufügen, haben uns dann auf Herrn Benda verständigt. Es gab dann noch einmal einen Versuch, sich doch lieber etwas Zeit zu lassen und vielleicht doch noch mal zu versuchen, im Zweiten Senat den Spieß umzudrehen. Das hat uns in der vergangenen Woche sehr beschäftigt. Und als ausgerechnet in der „Welt“ diese Indiskretion passiert war²⁰, standen wir in der Gefahr, daß wir entweder nach einem Kampf von acht Wochen, ohne im Zweiten Senat gesiegt zu haben, ohne einen Kandidaten von Qualität dagestanden hätten und in der Öffentlichkeit als die Leute, die aus politischen Gründen auf das Gericht zugreifen. Wir haben uns dann entschieden im Interesse dieser Institution. Wir können nicht den Verfall der demokratischen Institutionen beklagen, wenn wir selbst daran mitwirken, das zu tun, was Sie der Presse entnommen haben. Herr Kollege Kohl hat uns heute²¹ berichtet, vielleicht ergänzt er es nachher noch einmal, daß als Termin bei dem Richterwahlausschuß der 2. November vorgesehen ist.

Zur inneren Lage. Ich will jetzt über Wirtschaft und all solche Dinge heute nicht sprechen, weil das viel zu lange wäre. Aber ich möchte doch ein Wort sagen zu dem, was wir in der vergangenen Woche für richtig gehalten haben zu machen. Unabhängig

sidenten sowie je einen Richter für den 1. und den 2. Senat zu nominieren (Protokoll in ACDP 07-001-1404).

18 Ernst Benda wurde am 8. Dezember 1971 zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Martin Hirsch (SPD) zum Richter am Zweiten Senat gewählt. Vgl. FAZ vom 21. Oktober 1971 „Benda soll Präsident des Bundesverfassungsgerichtes werden“; „Die Welt“ vom 13. November 1971 „Benda wird neuer Präsident des Bundesverfassungsgerichts“.

19 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 16./17. Oktober 1971 „Querelen ums Bundesverfassungsgericht“; „Bonner Rundschau“ vom 22. Oktober 1971 „CSU drängt auf mehr Macht in Karlsruhe. Bundesverfassungsrichter ihrer Wahl sollen im Falle des Falles Ostverträge prüfen“.

20 Vgl. „Die Welt“ vom 23./24. Oktober 1971 „Vergißt Bonn das Ansehen des Verfassungsgerichts?“.

21 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1404.

von dem Friedensnobelpreis²² hatten wir dies vor, und so war es ja auch hier besprochen im Parteipräsidium vorige Woche²³.

Daß dieser Friedensnobelpreis uns das Leben nicht erleichtert, ist ganz klar. Daß wir aber uns alle fair und sportlich darauf einstellen sollten, ist ebenso klar, ohne nun in Lobhudelei oder so etwas zu verfallen. Wir haben deshalb wie folgt uns verhalten, als wir dies hörten. Wir haben sofort, also in diesem Falle ich selbst, auf einem persönlichen Briefbogen, dem Bundeskanzler einen Brief geschrieben, der heißt: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, soeben erfahre ich, daß das Komitee des norwegischen Parlaments Ihnen den Friedensnobelpreis verliehen hat. Dazu gratuliere ich Ihnen ungeachtet aller politischen Differenzen mit den besten Wünschen, Ihr.“ Diesen Brief hatte er als ersten von allen überhaupt. Der Text ist nie bekannt gegeben worden. Wir haben nur gesagt, wir hätten gratuliert, damit wir um irgendeine Formel herumkommen, die in der Öffentlichkeit doch erst wieder hätte abgestimmt werden müssen, weil sie dem einen nicht paßt. Eines muß ich hier sehr deutlich sagen – ich hoffe, daß wir uns da gleich verstehen: Sollte jetzt irgend jemand versuchen, den Friedensnobelpreis zur Drohkulisse gegen uns zu gebrauchen oder zur Denkmalspflege, dann würden wir natürlich sagen, Moment, hier ist zuerst eine Demokratie, wo jeder sagt, was er denkt, und das war eines der Motive der Rede, die ich am 21. Oktober 1971²⁴ gehalten habe.

Ich möchte dazu ein paar Worte mehr sagen, weil wir ja mehr voneinander wissen müssen. Es hat sich aus unserer Sicht an der Sache nichts geändert, d. h. an der Ablehnung der Verträge. Die Kollegen, die neu sind, sollten wissen, daß niemand das in den internen Gesprächen deutlicher sagt als Gerhard Schröder, auch neulich bei dem Gespräch mit dem Rat der EKD.²⁵ Im Gegenteil ist unsere Position wohl eher verhärtet. Aber wir müssen sehen, daß man eine gigantische Drohkulisse gegen uns aufbaut mit dem Junktim: Moskauer Vertrag, Berlin-Geschichte und der angeblichen Isolierung bei den christlich-demokratischen Parteien und dem Westen. Wir dürfen nicht unterschätzen, daß es Bemühungen der Koalition um beide Kirchen gibt, durch verbale Erklärungen nicht hinter dem Osloer Preis zurückzustehen. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir versuchen, diese Drohkulisse, soweit wir können, abzubauen. Wir werden ja ohnehin widerstehen müssen. Sie würden mich aber falsch verstehen, wenn Sie das etwa nur als taktisch betrachten oder als ein Hilfsmittel, mit einem anderen Thema das andere zu verdrängen, was ja weitgehend gelungen ist. Und es wäre auch falsch, einfach zu sagen, wir können eben eine zweijährige Konfrontation ohne Geld jetzt gar nicht aushalten. Auch das würde nicht voll dem entsprechen, was ich will. Ich meine, und das ist sehr grundsätzlich, wer, wie wir dies tun, in die Auseinandersetzung mit den

22 Die Bundestagssitzung am 20. Oktober 1971 wurde kurzzeitig unterbrochen, um bekanntzugeben, daß Brandt der Friedensnobelpreis verliehen wird (Sten.Ber. 6. WP 144. Sitzung S. 8288f.). Die Verleihung des Friedensnobelpreises erfolgte am 10. Dezember 1971 in Oslo.

23 Protokoll vom 18. Oktober 1971 in ACDP 07-001-1404.

24 Zur Äußerung Barzels in der laufenden Haushaltsdebatte vgl. Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8330-8332.

25 Vgl. dpa vom 14. Oktober 1971 „EKD-Rat bei Kanzler, Koalition und Opposition“.

anderen geht, mit der Oberüberschrift „Sorge um dieses Gemeinwesen“, der muß natürlich dafür sorgen, daß die eigene Position rundherum staatspolitisch ganz sauber ist. Und das muß hier geschehen. Das ist auch draußen richtig verstanden worden und macht uns frei von allen Gerüchten, der eine sei der Sklave des andern oder wir seien auf dem Weg in eine rechte Ecke. Das Klima ist verändert, und darauf kam es an. Ich habe hier zwei konkrete Punkte noch zur inneren Politik.

Entschuldigen Sie, wir werden uns daran gewöhnen, daß ich in meinem Bericht alles das aufnehme, weil das ja immer zusammenhängt. Das eine ist das Betriebsverfassungsgesetz.²⁶ Wir werden hier nicht der Fraktion die Entscheidung abnehmen können, die sehr schwierig ist. Aber ich möchte in einem Punkt diesen Vorstand befaßt wissen, damit, wenn jemand anderer Meinung ist, er dies nachher sagen sollte. Sie erinnern sich an den Saarbrücker Parteitag, unter anderem an die Debatte, ich überspitze sie jetzt, ob nicht durch praktische Politik die Profilierung durch Programm und Partei Schaden nehme. Nun stehen wir jetzt im Bundestag vor der Notwendigkeit, uns einzulassen zum Betriebsverfassungsgesetz. Da kamen einige Leute mit der Ziffer 72 unseres Berliner Programms, Düsseldorfer Fassung, wohl weniger aus grundsätzlichen Gründen, sondern weil sie etwas suchten. Da heißt es: „Wir werden daher ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht schaffen.“ Die Kollegen, die das lesen, sagen dann: „Also kannst Du, denke an Saarbrücken, auf eine Abtrennung dieser Sache, wie das die Koalition vorsieht, Dich überhaupt nicht einlassen? Du mußt, gestützt auf diesen Satz, einfach nein sagen.“ Das Parteipräsidium hat die Frage erörtert. Ich habe es auch selbst mit Herrn Biedenkopf erörtert. Ergebnis: So könne man nicht verfahren, wir müßten natürlich im Bundestag versuchen, den unternehmensrechtlichen Teil hereinzubringen, das vor allen Dingen, wenn die FDP in dieser Woche zu einem Beschluß kommt, wie es wohl zu erwarten ist.²⁷ Wir haben uns vorher im Präsidium unterhalten, Herr Katzer wird dies, wenn gewünscht, im einzelnen vortragen können. Das fällt ja in seine Zuständigkeit, auch nach der neuen Geschäftsverteilung. Ich möchte aber herzlich darum bitten, wenn einer hier in diesem Vorstand sein sollte, der glaubt, die Fraktion könne sich hier gar nicht bewegen, weil dieser Paragraph des Programms uns hindere, dann soll er dies hier sagen, damit wir solche Debatten, wie wir sie hatten, nicht wieder draußen, sondern zunächst einmal drinnen kriegen.

Nächster Punkt: Mieten.²⁸ Das stehen wir so durch, wie das hier vertreten worden

26 BT-Drs. VI/1786 (Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes), Gesetz vom 15. Januar 1972 (BGBl. 1972 I S. 13).

27 In der FDP hatte sich das Riemer-Modell zur Mitbestimmung gegen das Maihofer-Modell durchgesetzt. Vgl. „Handelsblatt“ vom 28. Oktober 1971 „FDP: Eine Stimme Mehrheit für Mitbestimmung 6:4:2“; „Rheinischer Merkur“ vom 5. November 1971 „Gefährliche Pläne“.

28 Antrag der CDU/CSU-Fraktion für den „Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der Mißstände auf dem Wohnungsmarkt“ vom 14. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2713). Vgl. auch Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13. Oktober 1971; „Rheinische Post“ vom 14. Oktober 1971 „Union will Mietstopp bis 1975 in Ballungsgebieten“.

ist. Ich brauche es im einzelnen nicht darzutun. Aber ich möchte doch ein Beispiel sagen und dann vielleicht auch Herrn Weiskirch und die anderen Herren bitten, das unter die Leute zu bringen, wie der Bundestag an der Nase herumgeführt und die Öffentlichkeit betrogen wird. Die Bundestagsfraktion stellt also eine Anfrage nach Gefahren für den Wohnungsbau. Antwort vom 12. Oktober: „Erfreulicherweise setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, daß die Zustände auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik entscheidend auf den Fehlern und Versäumnissen der früheren Wohnungspolitik beruhen.“²⁹ So fängt das an. Ich glaube nicht, daß man mit dem Parlament so umgeht. Das sagt dieselbe Regierung, die in diesen Dingen, und dagegen kommen wir finanziell gar nicht an, einen Weltrekord im Wohnungsbau in Anspruch nimmt, was dann im einzelnen dargelegt wird. Und dieselbe Regierung hat uns früher mitteilen müssen, wie die absoluten Zahlen sind – und im Wohnungsbau sind nur absolute Zahlen interessant, weil wir ja auch in der Bevölkerung nicht Prozente, sondern absolute Zahlen haben. Herr Lauritzen³⁰ ist erst fünf Jahre Minister, und in diesen fünf Jahren, wenn hier schon so argumentiert wird, ist der Soziale Wohnungsbau verheerend heruntergegangen. Die Zahlen will ich nicht vorlesen, sie liegen aber vor. Wir sollten das unter die Leute bringen, denn das Hauptproblem in der Mietdebatte, die uns draußen beschäftigt, ist eben der nachlassende Soziale Wohnungsbau.

Letzter Punkt zu den Fragen, die ich vorzutragen möchte. Sie erinnern sich, daß wir auf dem Parteitag gesagt haben, und zwar nicht nur der jetzige Vorsitzende, sondern auch andere Kollegen, daß wir einen Grundsatzausschuß³¹ brauchen. Wir haben uns unterhalten mit dem Kollegen von Weizsäcker, ob er bereit sei, diesen Ausschuß zu übernehmen. Er stimmt dem zu; er ist heute durch eine Reise ins Ausland verhindert. Ich würde es für richtig halten, er hat es sehr konkret schon alles ausgearbeitet, daß wir ihm die Chance geben, das selbst hier vorzutragen. Ich möchte nur, daß dieser Vorstand heute beschließt, daß Weizsäcker der Vorsitzende ist: Auch möchte ich Ihnen sagen, was Herrn von Weizsäcker und uns vorschwebt. Aber die Namen können wir noch nicht publizieren, aus Gründen, die klar sind. Wir werden das zwischendurch für die verschiedenen Bereiche benennen, Herrn Albrecht³² aus Hannover, Herrn Mikat,

29 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. neue Gefahren für den Wohnungsbau vom 24. September 1971 (BT-Drs. VI/2602) und Antwort der Bundesregierung vom 12. Oktober 1971 (BT-Drs. VI/2711).

30 Dr. Lauritz Lauritzen (1910–1980), Jurist; 1929 SPD, 1937–1945 leitende Tätigkeit in der „Reichsstelle Chemie“ in Berlin, 1946–1950 Landesdirektor im Innenministerium Schleswig-Holstein, 1953 Ministerialdirektor im Innenministerium Niedersachsen, 1954–1963 Oberbürgermeister von Kassel, 1963–1966 hessischer Minister für Justiz und Bundesangelegenheiten, 1966/67 MdL Hessen, 1966–1972 Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, Juli–November 1972 zugleich Bundesminister für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, 1969–1980 MdB, 1972–1974 Bundesminister für Verkehr. Vgl. KEMPF/MERZ S. 410–413.

31 Rainer Barzel regte die Einsetzung eines Grundsatzausschusses auf dem Saarbrücker Parteitag an, vgl. CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 77. Aus diesem Ausschuß heraus entwickelte sich die Grundsatzkommission der CDU.

32 Dr. Ernst Albrecht (geb. 1930), Diplom-Volkswirt; 1954–1956 Attaché beim Ministerrat der Montanunion, 1958–1967 Kabinettschef und 1967–1970 Generaldirektor für Wettbewerb bei der EWG-Kommission, 1971–1976 Mitglied der Geschäftsleitung der Bahlsen KG,

Herrn von Weizsäcker als Vorsitzenden, Herrn Erdmann³³, Herrn Biedenkopf und Herrn Hasinger³⁴. Ich glaube, es ist wichtig, diesen Punkt zur Erfüllung der Beschlüsse des Parteitagess hier anzusprechen.

Am Schluß dieser ersten Einführung möchte ich noch einmal sagen, wie schwer die Lage für uns ist. Wir wissen, daß es darauf ankommt, wie wir zusammenstehen. Das ist das erste, es genügt nicht, einfach zu sagen, nun stehen wir zusammen gegen andere, sondern hier ist eine Integrationsaufgabe zu leisten. Und ich glaube, als erster hat sie der Vorsitzende zu leisten: Ich hoffe, daß Sie aus diesem sehr kurzen Bericht ersehen haben, vor allem wenn Sie an den ein oder anderen Namen denken, der hier eine Rolle gespielt hat, daß wir uns darum nach Kräften bemühen. Ich würde es jetzt für richtig halten, wenn Herr Kraske seinen Bericht gleich anschliesse und wir dann in eine Generalaussprache kommen, damit alles auf dem Tisch liegt, auch für Fahrplanhäufigkeit usw., wenn Sie einverstanden sind.

Kraske: Lassen Sie mich zunächst anschließen an das, was Dr. Barzel im Zuge der Konstituierung dieses neuen Vorstands gesagt hat über seine Tagung. Wir sind der Meinung, daß wir nach der Neuwahl des Vorstandes mit neuem Schwung und neuer Initiative darangehen sollten, dem Vorstand wirklich die Funktion zu geben, die er satzungsmäßig hat. Das sollte sich auch in der Häufigkeit seiner Sitzungen auswirken. Das macht aber insbesondere nötig, daß Sie sich rechtzeitig auf diese Sitzung vorbereiten können. Deswegen beabsichtigen wir, Ihnen vor der schon angekündigten nächsten Vorstandssitzung am 9. Dezember einen kompletten Terminplan für das Jahr 1972 zuzustellen, den wir dann hier am 9. Dezember verabschieden können, so daß jeder von Ihnen langfristig diese Dinge berücksichtigen kann. Nach unserem Statut hat der Vorstand sechsmal jährlich zu tagen. Es gibt darüber hinaus eine Reihe weiterer Verpflichtungen, nämlich die, daß dreimal jährlich der Bundesausschuß zu tagen hat, daß das Präsidium vierteljährlich die Landesvorsitzenden und vierteljährlich die Schatzmeister zu unterrichten hat. Wir sind im Präsidium der Meinung, daß man die Bedeutung dieser einzelnen Gremien, die ja alle irgendwo eine Drehscheibe zur Koordinati-

1970–1990 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1990 Ministerpräsident von Niedersachsen. Memoiren: Erinnerungen, Erkenntnisse, Entscheidungen. Politik für Europa, Deutschland und Niedersachsen. Göttingen 1999.

33 Dr. Karl Dietrich Erdmann (1910–1990), Historiker; 1934 Promotion, Tätigkeit in der Industrie und Kriegsteilnahme, 1947 Habilitation, 1953–1978 ordentlicher Professor für mittlere und neuere Geschichte sowie Direktor des Historischen Seminars an der Universität Kiel, Mitglied der CDU, 1962–1967 Vorsitzender des Verbandes deutscher Historiker, 1966–1970 Vorsitzender des Deutschen Bildungsrates, 1975–1980 Präsident des Comité International des Sciences Historiques. – Erdmann wurde nicht Mitglied der Grundsatzkommission. Berufen wurde Wulf Schönbohm.

34 Albrecht Hasinger (1935–1994), Jurist; 1962–1967 Oberregierungsrat im bayerischen Staatsministerium der Finanzen, 1967–1969 persönlicher Referent von Staatssekretär Ludwig Katzenstroth im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1969 CDU, 1969–1975 wissenschaftlicher Assistent für Fragen der Gesellschaftspolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1975–1977 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1976–1980 MdB, 1981–1991 Senator für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin, 1991–1994 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Gesundheit.

on und Kooperation bedeuten, nicht dadurch herunter drücken sollte, daß man das möglichst kumuliert an einem Tag – vier Gremien hintereinander. Wir wollen vielmehr diese übrigen Verpflichtungen – Bundesausschuß, Landesvorsitzende, Landeschatzmeister – jeweils in die Monate zwischen die Vorstandssitzungen hineinnehmen, so daß es praktisch alle vier Wochen – Ferienzeit ausgenommen – eine Begegnung gibt zwischen dem Präsidium, dem Bundesvorstand, den Landesvorsitzenden, Vorsitzenden der Vereinigungen, den Schatzmeistern, die mit unterschiedlichen Gewichten und unterschiedlicher Tagesordnung zusammenkommen. Wir glauben, daß dies ein wichtiger Beitrag ist zu einer noch engeren und noch offeneren Kooperation von Bundespartei und Landesverbänden und Vereinigungen.

Aus meinem unmittelbaren Bereich habe ich Ihnen zu berichten, was ich Ihnen aber bereits schriftlich mitgeteilt habe, daß unser bisheriger Bundesgeschäftsführer, Herr Dr. Göb, nach dem Bundesparteitag sowohl Herrn Dr. Barzel wie auch mir erklärt hat, daß er zum 31. Dezember ausscheiden wolle. Herr Dr. Göb hat sich selbstverständlich bereit erklärt, bis zum 31. Dezember weiterhin seine ganze Kraft für die Union zur Verfügung zu stellen. Ich möchte diese Gelegenheit, auch wenn er heute leider durch Krankheit verhindert ist teilzunehmen, schon jetzt benutzen, um ihm für seine Arbeit in den letzten zwei Jahren zu danken. Das Präsidium hat meinem Vorschlag zugestimmt und sein Einvernehmen, das nach der Satzung erforderlich ist, erteilt zur Berufung von Herrn Hennig zum Bundesgeschäftsführer mit Wirkung vom 1. Januar 1972. Ich habe verhindern wollen, daß Sie die Tatsache und die Begründung aus dem Fernsehen oder aus der Presse entnehmen und Ihnen parallel meine Gründe für die Berufung von Herrn Hennig mitgeteilt. Ich brauche darauf jetzt also nicht mehr darauf zurückzukommen. Ich will Ihnen nur sagen, daß die Bundestagsfraktion und Herr Dr. Barzel als Fraktionsvorsitzender Herrn Hennig schon in der vergangenen Woche freigestellt haben, so daß er bereits jetzt in der Nassestraße sitzt und wir einen Zeitraum von über zwei Monaten haben, um die Geschäfte von Herrn Göb auf Herrn Hennig überzuleiten, so daß hier, glaube ich, für eine vernünftige Kontinuität die Voraussetzungen gegeben sind.

Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und das, was ich mir gegenüber der Bundesgeschäftsstelle an erster Bestandsaufnahme vorgenommen habe, ist, wie Sie sich denken können, ein wenig erschwert durch den unmittelbar bevorstehenden Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus. Dieser Umzug sollte ja nach dem Parteitag stattfinden. Es geht der CDU als Bauherren so wie jedem, der mal privat gebaut hat, daß nämlich die Termine nie eingehalten werden. Der neue Umzugstermin ist jetzt Mitte November. Ich hoffe, daß wir dieses auf Biegen und Brechen durchhalten können. Das bedeutet aber, daß ich Sie um ein bißchen Verständnis bitten muß, zugleich im Namen der Bundesgeschäftsstelle, daß es hier durch einen solchen Umzug möglicherweise in der Korrespondenz und anderen Dingen vorübergehende Reibungsverluste gibt. Das bedeutet natürlich auch in meiner Zusammenarbeit mit dem Bundesgeschäftsführer und mit der Bundesgeschäftsstelle, daß eine wirkliche Bestandsaufnahme vor Jahresende sicher nicht abzuschließen ist. Es wird sich aber schon heute absehen lassen, daß das Ziel sein muß, die in den letzten zwei Jahren nach dem Übergang der CDU in die

Opposition, insbesondere die von Herrn Dr. Göb und vom alten Präsidium eingeleiteten Initiativen für den Ausbau und die Intensivierung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle fortzusetzen und – wo das nötig ist – zu straffen, die Koordination der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit der Fraktion, mit den Vereinigungen, mit den Landesverbänden weiter zu verbessern und die Voraussetzungen zu treffen, die spätestens ab heute erforderlich sind, um die Bundesgeschäftsstelle und damit die Bundespartei im Ganzen auf den bevorstehenden Wahlkampf vorzubereiten.

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang, lassen Sie mich das unmittelbar anschließen, ist, wie wir alle wissen, die Finanzierung unserer Arbeit. Herr Kollege Kiep mußte sich für heute entschuldigen. Auch er hat für diese Woche noch eine Auslandsverpflichtung, die aus dem Sommer stammt und bei der er seine neue Aufgabe nicht berücksichtigen, nicht in Rechnung stellen konnte. Er hat sich ansonsten aber für diese neue Aufgabe inzwischen ganz frei gemacht und diese auch längst aufgenommen. Die ersten Gespräche haben stattgefunden. Sie geben Anlaß, wenn nicht zu strahlendem Optimismus, so doch zu einer guten Zuversicht. Das gilt sowohl für die Spendenwerbung im größeren Stil – und das möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, weil es ja auch für die Arbeit der Landesverbände und der Kreisverbände wichtig ist –, wie sich vor allem gezeigt hat, daß nach dem Saarbrücker Parteitag im Blick auf die Bundestagswahl, offenbar die Bereitschaft unserer Mitglieder, Freunde und Anhänger groß ist, für die CDU auch finanziell etwas zu tun. Die Bereitschaft ist so groß wie selten zuvor. Es ist wirklich in manchen Fällen bewegend und rührend, was Herr Dr. Barzel im großen Stil, aber auch ich und Herr Kiep mit den Glückwünschen zu unserer Wahl für spontane Beiträge in fünfstelliger, in vierstelliger, in dreistelliger Höhe bekommen haben, bis zu einem Brief aus dem Landesverband Berlin, einer Rentnerin, die mir vor wenigen Tagen geschrieben hat, es sei doch völlig unmöglich, daß der Kampf gegen diese Regierung an finanziellen Schwierigkeiten scheitere. Sie sei zwar nur Rentnerin und könne da nicht viel machen, aber sie habe sich doch entschlossen, ihren Beitrag von 5 auf 10 DM zu verdoppeln. Ich glaube wirklich, daß dieses kein Einzelfall ist, sondern eine bestimmte Stimmung verdeutlicht, die wir in unserer Arbeit aufgreifen sollten. Herr Kiep wird am 9. Dezember bei der nächsten Vorstandssitzung einen ersten Bericht über seine Arbeit und über seine Pläne für die Zukunft geben. Ich will mich heute auf diese Bemerkung beschränken.

Neben diesen beiden Bereichen Finanzierung und Bundesgeschäftsstelle ist meine wichtigste Aufgabe für die kommenden Wochen, so bald wie möglich den Kontakt mit den Landesverbänden und den Vereinigungen aufzunehmen. Die ersten Termine sind bereits in dieser Woche verabredet. Ich bedanke mich für die Unterstützung, die ich bei den Vorsitzenden gefunden habe. Ich hoffe, daß es tatsächlich möglich sein wird, daß bis Weihnachten mit allen Landesverbänden, mit allen Vereinigungen ein erstes Gespräch stattgefunden hat. Auch dies gehört für mich zu der Bestandsaufnahme bei Übernahme des Amtes, die ich dann in der Weihnachtspause zusammenfassen will, so daß ich Ihnen zu Beginn des neuen Jahres auf dieser gesicherten Basis ein Arbeitsprogramm für das kommende Jahr vorlegen kann. Ich darf mich heute auf diese Bemerkung beschränken. Über die erste, die wichtigste inhaltliche Aufgabe, nämlich in unse-

rer Arbeit stärker als bisher die Alternativen unserer Politik deutlich zu machen, hat unser Vorsitzender in seinem Bericht gesprochen. Ich brauche das also hier nicht noch einmal zu wiederholen.

Lassen Sie mich als letztes sagen, daß wir heute im Präsidium die Aufgabenverteilung besprochen haben zwischen den Präsidiumsmitgliedern. Eine solche Verteilung hat es auch im früheren Präsidium gegeben. Von dieser ursprünglichen Aufgabenverteilung sind wir ausgegangen. Das Papier liegt Ihnen vor bzw. wird Ihnen im Laufe der Sitzung vorgelegt.³⁵ Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in allen Fragen, wo Sie selber als Landesvorsitzende, als Vorsitzende von Vereinigungen, und in welcher Funktion auch immer aktiv werden, diese Aufgabenverteilung im Auge haben, weil es ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Koordinierung sein muß, daß die entsprechenden Mitglieder des Präsidiums rechtzeitig über Initiativen unterrichtet sind, daß sie mit Ihnen abgestimmt werden, daß dann womöglich, wenn es nötig ist, das Präsidium im ganzen oder der Bundesvorstand im ganzen darüber befindet. Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie dieses Papier nicht nur heute zur Kenntnis nehmen würden, sondern auch für die weitere Arbeit im Auge behielten.

Barzel: Ich danke für den Bericht von Herrn Kraske und möchte damit, nachdem beide Berichte erstattet sind, die allgemeine Aussprache, mit der wir die Arbeit beginnen sollten, eröffnen.

Amrehn: Leider hat der Herr Vorsitzende mit der Feststellung recht, daß es wohl noch kein Vorstand so schwer gehabt hat in der Geschichte der CDU bisher, wie es dieser Vorstand in den nächsten zwei Jahren haben wird. Die Schwierigkeit ist um so größer, als wir eine gewisse Enttäuschung darüber zu überwinden haben, daß wir ja mindestens bis vor einem Jahr doch eine gewisse Erwartung hatten, es könnte gelingen, diese Regierung noch im Laufe der Legislaturperiode aus dem Sattel zu heben. Diese Erwartung haben wir aufgegeben und uns nun also völlig darauf einstellen müssen, daß wir erst nach dem Wahlkampf 1973 wieder Verantwortung übernehmen können. Das setzt allerdings voraus, und darauf hat der Vorsitzende auch hingewiesen, daß wir jene Konzentration der Arbeit schon in diesem Vorstand vornehmen, die notwendig ist, um innerhalb der Gesamtpartei Sachüberzeugungen zu schaffen und nach unten zu verbreiten. Wenn diese neue Grundsatzkommission einen Sinn haben soll, verstehe ich ihn dahin, daß in wesentlichen Fragen unserer Politik durch Wissenschaftler die Überzeugungen verstärkt und mit noch besseren Argumenten nach unten durchgesetzt werden können. Dennoch werden diese wissenschaftlichen Zusatzargu-

35 Die Aufgabenverteilung: von Hassel: Verbände, Bundeswehr, Kontakte zu befreundeten Parteien im Ausland, norddeutsche Landesverbände; Katzer: Sozial- und Gesellschaftspolitik, Gewerkschaften, Landesverbände Rheinland und Westfalen; Kohl: Länder, Studenten, Intellektuelle, Rundfunk und Fernsehen, Presse, LV Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen; Schröder: Außen-, Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, freie Berufe; Stoltenberg: Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft; Wex: Frauen, Familie, Jugend, Bildung, Gesundheit, Sport; Kiep: Entwicklungshilfe (vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 25. Oktober 1971 „Kommuniqué über die Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstands der CDU am 25. Oktober 1971 in Bonn“).

mente nicht das Ausschlaggebende sein können, sondern es wird in bestimmten Elementarfragen die Sachmeinung gebildet und dann allerdings auch auf Personen bezogen. Ich weiß nicht, welchen Grund der Herr Vorsitzende dafür hat, daß er zu diesem Punkt, der Sachbehandlung und der Bezogenheit auf Personen heute nicht näher eingegangen ist, nachdem wir doch gelesen haben, das Präsidium hätte sogar eine Kommission gebildet, die mit der CSU darüber verhandeln sollte, in welcher Weise wir denn nun zu Nominierung unserer Nummer 1 für beide Parteien kommen. Ich habe neulich schon angedeutet, daß ich das für einen sehr wesentlichen Punkt halte und daß er eine der Voraussetzungen für die notwendige Integration ist. Wobei Integration ja auch bedeuten muß, daß diejenigen, die mit ihrer Meinung bei Entscheidungen nicht durchgekommen sind, dann die endgültig getroffene Entscheidung miteinander auch durchsetzen können.

Gut finde ich, und das gibt mir sogar eine gewisse neue Hoffnung und vielleicht sogar Schwung für diesen Vorstand, daß wir bestimmte elementare politische Fragen in diesem Vorstand rechtzeitig und so gründlich behandeln, daß wir es in Fraktion und draußen in den Landesverbänden auch verteidigen können.

Es ist heute das Beispiel der Mietgesetzgebung in anderem Zusammenhang angezogen worden. Ich ziehe es als Beispiel dafür heran, daß in dieser Frage der Mietengesetzgebung nicht frühzeitig genug innerhalb der Partei eine Meinung gebildet und ein Konzept aufgestellt worden ist, das wir auch wirklich aus innerer Überzeugung nun tragen. Leider stimmen wir in dieser Mietengesetzgebung in 14 Tagen noch einmal ab über den letzten Einspruch des Bundesrates mit der ersten Probe nach der Kanzlerwahl auf Ratifikationsmehrheit. 249 Stimmen müssen wir haben, die müssen sie haben. Wir brauchen gar nicht hinzugehen. Aber mit einer Ratifikationsmehrheit muß abgestimmt werden in einer Sache, in der ich selbst von unserer eigenen Haltung und von dem, was wir vorgeschlagen haben, überhaupt nicht überzeugt bin. Ich will jetzt gar nicht ausführen warum, ich will nur an diesem Beispiel zeigen, wie wenig eine Sache, die so elementar tief irrt – der Mietpreis war früher der Brotpreis, ein politischer Preis und Wahlen mitbeeinflussender Preis –, von uns vorbereitet war, nicht einmal in der Fraktion, sondern nur von den Experten und dem jeweiligen Arbeitskreis ohne Breitenarbeit. Und indem heute also der Vorsitzende den Punkt selbst angesprochen hat und in Aussicht gestellt hat, daß das mit der regelmäßigen Tätigkeit dieses Vorstands anders werden soll, möchte ich auch glauben, daß wir hier eine gewisse Hoffnung auf den Erfolg einer solchen Arbeit verbinden können.

Ich hänge noch einen Punkt an, der auch schon erwähnt worden war, die Frage der Betriebsverfassung in Verbindung mit der Unternehmensverfassung. Ich habe mir den Wortlaut, wie er vorhin verlesen worden ist, erst jetzt vergegenwärtigt. Eigentlich ermöglicht er eine Auslegung im Sinne voller Einheitlichkeit beider Gesetzgebungsbereiche. Trotzdem möchte ich ausdrücklich sagen, wenn sich hier aus praktischen Gründen sinnvoll ergibt, daß man das gar nicht einheitlich regeln kann. Dann liegt es gar nicht in unserer Hand, über die Betriebsverfassung im Bundestag zu entscheiden, die wir ja in ihrer Ausführung nicht voll in der Hand haben.

Nachdem ich das aber gesagt habe, möchte ich andererseits betonen, daß ich es

nicht für richtig halte, aus der Diskussion, die wir im Februar in Düsseldorf abgeschlossen haben³⁶, innerparteilich leider noch immer nicht herauszukommen. Ich hab neulich erklärt, wir müssen nach diesem Parteitag aus der Personendiskussion endgültig heraus, auch mit Bezug auf die Entscheidung, die noch zu treffen ist, aber wir können uns nicht erlauben, nachdem eine Entscheidung gefallen ist mit der Begründung, die Dinge entwickelten sich weiter und wer damals unterlegen ist, könne seine Argumentation nicht aufgeben, der dürfe sie weiter vertreten. In den nächsten zwei Jahren jedenfalls wird dies für die Wählerentscheidung uns nicht zur Hilfe kommen. Ich halte das für einen Punkt der Unsicherheit einer Parteientscheidung besonders dann, wenn diejenigen, die mit der jetzigen Regelung schon sehr weit gegangen sind in ihrer inneren Zustimmung, sich durch den Fortgang der Diskussion vielleicht doch ein bißchen überholt oder nicht abgesichert oder enttäuscht fühlen, weil ihre Konzession nicht gebührend gewürdigt wird.

Das scheint mir eine Schwierigkeit des Augenblicks und der nächsten zwei Jahre zu sein, und Barzel wiederholt es fast in jeder Rede, wir müssen mehr erklären, wofür wir sind und welche Alternativen wir haben. Dafür bin ich sehr. Ich muß aber sagen, daß wir sehr häufig diesen Satz verkünden, ohne ihn in den wichtigen uns gegenwärtig innenpolitisch bewegenden Fragen wirklich auszufüllen. Und wir halten dann auch vom Katheder des Bundestages das Argument bereit, man kann von der Opposition nicht verlangen, daß sie die Vorschläge mache, die eigentlich die Regierung machen müßte. Warum sagen wir das? Weil die Vorschläge, die wir machen müßten, Unpopularität einschließen. Hier stellt sich also immer wieder entscheidend die Frage, ob nicht die Partei, die so etwas ausspricht, daß es nötig ist um der Sicherung größerer Dinge willen, um der Stabilität willen, sich mehr Popularität verschafft, als sie durch unpopuläre Vorschläge an Popularität verliert. Nun, unsere eigenen Vorschläge dazu existieren jedenfalls nicht in einem gerundeten Konzept, ich möchte hier also diesen ganzen Komplex mit angeschnitten haben, um, ich weiß nicht wieweit sich die Grundsatzkommission damit beschäftigt hat, hier möglichst auch mit der CSU zu einem möglichst geschlossenen Konzept zu kommen.

Ich muß ein kritisches Wort sagen zu unserer Meinung, wir sollten das Thema Europa noch viel mehr als unseren Programmpunkt tragen. Das ist sicher richtig, und keiner ist hier am Tisch, der das leugnen würde. Und dennoch möchte ich anhand dessen, was ich also fortlaufend, sei es in Paris, in Straßburg oder Brüssel erlebe, sagen, daß noch so viele Anstrengungen der CDU uns in der Frage des politischen Europa in absehbarer Zeit nicht voranbringen. Ich möchte davor warnen, daß wir uns irgend etwas vormachen könnten. Wo zur Zeit Fortschritte erzielt werden, ist in der Frage der Erweiterung der EWG, wo aber eine ganze Menge ins Schwimmen gerät, allein durch das, was jetzt mit dem Währungschaos ausgerichtet worden ist.³⁷

36 Zur Diskussion auf dem Düsseldorfer Parteitag (25.–27. Januar 1971) vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG, insbes. S. 247–252.

37 Anfang Mai 1971 kam es zu einer Währungskrise bedingt u. a. durch die Freigabe der Wechselkurse in der Bundesrepublik und den Niederlanden sowie hohe Zuflüsse von US-Dollar nach Europa. Vgl. AdG 1971 S. 16246–16253; FAZ vom 22. September 1971 „Währungspoli-

Nun möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mich in besonderer Weise angeht. Ich habe mich aus vielen Gründen auf dem letzten Parteitag, der leider die erwartete Sachdebatte zu einer Reihe von Fragen nicht gebracht hat, sondern nur Reden, entschlossen, einen Antrag einzubringen. Ich habe diesen Antrag für die CDU für angemessen gehalten, weil ich es wirklich nicht habe glauben wollen, daß auf dem zweiten Parteitag nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages diese Partei über die Verträge nicht spricht. Wenn man nach England blickt, wissen wir, wie sehr da der EWG-Beitritt umstritten war, aber entschieden wird schließlich auf Parteitag. Ich bin also der Ansicht gewesen und bedauere es auch rückblickend noch, daß wir die Sachdiskussion, entsprechend einem Beschluß, der hier gefaßt worden ist, mit der Personaldiskussion verbunden und damit praktisch nur eine Diskussion über Personalien gehabt haben, daß ein solcher Sachpunkt mit Ausnahme der Reden nicht Gegenstand einer Erörterung oder gar Beschlußfassung des Parteitages war und der nächste Parteitag erst stattfinden wird, wenn die Dinge durch den Bundestag gelaufen sind, wenn es überhaupt dafür zeitliche Einschätzungen gibt. Das bedauere ich und habe mich aus diesem Grunde entschlossen, den Versuch zu machen, eine solche Diskussion herbeizuführen. Ich war mir bewußt, daß das vielen, insbesondere auch dem Herrn Vorsitzenden, aus mancherlei Gründen nicht recht sein würde. Ich war der Ansicht, daß ein Parteitag am Ende darüber befinden muß, was mit einem solchen Antrag geschieht. Ich muß allerdings sagen, daß die Art, wie der Antrag behandelt worden ist, teils vom Tagespräsidium, teils von denen, die ausgesandt waren, um diesen Antrag nicht zur Behandlung kommen zu lassen, nicht dem Maß an Loyalität und der Art, wie man miteinander umgeht, entspricht, das hier wiederholt gefordert worden ist. Und ich möchte hier sagen, daß ich das am meisten am Anfang unserer neuen Arbeit bedauere, daß ein Antrag nicht in der gehörigen Weise, wie es sich für jeden Antrag gehört hätte, behandelt worden ist und dann eben auf jenen Weg gewiesen wurde, der schon am Tag dafür gewünscht worden ist. Ich glaube, daß ich jetzt sagen muß, daß ich dies, in der Sache wie vor allen Dingen in der Form, wie das gemacht worden ist, tief bedauere.

Ich möchte einen letzten Punkt anschließen, der Herrn Kraske betrifft. Er hat von dem Geld geredet und daß wir etwas mehr Hoffnung haben dürfen. Ich kann nur sagen, leider haben wir für unser Haus die Drei-Millionen-Spende noch kaum zu 20 % bekommen. Diese haben wir vor zwei Jahren beschlossen. Und hieran wird sich insbesondere auch zeigen, inwieweit eine Organisationsform durchstrukturiert wirksam ist, diese Grundfinanzierung für den Kredit, den wir aufgenommen haben, herbeizuführen, damit wir nicht laufend für weitere 2 ½ Mio. DM noch Zinsen zahlen müssen, obwohl es eigentlich so schwer nicht sein könnte, nach zwei Jahren diese 10 DM von den Landesverbänden hereinzuholen. Ich möchte nicht eine neue Diskussion über die Schwierigkeiten gerade in Nordrhein-Westfalen beginnen, die haben wir im letzten Vorstand über die 0,50 DM und die 1 DM geführt. Aber das ist nun beschlossene Sa-

tik ist immer auch Außenpolitik“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 16. Oktober 1971 „Europapolitik gesucht“.

che des Parteitages. Schließlich würde ich dann nur noch die Frage zu stellen haben, inwieweit sich bisher die beteiligten Herren Gedanken über die Geschäftsabgrenzung zwischen Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer gemacht haben. Es wird im Zusammenhang mit dem notwendigen Satzungsänderungen vielleicht sogar eine neue Bestimmung zu schaffen sein, aber die Bestimmungen haben nur dann einen Sinn, wenn eine sachliche Abgrenzung schon vorher erfolgt. Da müßte praktische Arbeit ermöglicht werden, die Herrn Göb bisher verwehrt war. Und hierzu hätte ich also die Frage, ob es da schon Fortschritt gibt?

Barzel: Ich finde es gut, daß wir die Generalaussprache machen. Ich habe eine Reihe Wortmeldungen. Ich würde es begrüßen, daß wir trotzdem bei der Absicht bleiben, bis gegen 13.00 Uhr die Generalaussprache zu beenden, dann nach dem Mittag den Bericht von Herrn Kaltefleiter zu hören, dann in die Tagungsordnung zu kommen. Ich selbst werde kurz vor 13.00 Uhr das Wort nehmen, um nicht zwischendurch dauernd sprechen zu müssen.

Köppler: Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Zunächst zu der Situation, die in der letzten Woche im Bundestag geschaffen worden ist, die auf die Grundsatzfrage hinausgeht, wie wollen wir strategisch mit der uns aufgeredeten, frontalen Konfrontation weiterfahren oder nicht?

Ich glaube, es war gut, daß von uns aus in der richtigen Stunde und in der richtigen Minute diese totale Konfrontations-Idee in die Ecke gegeben worden ist, wo sie herkommt und wo sie hergekommen ist und wir damit ein Klima haben, in dem wir das nächste Jahr gut in unserer Oppositionsrolle auf die Bundestagswahl hin arbeiten können.

Was einen der konkreten Punkte, das Betriebsverfassungsgesetz, angeht, so glaube ich, nachdem die Frage vom Vorsitzenden hier gestellt worden ist, daß wir auch im Parteivorstand Klarheit schaffen sollten. Ich halte es für unmöglich, daß wir ein Gesetz, an dessen Annahme wohl kaum gezweifelt werden kann, von uns aus, als Fraktion, nicht mittragen, nachdem in wesentlichen Fragen im zuständigen Ausschuß im Bundestag Kompromisse erzielt werden konnten. Die schlimmsten Giftzähne sind gezogen. Einige sind noch drin. Ich halte es für notwendig, daß das in der zweiten Lesung genügend dokumentiert und klargestellt wird, was wir von bestimmten Dingen halten. Aber ich kann nur auch aus der Sicht meines Landesverbandes sagen: Eine Ablehnung dieses Gesetzes in dritter Lesung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde für uns ein Hagelgewitter bedeuten, das wir kaum gut überstehen werden.

Ich würde auch meinen, wir sollten noch reden, wenn das nicht als besonderer Punkt unter „Verschiedenes“ vorgesehen ist, über die Dinge, die nach der Beschlussfassung im Präsidium mit der CSU zu besprechen und zu regeln sind. Ich glaube, wir sollten hier ganz offen sprechen. Was ich für miserabel halten würde, wäre, wenn wir jetzt die Diskussion, die innerhalb der CDU bis zum Saarbrücker Parteitag, der sich vornehmlich um Führungsstruktur und Personen gerankt hat, weiter in der Öffentlichkeit führen würden um Programmpunkte, Mannschaftspersonalien und Kanzlerkandidaten. Wir wissen doch, daß eine ganze Reihe von interessierten Vervielfältigern der öffentlichen Meinung an diesem Punkt ansetzen und meinen, sie könnten mit

leicht veränderten Vorzeichen das Spiel weitertreiben, was sie mit uns bis Saarbrücken getrieben haben. Mich würde deshalb sehr interessieren, ob die Kontakte mit der CSU hergestellt sind und welche Zeitvorstellungen hier bestehen. Ich halte es für unmöglich, daß wir diese Dreistufenlösung, die Freunde in der CSU vorgeschlagen und die sie auch getroffen haben, länger betreiben als etwa bis Ende dieses Jahres. Dann wird die Sache gemeingefährlich. Ich bin sehr dafür, daß wir, und das haben wir auch beschlossen auf dem Bundesparteitag, jetzt in einigen wichtigen Punkten eine gemeinsame Wahlkampfaußsage konzipieren. Ich bin sehr dafür, daß wir so schnell wie möglich auch eine Mannschaft herausstellen und uns überlegen, in welcher geeigneten Form und Liturgie das ablaufen kann. Ich bin aber dagegen, daß sich das in der klassischen Form eines englischen Schattenkabinetts vollzieht. Das sollte vielmehr eine Führungsmannschaft beider Schwesterparteien sein, die dann die personelle Repräsentanz unserer politischen Alternative in den nächsten zwei Jahren darstellt. Aber das alles geht nur gut, wenn wir uns gemeinsam Zeitvorstellungen machen, und diese Zeitvorstellungen müßten schon mit Rücksicht auf die Freunde in Baden-Württemberg bis spätestens Januar abgeschlossen sein können.

Wenn ich noch eine Bemerkung mache zu dem Antrag auf dem Bundesparteitag. Ich glaube, daß wir festhalten müssen, daß sicher niemand die Absicht hatte, einen Antrag abzuwürgen oder irgendwo in der Versenkung verschwinden zu lassen, sondern es war eine objektive Überforderung mit einem sogenannten wichtigen Antrag auf einem Parteitag, bei dem man die Zeit bis zuletzt voll, auch bedingt durch das Interesse an den Wahlen, in Anspruch genommen hatte, noch eine Debatte zu führen, die – und das war die Sicht meiner Freunde auch aus Nordrhein-Westfalen – im Grunde auf dem Programmparteitag in Düsseldorf Gegenstand einer längeren Aussprache war und nur die Programmaussage des Düsseldorfer Parteitages zu formulieren versuchte. Von daher würde ich wirklich bitten, das nicht als einen politischen Affront zu verstehen, daß dieser Antrag nicht schön behandelt worden ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das der Antragsteller empfinden muß, aber ich hatte den Eindruck, bei unseren Delegierten war die allgemeine Meinung, man kann im Grunde über einen Antrag zu einem so wichtigen Thema nicht unter „Verschiedenes“ einfach nur abstimmen. Man hätte ihn debattieren müssen. Man hätte dazu eine gewichtige politische Aussage machen müssen. Dazu fehlte die Zeit. Hinzu kam die Überlegung, dasselbe haben wir im wesentlichen im Programm festgelegt, und niemand denkt daran, in dieser Programmaussage vom in Düsseldorf fortgeschriebenen Berliner Programm abzuweichen.

Nun zu den Finanzschwierigkeiten. Ich glaube, wir sollten hier alle mithelfen, die Situation zu erreichen, die Herr Dr. Kraske zuversichtlich charakterisiert hat. Ich will nur eines, weil Herr Amrehn das angesprochen hat, sagen. Es gibt keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen. Herr Windelen und ich haben nur den Fehler gemacht, wahrscheinlich in der letzten Bundesvorstandssitzung, das auszusprechen, was andere nicht ausgesprochen haben. Wir werden das hinbekommen in Nordrhein-Westfalen, darauf können Sie sich verlassen. Vielleicht sollten wir uns dann einmal darüber unterhalten, wo wirklich noch Probleme bestehen bei dem Anteil an Finanzierungsverpflichtungen, die aus der Partei selbst kommen müssen. Ich glaube,

darüber waren wir uns einig, das muß die wesentliche Anstrengung sein neben allen anderen Notwendigkeiten außerhalb der Partei.

Barzel: Darf ich mal die Rednerliste bekannt geben: Herr Stoltenberg, Herr Müller-Hermann, Herr Stingl, Herr Katzer, Herr Hasselmann, Herr Langguth, Herr Lampersbach.

Stoltenberg: Ich möchte mich in der Tat auch kurz fassen und nur zu zwei Punkten etwas sagen. Einmal möchte ich zu der Frage des weiteren Vorgehens in der konzeptionellen und personellen Vorbereitung der Bundestagswahl die Ausführung des Herrn Kollegen Köppler unterstreichen. Wir alle haben ein Interesse daran, aus Gründen, die er genannt hat, daß die noch offenen Termine der CSU jetzt schnell geklärt werden und wir in der Lage sind, wenn es notwendig ist, bestimmte sachliche Erklärungen, Fragen über die von Herrn Köppler angesprochenen Personalfragen so zu entscheiden, daß diese Diskussion dann zu einem Abschluß kommt.

Zum zweiten möchte ich auf das eingehen, was der Vorsitzende, Kollege Amrehn dann auch vertiefend in seinem Beitrag, behandelt hat, nämlich die Thematik unserer Darstellung in der Öffentlichkeit als einer konstruktiven Partei, die nicht in die Ecke der Neinsager-Partei kommt. Das ist sehr richtig, ist aber auch ungewöhnlich schwierig. Die Lage ist doch folgendermaßen: Bei verschiedenen, wesentlichen Fragen der Gesetzgebung, zuletzt auch in der Frage der Mietgesetzgebung, gibt es ein Regierungskonzept – oder jetzt des Betriebsverfassungsrechtes, wir kommen da in eine ähnliche Problematik – und gibt es eine Initiative der CDU/CSU und den Versuch, das haben wir vor allem beim Betriebsverfassungsgesetz mit großer Energie und viel gutem Willen unternommen, in einer so schwierigen Frage eine Alternative zu entwickeln in der Form eines eigenen Antrags. Dies ist bedeutsam, um sich zu profilieren. Nur läuft das eben so, daß nachher ganz überwiegend, wie beim Mietgesetz und wie beim Betriebsverfassungsgesetz, daß unsere Vorstellungen mit den bekannten Mehrheiten abgelehrt und abgeblockt werden und das Ergebnis nachher sehr entscheidend von dem abweicht, was wir für richtig halten. Und dann kommen wir in das Dilemma hinein, das wir jetzt in dieser Frage deutlich gesehen haben. In der Berichterstattung – und zum Thema Berichterstattung sind dann auch noch zwei, drei Sätze zu sagen, weil das ein sehr entscheidender Punkt ist – wird dann üblicherweise nicht die Tatsache in den Vordergrund gestellt, daß es hier zwei Alternativen gibt, zwischen denen dann zu entscheiden ist, sondern die einen werden als die Jasager und die anderen als die Neinsager dargestellt.

Bei diesen Gesetzgebungen haben wir in dem wirklich verbliebenen Streitpunkt ja den erstaunlichen Sachverhalt, auf den wir ja auch im Bundesrat immer wieder hingewiesen haben, daß wir in der Regionalisierung die ursprüngliche Regierungsvorlage vertreten, die Regionalisierung aber aufgehoben worden ist wegen einer Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP im Bundestag. Aber das hat nichts an der Darstellung im Fernsehen und in der Presse geändert, daß wir den Reformvorschlag der Regierung zur Verbesserung des Kündigungsschutzes abgelehnt haben. (*Zwischenruf:* So ist es!) Es ist also erstens eine Frage der wirkungsvollen Darstellung unserer Meinung im Parlament, im Bundestag bzw. in diesem Sonderfall dann im Bundesrat. Wir müssen in

diesen Fällen den Agenturen und auch den Fernsehanstalten kräftiger auf die Finger schlagen. Denn das ist allmählich ein System geworden. Es ist ein System einer bestimmten Nachrichtentechnik geworden, wir haben das letzte Beispiel am Donnerstag erlebt: Am Donnerstag lief die Meldung mit der Einigung der Koalition über die neuen Eckwerte zur Steuerreform über die Agenturen.³⁸

Ich habe in Düsseldorf einen Kongreß junger Unternehmer genutzt zu sagen, man solle nicht davon ausgehen, daß das, was die Herren vereinbarten, der Weisheit letzter Schluß sei. Dies soll auch nicht die irritierte Wirtschaft tun und die irritierte Bevölkerung, denn das sei eine Sache, die man ja nur gemeinsam machen könne. Wir würden unsere alternativen Vorstellungen dazu in Bundestag und Bundesrat entwickeln und unmißverständlich sagen, mit uns gäbe es keine Steuerreform. Eine Stunde später höre ich im Autoradio, Stoltenberg kündigt Widerstand der CDU gegen die Steuerreform an. Das ist ein ganz klares System, und wir müssen in Zukunft jedenfalls bei den Fernsehanstalten, bei den Agenturen, dafür sorgen, daß die Darstellung einer Alternative nicht weiterhin als Nein zur Sache gewertet wird. Das ist ein Problem unserer Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, natürlich auch des Einflusses auf die Nachrichtenmedien. Da muß man sich natürlich auch die Formulierung sehr genau überlegen, die man verwendet. Ich sage das, weil es das Problem in der Sache natürlich nicht aufhebt. In der Sache werden wir auch in den vor uns liegenden Entscheidungen immer wieder vor dem Dilemma stehen, daß wir nachher irgendwo zu einer Fassung, die uns nicht ganz zusagen oder gar nicht zusagen kann, in einer Sache, die wir an sich wollen, ja oder nein sagen müssen. Dafür gibt es kein Patentrezept. Das kann man nur von Fall zu Fall bewerten, und es wird richtig sein, nicht prinzipiell in die Gruppe der Jasager und nicht prinzipiell in die Rolle der Neinsager zu kommen, sondern von Fall zu Fall in einer richtigen politischen Mischung sich zu entscheiden. Ich wollte das noch mal anhand dieser aktuellen Beispiele hier sagen, weil wir in der Tat alle miteinander etwas unglücklich waren, vor allem über die jüngste Entwicklung in der Mietangelegenheit.

Wir haben uns die Entscheidung, im Bundesrat noch mal den Einspruch zu erheben, gar nicht leicht gemacht. Die Meinung war bei keinem von uns ganz eindeutig. Der eine war mehr dafür, der andere mehr dagegen. Wir haben gesagt, wir müssen das gemeinsam machen. Und die Meinung war nachher die stärkste zu sagen, daß wir in einer Sache, in der wir – ob das ganz richtig war, lasse ich offen – so weit gegangen sind und in einem ständigen intensiven Kontakt zwischen Fraktion und Ländern waren – das möchte ich ausdrücklich betonen, wie immer man diese Sache bewertet, das ist einvernehmlich geschehen – es nicht für richtig hielten, im letzten Moment plötzlich umzuschwenken, weil wir davon ausgehen mußten, daß dann, wenn das einmal gelingt, in den anderen anstehenden Fragen der propagandistische Druck gegen uns nur um so stärker wird. Ich sage das auch zur Motivation für die letzte Abstimmung, da die Sache jetzt leider wieder in den Bundestag geht, wobei ich auch hinzufügen, es wird für die

38 Vgl. dpa vom 22. Oktober 1971 „Kabinett will neue Eckwerte zur Steuerreform beschließen“; FAZ vom 23. Oktober 1971 „Einigung über neue Steuer-Eckwerte. Vermögensbildung weiter umstritten“.

auch kein Vergnügen sein, da wieder 249 Leute zusammenzukriegen (*Unruhe und Heiterkeit.*) Also, das hat so seine Schattenseiten. Aber wollen wir mal sehen. Gut, sie werden es vielleicht schaffen, aber eine große Freude wird das auch nicht sein.

Wir müssen das sehen, nicht nur bei der Betriebsverfassung, sondern bei den anstehenden Fragen über Steuererhöhung und Steueranteile. Bei der beginnenden Auseinandersetzung über die Steuerreform kommen wir in sachlich ähnliche Schwierigkeiten. Wir müssen dieses Problem ganz scharf erkennen, um von Fall zu Fall die richtige Einlassung, vor allem aber die richtige Verdeutlichung unserer Position über die Medien zu finden. Und ich sage jetzt als letztes zu diesem Komplex: Nun ist heute nicht der Zeitpunkt, wir haben über andere Dinge, über Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, zu sprechen. Nur wird es natürlich Anlaß geben, das auch in den nächsten Monaten intensiv zu tun.

Wir haben heute morgen das Gutachten der Forschungsinstitute erhalten.³⁹ Das wird heute hier ausgewertet. Da ist eine ganze Menge drin, was die Diskussion belebt, doch überwiegend, nach meinem ersten Eindruck, in einer für die Bundesrepublik nicht angenehmen Darstellung. Vor allem ist die Entwicklung selbst unangenehm. Hier ist natürlich die Frage nach den Alternativen auch ganz schwierig. Ich würde allen anderen Abwesenden nicht empfehlen zu sagen, was der eine oder andere mal getan hat. Das ist ja nicht unsere Aufgabe, als Opposition die Alternativen zu nennen. Das halte ich für eine ganz falsche Diktion. Obwohl in dieser falschen Aussage ein richtiges Element der Wahrheit steckt, aber nur ein begrenztes. Die Schwierigkeit ist gerade in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik natürlich die, wenn eine Alternative einmal nicht gebraucht ist, dann ist die Alternative nichts mehr wert. Das heißt, was wir vor einem Jahr oder vor sechs Monaten empfohlen haben, ist durch Nichtbeachtung (*Zwischenruf: Das kommt von Strauß!*) entweder verwirklicht, in der Regel aber durch Nichtbeachtung wertlos geworden. Das ist das Problem der alternativen Vereinbarung mit der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, weil es hier um eine Prozeßpolitik geht, wo es jeweils eine ganz andere Konstellation ist. Wir müssen also die Frage, wie wir uns einlassen, erneut besprechen. Ich bin der Meinung, daß wir bei Wahrung des guten Stils, der Bereitschaft zu gewissen Formen der Zusammenarbeit in den kommenden Monaten in einer der Sache angemessenen, aber deutlichen Sprache nicht darauf verzichten können, jetzt, wo die Früchte der Fehler sichtbar werden, für die Menschen auch die Verantwortlichkeit festzustellen. Denn in diesem Bereich liegt natürlich auch eine Möglichkeit der Entlastung zu einem Zeitpunkt, wo wir parallel dazu, in der Außen- und Deutschlandpolitik, vor außerordentlich schwierige eigene Fragen gestellt werden.

Müller-Hermann: Herr Vorsitzender, ich möchte doch mit ein paar Strichen zur Bremer Wahlsituation ... (*Starke Unruhe.*)

Barzel: Herr Kollege Müller-Hermann, können wir das zurückstellen? Denn Herr

39 Gutachten der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1971“ vom 22. Oktober 1971 (ACDP Dokumentation 0/063).

Kaltefleiter wird ja dazu berichten, und ich hatte auch Baden-Württemberg noch nicht erwähnt. Wenn Sie einverstanden sind? (*Müller-Hermann*: Dann ziehe ich jetzt das zurück.) Danke sehr.

Stingl: Sie haben vorhin davon gesprochen, was uns der Friedenspreis an Brandt für Schwierigkeiten machen wird. Ein erstes Beispiel hat gestern die Eröffnung des Kongresses der IG Druck und Papier gegeben.⁴⁰ Brandt ist sozusagen in die Ehre der Altäre erhoben worden, zweimal durch Aufstehen. Aber was bedeutsamer ist, ist, daß eine Taktik dahinter steckt. Herr Mahlein⁴¹, das ist der Vorsitzende von IG Druck und Papier, hat die Verleihung des Friedenspreises zum Anlaß genommen, eine harte, angeblich nicht parteipolitische Attacke, aber doch eine parteipolitische Attacke zu reiten, die darin gipfelte, daß er sagte: „Jetzt müssen auch die Ignoranten der CDU erkennen, daß dies eine Friedenspolitik ist.“ Und er hat dann neben anderen Unionspolitikern Barzel als etwas, was ich nicht mehr hören konnte, bezeichnet, weil dann der Applaus los ging [...]. Der Brandt dagegen hat sich als Staatsmensch gegeben. Er hat zur Frage Friedenspreis nur gesagt, er sei glücklich darüber, daß jetzt in der ganzen Welt eben nicht Deutschland und Krieg in den Schlagzeilen stehen, sondern Deutschland und Frieden. Und dann hat er allerdings, Herr Stoltenberg, in der Wirtschaftspolitik eine gewissen Distanz zu Schiller durchblicken lassen. Er hat das nicht *expressis verbis* gesagt, aber eine gewisse Distanz durchblicken lassen, nachdem nämlich Schiller vorher von Mahlein angegriffen worden war, in der ganzen Darstellung allerdings in einem Maße, wo wir keineswegs auf die Seite von Herrn Mahlein gehen könnten. In der Kritik an der Schillerschen Politik stehen wir auf einer ganz anderen Seite. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß jetzt in allen Organen und überall der Friedenspreis dazu benutzt wird, um diese Politik zu vertreten. In diesem Zusammenhang gleich die Frage, warum bei der Verteilung der Ämter innerhalb des Präsidiums niemand für die Presse zuständig ist? Macht das der Vorsitzende selbst? Ich sehe zwar rundum Fernsehen, aber daß man jemanden beauftragt, sich mit der Presse, mit den Verlegern zu befassen, halte ich für erforderlich. Das Argument etwa, es gäbe ja den Beauftragten, sticht nicht, weil es für die ...

Barzel: Ein Zuruf dazu gleich, es fehlt auch Bundestag, Bundesrat. Also eine Fülle von allgemeinen Dingen, die automatisch zu den Führungspflichten gehören, sind nicht erwähnt. Aber wir können diskutieren, ob wir das noch aufnehmen. (*Unruhe und Diskussion*.) Ich glaube, so wichtigen Hinweisen werden wir entsprechen. Ich müßte noch Herrn Weiskirch stoppen.

Katzer: Werter Freund Amrehn, unser Problem für die nächsten zwei Jahre, insbesondere wenn ich den innenpolitischen Sektor sehe, heißt einmal Öffentlichkeits-

40 9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 24. bis 30. Oktober 1971 in Nürnberg. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 28. Oktober 1971 „IG-Druck-Vorsitzender sieht gewollte Rezession“; FAZ vom 28. Oktober 1971 „IG Druck und Papier wählt Mahlein wieder“.

41 Leonhard Mahlein (1921–1985), Buchdrucker; 1946–1949 Jugendleiter der IG Druck und Papier in Nürnberg, 1951–1956 Fachlehrer, 1956 SPD, 1956–1965 2. und 1965–1968 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier, 1968–1983 Vorsitzender der IG Druck und Papier.

arbeit und zum anderen Präsenz. Wenn ich sage „Öffentlichkeitsarbeit“, dann schließe ich jetzt mal den Kollegen Amrehn ein. Wenn er sagt, wir dürfen nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern müssen sagen, wofür wir sind, bin ich einverstanden. Wenn er dann meint, das wäre uns nicht hinreichend gelungen, dann kann ich nur einfach sagen, dann sind selbst unsere eigenen Bundestagskollegen offenbar nicht voll unterrichtet über das, was z. B. auf den gesellschaftspolitischen Feldern an Alternativen in zwei Jahren permanent entwickelt worden ist. Das ist doch unglaublich, das hat es doch noch nie in einer Opposition in Deutschland gegeben, die vorgelegt hat als erstes ein Gesetz über die Kriegsopferversorgung 1970, die vorgelegt hat einen eigenen Gesetzentwurf zur Krankenversicherung mit Vorsorgeuntersuchungen. Alle Welt lobt diese Vorsorgeuntersuchungen, aber niemand sagt, daß das die CDU war. Das bestreitet man sogar. Die Leute verbreiten derart Lügen in der Welt, daß die eigenen Genossen das glauben. Wenn ich draußen rede und sage, die Vorsorgeuntersuchung hat im Entwurf der Regierung nicht gestanden, wir haben sie rein gebracht, dann werde ich ausgebuht. Die Leute sagen, das glaubt man uns nicht.

Wir haben drittens ein Krankenhauspapier entwickelt, was die Regierung bisher verschwiegen hat. Wir haben ein Beteiligungslohngesetz entwickelt, einen Gesetzentwurf, der die einzige Alternative auf dem Felde der Eigentumspolitik überhaupt darstellt. Kein Mensch hat das honoriert. Zum Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht komme ich gleich. Über die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, Rentenversicherung, 14. Rentenanpassung, 15. Rentenanpassung, Kindergeldgesetze, Städtebauförderungsgesetz redet kein Mensch. Das ist einfach deprimierend, wenn man alle diese Gesetze auf den Weg gebracht hat und dann sagen auch noch die anderen Freunde „Wir haben keine Alternativen“. Das sind alles Alternativen, die wir gebracht haben, die aber nicht in der Öffentlichkeit sind. Die Öffentlichkeit hat eigentlich nur erreicht unser Rentenversicherungsantrag. Und der ist am letzten Freitag diminuiert worden. Warum? Weil wir einfach unglaublich unglaubwürdig wirken, wenn wir einen solchen Antrag zugunsten der Rentner einbringen und dann noch in der Fraktion mit 40 oder 50 Leuten sitzen, die uns nach draußen vertreten. Das Fernsehen manipuliert dann abends, einschließlich des Herrn Nowotny⁴², unsere Debatte um: Es wird dann nicht von 6 % Preissteigerung, nicht von Rentennachführung gesprochen, sondern einfach von der flexiblen Altersgrenze, was wir bis jetzt erreicht haben. Ich bedaure das, das wird ein Punkt sein, den ich in der Fraktion anbringe.

Das ist das zweite, nämlich die Präsenz. Wir können uns doch hier die Beine abhaken! Wenn wir nicht die Präsenz in der Fraktion aufbringen, dann sind wir nichts wert als Opposition. Und die 249 Stimmen werden die anderen noch eine Weile haben, das ist überhaupt keine Sorge für Herrn Wehner und seine Genossen. Die bringen die spielend auf die Waage. Das müßte schon ein ganz dolles Stück sein, wenn das denen

42 Friedrich Nowotny (geb. 1929), Journalist; 1962 Hauptabteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Saarländischen Rundfunk, 1965 stv. Chefredakteur, 1967 stv. Leiter des WDR-Studios Bonn, 1973–1985 Studioleiter, 1985–1995 Intendant des WDR, 1991/92 Vorsitzender der ARD.

nicht gelingen sollte. Ich sage ganz freimütig, wir müssen in den nächsten zwei Jahren nicht in der Frage der Präsenz in der Fraktion eine ganz andere Ordnung bekommen bis hin zu Ordnungsmaßnahmen – ich sage das sehr ungerne – gegenüber solchen Kollegen, die permanent ihre Arbeit vernachlässigen und es einigen wenigen Leuten in der Fraktion überlassen, bis abends 20.00, 21.00 Uhr in den Sitzungen zu sitzen, und die sich nachher darauf beschränken zu meckern. Die Mietsache ist ja nicht zuletzt deshalb falsch gelaufen, weil diese Leute z. T. gefehlt haben.

Nun, Herr Kollege Amrehn, zur Frage Alternative. Nehmen Sie den Bereich des Kollegen Stoltenberg. Wann gab es denn eine Opposition, wo der Fraktionsvorsitzende im Februar 1970 sich hinstellt und sagt: „Bei dieser konjunkturellen Situation nehmen wir alles aus dem Verkehr, was vorliegt, mit Ausnahme von Landwirtschaft, von Kriegsoptionen und Beamten.“ Da sind dann beide, Regierung und Opposition, festgelegt, und Herr Möller läßt die Sitzung unterbrechen voller Dank. Hat das denn einer von uns honoriert? Reden wir davon? Ich habe den Eindruck, wir wissen das selbst nicht. Wenn man die Reden, die der Kanzler hält, nachliest, dann sieht man doch, er hat einen unglaublich guten Ghostwriter. Es steht ja alles auf dem Papier. Das wirkt manchmal, als wenn er sich das mühsam abgepreßt hätte. In Wahrheit haben die das ja vorgedacht, die Modelle, die Daten. Das ist ja alles genau vorprogrammiert mit Wirkung auf bestimmte Leute. Und wir werden nicht daran vorbeikommen, solche Dinge ebenfalls zu schaffen, daß wir, die wir im parlamentarischen Getümmel stehen, dann Hinweise bekommen: „Also hier diese Ecke habt Ihr übersehen.“

Nun zur Frage Betriebs- und Unternehmensverfassung. Herr Kollege Amrehn, wir haben darüber lange im Präsidium gesprochen, ob die Ziffer 71/72 des Düsseldorfer Programms, die uns verpflichtet, ein einheitliches Gesetz über Betriebsverfassung, Unternehmensverfassung vorzulegen, bei unserem Endvotum nicht schon vorprogrammiert ein Nein beinhalten muß. Wir sind zum Ergebnis gekommen, daß uns dieser Düsseldorfer Parteitagbeschuß verpflichtet – einschließlich derer, die dafür oder dagegen waren – bis zum Schluß für die Einheitlichkeit zu kämpfen. Dafür habe ich plädiert, im Fraktionsvorstand, heute hier. Und deshalb bin ich dafür, daß wir das in namentlicher Abstimmung bis zur dritten Lesung machen, zumal das einen politisch aktuellen Reiz haben kann vor dem Hintergrund noch zu fassender Beschlüsse der FDP auf ihren Parteitag in Freiburg.⁴³ Es wird geschehen, auch bei den Leitenden Angestellten, einem Punkt, den wir beim Programm festgelegt haben, ebenfalls vor dem Hintergrund dessen, was die FDP zu diesem Punkte draußen sagt und intern diskutiert. Und da gibt es auch viele andere Punkte. Ich will jetzt gar nicht die Sachdebatte hier vertiefen, sondern ich will nur sagen, das alles wird geschehen! Wenn wir dann aber am Schluß nicht durchkommen, einfach deshalb, weil wir keine Mehrheit haben, dann kann man uns nicht sagen: „Ihr müßt jetzt ablehnen, weil das nicht durchgekommen ist“, sondern dann können wir unseren Freunden, und das war der Punkt, der geklärt werden muß, sagen: „Wir haben bis zum letzten für dieses Programm, für die

43 22. ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg. Vgl. Presseschau der CDU-Bundesgeschäftsstelle (ACDP Dokumentation 2/223/1–22).

Einheitlichkeit in dieser Frage gekämpft.“ Aber ich kann jetzt nicht sagen, weil dieser eine Punkt nicht enthalten ist, deshalb muß ich das Ganze ablehnen, weil das natürlich aktuelle Hintergründe hat für die Situation bei den Betriebsratswahlen, und wir haben noch kein endgültiges Votum gegeben. Die Positionen in der Fraktion werden noch erörtert. Ich würde den Punkt erstmal nur so beantworten und dann persönlich das unterstreichen, voll und ganz, was Herr Köppler gesagt hat. Ich sehe das nicht anders.

Der zweite Punkt, Herr Kollege Amrehn, ist, wie sieht das aus mit dem Beschluß vom Februar 1971? Es gibt von mir eine ganze Menge Erklärungen, die lauten: Dieser Beschluß 1971 gilt für jeden, ob er unterlegen oder Sieger ist. Er muß Geltung haben, d. h. konkret, in dieser Legislaturperiode passiert auf diesem Gebiet nichts. Gestern sind die jungen Arbeitgeber hingegangen und haben den Beschluß gefaßt, die Abgeordneten aufzufordern, einen Gruppenantrag einzubringen. Ich werde in der Pressekonferenz gefragt: „Was sagen Sie dazu?“ Da sage ich, der Beschluß ist unmöglich. Dem werde ich nicht folgen. Und das geht nicht. Das muß man den Leuten klarmachen. Die haben einen Beschluß gefaßt zu Grund und Boden, ich habe gesagt, das geht nicht. Wir haben das besprochen. Ich habe, nebenbei, Herr Köppler, als einziger die Position des Landesvorstandes vertreten, Also das, Herr Kollege Amrehn, ist klipp und klar.

Das andere Problem ist, ob diejenigen, die ein bestimmtes Modell für richtig halten, am nächsten Parteitag dies vortragen. Das halte ich für legitim, das halte ich für richtig. Jeder, der unterlegen ist, hat sich an die Beschlüsse zu halten, aber kann selbstverständlich auf einem nächsten Parteitag die Chance zu ergreifen, erneut für sein oder ein dann modifiziertes Modell einzutreten. Anders ist Demokratie nicht möglich. Das ist zu bemerken vor dem Hintergrund von veränderten Positionen, die sich in anderen Parteien, einschließlich der FDP, anzubahnen anfangen. Das waren die Bemerkungen, die ich machen wollte zu diesem Punkt.

Einen letzten Punkt, was die CSU anbelangt. Wir stimmen ganz überein mit dem, was auch Stoltenberg hier gesagt hat. Wir müssen diese Frage der Nummer Eins vom Tisch bekommen. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, monatelang dasselbe Spiel zu haben, was wir mit der anderen Frage hatten. Die Gesetze der Psychologie scheinen wir alle nicht zu beherrschen. Was meinen Sie, was in der Woche los war, als die Sozialdemokraten in Bremen unerwartet gut abgeschnitten haben.⁴⁴ Die sind also wie die Kindsköpfe rumgerast und haben gesagt: „Ja, Mensch, Du mußt doch verstehen, wie glücklich wir sind.“ Ich sage, das verstehe ich sehr gut, nur ich würde das nicht so überbewerten, wie ihr das tut. Jedenfalls dies hat die so mitgerissen, daß die jetzt an den Sieg glauben. (*Stoltenberg*: Aber das zeigt natürlich auch, unter welchem Druck die vorher waren!) Natürlich! Aber von dem Druck haben wir wenig gemerkt, das haben sie reingefressen. (*Stoltenberg*: Ja, das ist richtig.) Und das ist mein psychologischer Punkt, den ich hier anbringe. Nach den Wahlen in Heidelberg und in Stuttgart⁴⁵

44 Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahl vom 10. Oktober 1971: SPD 55,3 %, CDU 31,6 %, FDP 7,1 %.

45 Gemeinderats- und Kreistagswahlen am 24. Oktober 1971 in Baden-Württemberg. In Heidelberg steigerte sich die CDU von 32,6 % auf 40,5 % und in Stuttgart von 28,7 % auf

sollten wir ein gesundes Selbstvertrauen zeigen, da haben wir zugenommen. Also muß man das immer in der Proportion sehen. Das sollten wir beachten bei der Darstellung unserer Position nach draußen.

Ein letztes: Wir müssen, nach dem, was Kollege Stingl gesagt hat vom Kongreß der IG Druck und Papier, die sich ja immer schon ausgezeichnet hat durch besondere Radikalität – der Kollege Albers⁴⁶ ist ausgetreten aus dieser Gewerkschaft und hat sie „Dreck und Papier“ genannt, so wie er schlicht und ergreifend arbeiten konnte –, dieses ganze Problem der Gewerkschaften hier einmal in aller Offenheit und Sorgfalt analysieren und diskutieren, um dann zu einer Klarstellung zu kommen. Der Kollege Strauß und ich waren bei dem DAG-Kongreß in Nürnberg⁴⁷. Ich kann nur sagen, daß war ein Glück, daß wir da waren in dieser Kombination. Das war ausgezeichnet. Kollege Barzel war verhindert durch den Tod von Rasner⁴⁸, sonst wäre er ebenfalls noch da gewesen. Also wir werden auf den Kongressen vertreten sein müssen. Lassen Sie mich etwas sagen, was für den ein oder anderen aus meinem Munde vielleicht überraschend wirken kann. Eine Figur wie ich, die ist da ungefähr selbstverständlich, den kennt man und da weiß man, wo der steht. Aber ein Mann wie Strauß, das ist für die doch eine ganz andere Position, so daß man mal überlegen muß, auch andere Persönlichkeiten – ich stelle mir vor, daß ein Köppler auftritt – auftreten zu lassen. Das hat viel größere Wirkung, als wenn ich da komme. Da sagen die: „Ja, das wissen wir ja, wie der denkt.“ Oder wie Stoltenberg ... (*Zwischenruf*: Es wäre dringend nötig!) Ja, ich habe das schon ein paar Mal gemacht und sowohl beim Industriekolleg in Düsseldorf als auch Hamburg beim Überseeclub gesprochen.⁴⁹ Und ich erlebe dann das, was Sie bei uns erleben, nämlich, daß Sie oder Herr Stoltenberg da noch weniger freundlich empfangen wurden als ich, denn ich habe ja was Neues – etwas Neues macht den Leuten immer sehr viel Spaß. Die Gewerkschaften würden sich freuen, Sie dann auch zu sehen, und das gilt auch für andere.

Wir haben ein zweites gesagt, Herr Kollege Barzel hat zum ersten Mal in der Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 45 Redakteure des DGB, Gewerkschaftspresse, einschließlich „Welt der Arbeit“ und aller Industriever-

34,3 %. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Oktober 1971 „Auf dem Rathaus sind die großen Parteien im Vormarsch“.

46 Johannes Albers (1890–1963), Schriftsetzer; 1919–1931 Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, 1924–1933 Stadtverordneter in Köln (Zentrum), 1945–1962 Mitgründer und Vorsitzender der CDU Köln, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1957 MdB, 1958–1963 Vorsitzender der CDA. Vgl. LEXIKON S. 176. – Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 9. Oktober 1962 „Johannes Albers will IG Druck verlassen“.

47 10. DAG-Bundeskongreß vom 11. bis 16. Oktober 1971 in Nürnberg. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Oktober 1971 „Strauß fordert Rückkehr zu festen Wechselkursen“; „Die Welt“ vom 12. Oktober 1971 „Strauß fordert: Schluß mit Unruhe in der Wirtschaft“.

48 Will Rasner war am 15. Oktober 1971 verstorben.

49 Vgl. „Die Welt“ vom 8. Juli 1971 „Katzner: Auf technologischen Fortschritt notfalls verzichten“. Zur Rede „Aktuelle Probleme der Gesellschaftspolitik“ vor dem Industrie-Club Düsseldorf vgl. „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 27. April 1970.

bandssachen, eingeladen.⁵⁰ Angekündigt waren Barzel, Strauß und ich, alle 45 waren da. Da hat kein Mensch abgesagt. Strauß ist später gekommen und hat eine Stunde länger diskutiert, als vorgesehen war. Der Eindruck, den ich jetzt von den Leuten bekomme, ist unglaublich. Da werden Vorurteile abgebaut, die also mühsam hochgepäpelt sind. Ich meine, auf dem Gebiet müssen wir unendlich viel lernen. Denn ich weigere mich aufzugeben. Denn wenn wir aufgeben würden, würden wir keine Chance für 1973 haben. Und wir müssen uns hinstellen und für uns werben. Der Kreis aus meinem eigenen engeren Beritt, das sag ich mit Freimut, ist viel zu klein, als das wir das alleine auf die Hörner nehmen könnten, zumal wir beobachten, daß die Betriebsratswahlen mit und ohne parteipolitische Betätigung der Sozialdemokraten stattfinden. Brandt kommt nicht als Bundeskanzler, sondern als Friedensnobelpreisträger. Dem kann man ja nicht die Tür versperren. Der muß doch bei Volkswahlen frei sprechen. So ein Mann, der die Friedenspolitik erfunden hat, der muß doch da überall hintreten. Das werden wir gar nicht verhindern können. Auch nach jetzt geltendem Recht wird das gar nicht auszuschließen sein. Ich meine, diese vier Punkte, insbesondere den letzten, würde ich sehr gerne noch stärker in den Vordergrund rücken, als bisher geschehen.

Hasselmann: Das Ende der totalen Konfrontation hat in Niedersachsen zunächst ein völlig unterschiedliches Echo gefunden.⁵¹ Ich muß das offen ansprechen. Das liegt an der Konfrontation, die bei uns da ist und noch besser ist, wenn ein Verhältnis von 75:74 vorgefunden wird. Was Fraktionsdisziplin angeht und die Präsenz, ist für uns ausdiskutiert. Es wäre gut, wenn die Bundestagsfraktion dem zustimmte. (*Unruhe.*) Ja, das ist gar nicht so sehr eine Frage des Drucks, sondern des Versagens bei zwei entscheidenden Punkten, bei denen wir die Chance verpaßt haben durch zu späte Absendungen der Termine. Es gibt durchaus Punkte, bei denen man die Entschuldigungen gelten lassen muß, wie z. B. bei Krankheitsfällen. Das ist einfach nötig mit Rücksicht auf den alten Kabinettschef Dr. Diederichs, der dann dankbar ist, auch eine Sitzung verfolgen zu können, wenn unsere Leute nicht voll präsent sind durch einen Krankheitsfall. Dann ist das Verhältnis das gleiche, aber auf jeder Seite fehlt eben halt einer. Das kommt vor.

Wir haben uns beruhigt, und wir haben beruhigen können in dieser Angelegenheit aus zwei Gründen. Erstens ist es erfreulich festzustellen, wie im Grunde genommen verärgert Wehner war, dem gar nicht an der totalen Konfrontation gelegen war. Und wir werden die Rede von ihm⁵² als Entgegnung entsprechend versenden. Das zweite

50 Das Gespräch zu Fragen der Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Konjunktur- und Wirtschaftspolitik fand am 14. Dezember 1970 statt (CDU Presse Mitteilungen vom 14. Dezember 1970; DGB Nachrichten-Dienst vom 15. Dezember 1970; „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. Dezember 1970 „CDU-Präsidium konferiert mit DGB-Vorstand“).

51 Einschätzung in „Niedersächsische Allgemeine“ vom 14. August 1971 „Niedersachsen vor einem bewegten Herbst. Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU wird härter. Kubel trifft Hasselmann“.

52 Rede Wehners im Rahmen der Dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes am 21. Oktober 1971 im Bundestag (Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8332–8337).

ist, daß die persönliche Diffamierung unseres Vorsitzenden bei allen Parteigenossen aus der Baracke schlecht angekommen ist.

Zweitens, die Frage des Friedensnobelpreises müssen wir runterspielen. Ich glaube, die Bundespartei und dieser Vorstand hat getan, was zur Sache zu tun ist. Man muß sich da fair verhalten, jetzt sind wir dran! Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß man einem Operateur den Orden erst verleiht, wenn der Patient lebt. Nicht während der Operation. Das ist das eine. Das zweite, wir müssen hinweisen auf das, was die Auslandspresse zur Sache sagt. Nicht nur die Schweizer. Insbesondere die aus London und Paris. Das muß bekannt gemacht werden. Ich habe Applaus bekommen, hatte den unglücklichen Zufall, am Abend der Preisverleihung, als die Jubelpresse und die gesamten Rundfunk- und Fernsehanstalten voll waren, vor die Öffentlichkeit treten zu müssen. Ich habe Applaus bekommen mit dem Hinweis, daß man erst nach dem Erfolg den Orden bekommt. Nicht davor. Unterschwellig muß gesagt werden, woher er kommt und unterschwellig, meine Damen und Herren, muß halt weiter gesagt werden, wer die Alternative für die vergebenden Organisationen gewesen wäre. Also, wer außer Brandt? Ich glaube, das sollten wir sagen und wir brauchen ein bißchen Hilfestellung bezüglich des Materials, weil man das nicht beschränken kann auf die Landesvorsitzenden oder Vorstände, sondern das muß rein in die Ortsverbände. Das muß diskutiert werden am Stammtisch, beim Kartenspielen usw. Wir dürfen die psychologische Wirkung, von der Herr Katzer gesprochen hat, hier nicht unterschätzen.

Drittens: Die Frage nach den Alternativen, meine Damen und Herren, Außenpolitik, unser Schicksal, innen wird das Brot teurer. Da ist es zunächst nach meinem Dafürhalten nötig zu fragen, wer von uns ist der Mann, der die wirtschaftspolitischen, innenpolitischen Dinge jetzt so nach vorne spielt, daß das für jedermann und Lieschen Müller, wenn sie einkauft, deutlich macht. Da ist nach meinem Dafürhalten das letzte noch nicht richtig geschehen. Aber jetzt sind wir dran, als Aufbau für einen Wahlkampf die Alternativen deutlicher zu formulieren und sie deutlicher für die Bevölkerung zu machen, wobei ich glaube, wir sollten uns hier im Bundesvorstand dazu durchringen, unter Beachtung selbstverständlich eines verabschiedeten Programms, daß die Fraktion und die Mehrheit des Bundesrates viel Freiheit braucht, wenn sie in ihren Handlungen taktisch klug und mit dem nächsten strategischen Ziel operieren sollen. Wir müssen ihnen, ohne sie festnageln zu wollen in der Fraktion, auch im einen oder anderen Punkt die größte Interpretationsbreite überlassen, die sie aus der Situation jeweils zur Stunde dringend brauchen.

Letzter Punkt: Ich glaube alles, was hinter uns liegt, ist im Grunde genommen von uns mit Dankbarkeit zu registrieren, aber jetzt müssen alle nur nach vorne sehen, Vorsitzende, Vorstand oder Präsidium und Fraktion. Ich halte oder wir halten viel von der Grundsatzkommission.

Letzte Bemerkung: Wie wollen Sie die Termine halten bezüglich der Organisation, die Herr Dr. Kraske angesprochen hat? Ich bin der Meinung, daß wir sechs Mal tagen sollten. Wenn dazwischen die Landesvorsitzenden noch einmal, Sie nannten das nach den Statuten, informiert werden sollten, stelle ich fest, daß außer zweien alle hier sind, und für uns noch mal dasselbe wiedergekaut wird, weil wir dann alle dabei sein müs-

sen. Hier fehlen Hamburg und Saarland, alle anderen Landesvorsitzenden sind hier vertreten. Können wir wegen der zwei eine Wiederholung uns terminlich leisten? Ich halte von dieser Zwischensitzung zur Information der Landesvorsitzenden aus diesem Grunde wenig. Wir müssen uns überlegen, wie das korrigiert werden kann.

Barzel: Darf ich für eine Sekunde unterbrechen. Das Leben geht ja weiter draußen. Es ist heute die Gemeinschaftsdiagnose der „Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute“ herausgekommen. Wir müssen dazu votieren. Dies Votum der Herren ist genau auf der Linie unserer Einlassung im Bundestag. Wir sind ja in einer neuen Kommunikation mit der Wissenschaft. Ich würde deshalb vorschlagen, daß Sie uns hier ermächtigen, daß Herr Kollege Stoltenberg dazu eine Erklärung abgibt, der wir zustimmen. Wünschen Sie das im einzelnen zu hören? Ich wollte nur fragen, denn es ist einfach unsere Linie ohne Polemik. Wir stellen nur fest, wie ernst die Lage ist. Das ist völlig auf unserer Linie. Nicht, daß wir uns nun berühren, daß die das sagen wie wir, sondern ...

Langguth: Ich möchte im Rahmen unserer Generalausssprache jetzt noch auf ein weiteres Feld, nämlich das der Hochschulpolitik, das der jungen Generation, hinweisen. Ich glaube, daß eine ganze Reihe wesentlicher Aufgaben im Bereich der Hochschule liegt nicht nur im studentischen Bereich, sondern auch im Bereich der Professoren, die zur Zeit ansprecher für die CDU sind als jemals zuvor. Ich glaube, hier muß man irgendwelche Möglichkeiten schaffen, ein paar Angelegenheiten zu diskutieren. Ich habe lediglich drei Fragen an den Vorsitzenden. Die erste Frage ist die, die ich bei der Aufgabenverteilung im Präsidium vermißt habe, daß ein Vertreter speziell für die Kontakte mit den Kirchen zuständig ist. Das scheint mir eine ganz wesentliche Aufgabe zu sein. (*Katzer:* Das macht der Vorsitzende selbst, das ist eine so wichtige Sache, das muß der Vorsitzende machen.) Die zweite Frage, selbst wenn die Frage des Grundsatzausschusses bei der nächsten Sitzung besprochen werden soll, würde mich trotzdem interessieren, wer die beiden mir bis dato unbekannt Herren Albrecht und Hasinger sind. Und die dritte Frage, die ich in dem Zusammenhang noch stellen möchte, ist die: Es ist ja eine Kommission mit der CSU zu bilden oder gebildet worden. Bei der letzten Präsidiumssitzung ist ein Auftrag an den Bundesvorstand der CDU ergangen. Es geht ja nicht nur darum, eine personelle Repräsentanz zu schaffen, von der Herr Köppler vorhin gesprochen hat, sondern welche Vorbereitungen getroffen worden sind, programmatisch, inhaltlich hier mit der CSU in Vereinbarung zu treten.

Katzer: Darf ich mal kurz eine Frage an den Vorsitzenden des RCDS stellen? Ich weiß nicht, wie es möglich ist, daß der Vorsitzende des RCDS in Köln ein Sozialdemokrat geworden ist.⁵³ Ich meine, wie geht das eigentlich?

Langguth: Da darf ich direkt antworten. Das ist eine Sache, mit der ich selbstver-

53 Bodo Borch, 22jähriger Student der Wirtschaftswissenschaften und Mitglied der Jungsozialisten, wurde zum Vorsitzenden des RCDS Köln gewählt. Nach seiner Wahl trat er aus der SPD aus und kam damit einem Parteiausschluß zuvor. Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 27. Oktober 1971 „Jusos: Juso geht fremd“; „Bonner Rundschau“ vom 9. November 1971 „RCDSPD“.

ständig nicht einverstanden bin. (*Katzer*: Ja, wie geht das? Sitzungsgemäß?) Es ist so, daß wir kein Verband sind, Herr Katzer, wie Sie wissen, der eine Parteiorganisation darstellt. Die Mehrheit aus der Kölner Gruppe ist eindeutig CDU-orientiert. Der Vorsitzende – der jetzt Vorsitzender geworden ist – und ich muß sagen, daß ich das sehr bedauere und daß ich das den Leuten kundgetan habe – ist ein sogenannter rechter Sozialdemokrat, der jetzt damit zu rechnen hat, daß er ein Parteiausschlußverfahren an den Hals bekommt. Kann sein, daß er bereit ist, dann in die CDU einzutreten, und zwar mit der Begründung. (*Starke Unruhe*.) Nur damit jetzt keine Mißverständnisse aufkommen. Es ist eine eindruckliche Mitteilung ausgegeben worden, nämlich daß der Mann sagt, daß der RCDS der einzig demokratische Studentenverband in Köln ist. Und daß die Problematik, vor der wir uns in einer ganzen Reihe von Universitäten gestellt sehen, daß nämlich tatsächlich Sozialdemokraten, die nicht wissen, wo sie hinsollen, sagen, der RCDS ist der einzige demokratische Studentenverband hier. Ich möchte mit Nachdruck sagen, daß das ein ausdrücklicher Ausnahmefall ist. Es gibt noch zwei Gruppen, wie mir bekannt ist, wo einfache Mitglieder bei der SPD auch Mitglieder bei uns sind. Ich glaube, wir sollten die Sache jetzt nicht hier übertreiben, sondern sollten durch eine bestimmte Form an Liberalität hier versuchen, den RCDS auf Bundesebene noch mehr dazu zu bringen, daß er sich eben klar zur CDU bekennt. Und ich glaube, das ist doch unser aller Ziel.

Barzel: Ich finde es gut, was Herr Langguth gesagt hat. Sie werden natürlich verstehen, wir kommen mit der Argumentation in Teufels Küche, wenn wir bei den Kommunalwahlen nur Kandidaten zulassen, die Mitglieder der Union sind. Ich würde deshalb bitten, auch für draußen und für das, was auf der Pressekonferenz zu sagen ist, daß wir Herrn Langguth gebeten haben, in der nächsten Sitzung uns darüber zu berichten. (*Katzer*: So ist es richtig!) Damit kommt alles das jetzt zum Ausdruck, was Sie da wollten.

Lampersbach: Ich würde für unsere eigene politische Aktivität nach außen hier anregen, daß der Gesprächskreis der Vereinigungsvorsitzenden, wie er bei Herrn Dr. Heck gelaufen ist, auch für die Zukunft fortgesetzt wird. Denn ich bin der Auffassung, daß wir dort eine Fülle von Problemen vorbesprechen können, nicht nur in der materiellen Behandlung der Gesetzgebung, sondern auch in der Frage der Umsetzung in die Öffentlichkeit hinein. Hätten wir das hier rechtzeitig und intensiver betrieben, dann wäre uns sicherlich manche Panne in der Vergangenheit erspart geblieben. Denn was doch auffallend ist bei dem zentralen Gesetzesanliegen der nächsten Wochen, dem Betriebsverfassungsgesetz, ist festzustellen, daß die FDP es fertiggebracht hat, nachdem sie monatelang überhaupt geschwiegen hat, nur mit einer einzigen Passage das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen, nämlich einmal im Punkt der Leitenden Angestellten, für die sie dann im Gesetzgebungsverfahren nichts getan hat, und zum zweiten, daß sie angeblich die politische Entschärfung der Betriebsverfassung durchgeführt hat. Wer sich das in diesem Fall ansieht, wird feststellen, daß hier nur eine Kaschierung erfolgt ist, aber in Wirklichkeit keine Entspannung in der Politisierung der Betriebe. Und ich glaube, daß es uns, Herr Kollege Katzer, in der Vergangenheit sicherlich gut angestanden hätte, wenn wir von allen Seiten mehr Zurückhal-

tung nach außen hin betrieben hätten. Ich habe es etwas unglücklich empfunden, daß der Kollege Vogt⁵⁴ sehr frühzeitig gesagt hat, die CDU/CSU Fraktion würde mit über 50 Stimmen in der Fraktion für den Gesetzesentwurf der Regierung stimmen. Das hat einen Meinungsstreit draußen ausgelöst, den wir uns bei der prekären Situation nach meiner Auffassung einfach nicht leisten können. Wenn Sie darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeitsgemeinschaft Selbständig Schaffender der SPD⁵⁵ heute Vorschläge macht – und zwar am Mittwoch der letzten Woche, es ist z. T. durch die Presse gegangen –, daß sie in der Steuergesetzgebung gegenüber der Wirtschaft sehr viel weitergehende Forderungen stellen, als wir das je gewagt haben und damit eine große Euphorie ausgelöst haben, dann sollte uns das auch zu denken geben. Mir ist am Wochenende in Rheinland-Pfalz bei Veranstaltungen mitgeteilt worden, daß man die SPD sicher sehr viel eher und besser, gerade aus Kreisen der mittelständischen Wirtschaft, nutzen kann als die CDU, die z. B. bei Veränderungen der Gewerbesteuer bis heute, außer Vorlagen, nichts erreicht hat. Das mögen Kleinigkeiten sein, aber sie tragen zum Gesamtbild bei, wenn Sie überlegen, wie die Belastungen im Rahmen der mittelgroßen Wirtschaft heute draußen aussehen und welchen schlechten Eindruck die zu verabschiedenden Gesetze für die Zukunft machen.

Wir müssen hier, Herr Kollege Katzer, unterscheiden zwischen den gesellschaftspolitischen Anliegen, die sicherlich von allen, die hier sitzen, bejaht werden. Wir müssen aber auch überlegen, wie die materiellen Auswirkungen sind. Ich darf in Ihre Erinnerung rufen, daß wir in der Wirtschaft im vergangenen Jahr mit dem Lohnfortzahlungsgesetz eine zusätzliche Belastung von heute rund 8 Mrd. DM abgelehnt haben. Sie konnten Ihr Versprechen, Herr Katzer, nicht halten. (*Zwischenruf Katzer.*) Wir müssen versuchen, hier eine Linie zu finden, in den Punkten, in denen wir entscheiden können. Was die tariflichen Absprachen betrifft, steht außerhalb unserer Zuständigkeit. Und wir können nur versuchen, psychologisch Einfluß darauf zu nehmen. Aber, was hier nicht eingetreten ist, war das gegebene Versprechen, die Krankenversicherungsreform durchzubringen.

Nun, Herr Vorsitzender, ich habe Ihnen in einem Brief mitgeteilt, daß wir aus vier naheliegenden Gründen dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen können. Das ist eine Meinung, die ich noch mal am Wochenende überprüft habe und die bis jetzt uneingeschränkt gilt. Die Frage stellt sich also, wie wird sich die Fraktion beim Einbringen des Gesetzesentwurfes zum Betriebsverfassungsgesetz verhalten? Soweit Ihnen das nicht bekannt ist, darf ich sagen, daß im Ausschuß für Arbeit und Soziales von Herrn Pro-

54 In einer Diskussion mit dem Hauptgeschäftsführer der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, Herbert Zigan, hatte Wolfgang Vogt im März 1971 dem Entwurf der CDU/CSU wenig Chancen eingeräumt und die Meinung vertreten, daß der Gesetzesentwurf der SPD/FDP-Koalition im Bundestag angenommen werde („Dürener Nachrichten“ vom 8. März 1971 „Mitbestimmung keine Spielwiese für unüberlegten Reformwillen“).

55 1953 wurde in Essen die „Bundesarbeitsgemeinschaft Selbständig Schaffender in der SPD (AgsS)“ gegründet, die 1963 in „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)“ umbenannt wurde.

fessor Schellenberg⁵⁶ ein Verfahren angewandt worden, das geradezu jeder parlamentarischen Behandlung Hohn spricht. Hier ist nicht mehr diskutiert worden, sondern das, was wir vorzutragen hatten, zur Kenntnis, vielleicht auch nicht zur Kenntnis, genommen worden. Es ist abgestimmt worden im Sinne der von der Koalition vorgesehenen Regelung. Dabei ist von vornherein, bevor die erste Beratungsrunde eröffnet wurde, verkündet worden, daß die Koalition das Gesetz im Oktober, spätestens November, verabschieden wird. Ich muß sagen, daß das eine Art ist, die der parlamentarischen Behandlung geradezu Hohn spricht. Bei einem so umfassenden Gesetz mit so weitreichenden materiellen Folgen hat es normalerweise kein Parlamentarier, der seine Aufgabe ernst nimmt, in der Hand, hier über ein oder zwei Monate hinaus kalkulieren zu können, und wenn hier von vornherein festgelegt wurde, daß die Koalition dem Gesetzentwurf kraft ihrer Mehrheit in einer Stimme dem Ausschuß zustimmen wird, dann waren die Dinge vorher gelaufen. Wir hätten also gar nichts zu machen brauchen.

Eine zweite Sache, die ich bitte mitzubersichtigen für die Zukunft: Ich weiß nicht, Herr Kollege Katzer, ob es glücklich war, daß wir zu dem Zeitpunkt, als wir es getan haben, einen eigenen Entwurf eingebracht haben, von dem die Koalition eine Reihe von Punkten übernommen hat, die das Betriebsverfassungsgesetz nach unserer Auffassung verböte. Hier stellt sich tatsächlich die Frage, inwieweit es tunlich und zweckmäßig ist, so etwas zu machen oder abzuwarten, wenn man nicht die Gewißheit hat, daß man mit seinen eigenen Vorstellungen durchkommt. Ich weiß, daß das sehr schwierig ist, aber Herr Dr. Barzel, als Vorsitzender der Partei werden Sie sich sicher auch mit der Frage der Finanzierung, die hier angesprochen ist, in besonderem Maße beschäftigen müssen. Ich kann Ihnen bis jetzt nur sagen, daß die Reaktion in den wirtschaftlichen Kreisen außerordentlich negativ ist. Der Landesgeschäftsführer sprach mich gestern an bei einer Veranstaltung, ob nicht Geld zu bekommen sei, da wir auch in Westfalen-Lippe in einen Engpaß hineingeraten. Ich habe eine Reihe von bedeutenden Wirtschaftlern angesprochen, die mir gesagt haben, sie warteten einmal die Entscheidung des Bundestags ab, wie wir zu dem Betriebsverfassungsgesetz stehen. Herr Dr. Barzel, Sie werden als Fraktionsvorsitzender sicherlich eine sehr schwierige Entscheidung vorzubereiten haben. Ich glaube, daß es nach dem, was wir für viele Wochen immer klar und deutlich draußen gesagt haben, für uns fast unzumutbar ist, diesen Gesetzen zuzustimmen, zumal es nicht unser Gesetz ist, sondern einfach auch vom Programm her ein völlig anderes Gesetz. Das zweite, daß dieses Gesetz die Aktivität der Unternehmungen sehr stark in der Zukunft beengt und für das einzelne Belegschaftsmitglied keine Verbesserung seiner Situation bringt. (*Katzer*: Ja, das stimmt.) Grundverbesserungsanträge, Herr Kollege Katzer, das ist für die Leute, die das Glück oder das Pech haben, in den Betriebsrat zu kommen.

Und ein letztes möchte ich noch sagen, wie das Gesetz praktiziert wird. Ein Tausend-Mann-Betrieb aus meinem Wahlkreis hat in der vergangenen Woche die lapidare

56 Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), a.o. Professor für Sozialpolitik und Versicherungswesen; 1952–1976 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 385 Anm. 15.

Mitteilung erhalten, daß der Bundestagsabgeordnete, der Kollege Schulte⁵⁷, zu einer Betriebsversammlung erscheinen wird, ohne daß die Unternehmensleitung vorher gefragt worden ist. Die Unternehmensleitung hat dann festgestellt, daß zwischen Betriebsrat und der SPD eine Absprache zustande kam, ohne auch die Geschäftsleitung vorher zu unterrichten. Die Geschäftsleitung hat sich dagegen verwahrt mit dem Argument, daß zunächst einmal der Betriebsfriede zu sichern sei und sie in einer Phase der Tarifverhandlungen und vor dem Wahlkampf in Betriebsratswahlen ständen, wo derartig prononcierter politischer Besuch nicht opportun sei.

Das sind die Punkte, die ich Ihnen hier vortragen mußte. Ich bitte wirklich, sehr gründlich darüber nachzudenken und nicht etwa aus einer bestimmten Stimmung heraus zu sagen: Jetzt ist der Entwurf so gediehen, daß wir nicht mehr dazu nein sagen können.

Lemke: Darf ich ganz kurz etwas sagen, und zwar eins, zunächst eine Vorbemerkung zu zwei Punkten. Die Meinung von Herrn Köppler, daß wir bis Ende 1971 fertig werden müßten mit den Gesprächen mit der CSU, unterstreiche ich ganz nachhaltig. Zweitens die Meinung von Herrn Kollegen Katzer bezüglich der Gewerkschaften nehme ich als meine eigene und meine ständige Rede in meinem Lande.

Ich glaube, wir haben da ein gutes Forum. Wir müssen allerdings kämpfen und uns sehr bemühen. Nun, weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe: Mir ist aufgefallen die Bemerkung von Ihnen, Herr Kollege Köppler, wegen des Mietrechts. Und dazu muß ich mal ein ganz offenes Wort sagen. Wir haben in diesem Punkt eine Alternative gehabt, ob sie gut oder sehr gut war, kann dahin gestellt werden. Wir sind nicht durchgedrungen. Wir haben dieses Schauspiel erlebt, was wir jetzt zu Ende führen müssen. Ich weiß, wie gerade die CDU-regierten Länder darum gerungen haben, hier eine richtige Entscheidung zu fällen. Propagandistisch-politisch sind wir, das ist ja von Ihnen allen gesagt worden, in eine scheußliche Ecke gedrückt worden. Ich möchte deswegen unseren Vorsitzenden bitten, auf diese Fragestellung noch mal einzugehen. Ich bin mir noch nicht mit mir darüber klar, welches jetzt der richtige Weg ist, wenn Anfang November über diesen Einspruch entschieden wird. (*Unruhe. – Barzel:* Die Sache ist jetzt nicht mehr in unserer Hand.) Ja, dann muß aber unser Propaganda-Apparat also dementsprechend ... (*Unruhe. – Kohl:* Das kannst Du nur totschweigen, das beste, was man machen kann. – *Barzel:* Der Gegenangriff über Wohnungsbaupolitik.) Die Sache ist wirklich also ganz ernst und sehr schwierig.

Kohl: Zu drei Punkten. Zunächst, damit jeder hier den Informationsstand hat in Sachen Bundesverfassungsgericht.⁵⁸ Es ist eine eigenartige Entwicklung gewesen in

57 Manfred Schulte (1930–1998), Jurist; 1953 SPD, 1962–1965 Rechtsrat beim Amt Pelkum (Kreis Unna), 1965–1987 MdB, 1967–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

58 Die Amtszeit von vier Verfassungsrichtern war im März bzw. August abgelaufen, die des Präsidenten am 12. Oktober 1971. Die Stellenneubesetzungen beim Bundesverfassungsgericht verzögerten sich, da die Parteien sich nicht über die Kandidaten einigen konnten. Vgl. FAZ vom 18. Oktober 1971 „Neue Verzögerungen bei der Neuwahl von Verfassungsrichtern“. Vgl. Anm. 18.

den letzten 1 ½ Jahren. Wir haben immer wieder beraten, mehr als dreimal im Parteipräsidium fanden die notwendigen Abstimmungen statt mit den Mitgliedern der CSU. Wenn also heute im Pressespiegel der eine oder andere schreibt, es sei mit der CSU nicht gesprochen worden, kann davon gar keine Rede sein. Natürlich haben wir mit der CSU das im Detail besprochen. Wir hatten erst ein Konzept, um es ganz knapp zu sagen, daß wir versuchen, einen Richter mehr zu bekommen, im Blick auf den Zweiten Senat. Der Parteivorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, da geht eine falsche Berechnungsgrundlage um, weil ein paar Leute bei uns sich um die Richter bisher nicht sonderlich gekümmert haben. Wie ich überhaupt sagen will, wer auch immer jetzt sich über die Sache unterhält, sollte einmal die Akten der letzten 15 Jahre angucken. (*Barzel*: Sehr gut!) Er würde sich sehr wundern, wer von den Bundesländern, soweit sie von der CDU/CSU geführt wurden, und wer von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in den letzten 15 Jahren auf die Warteliste gesetzt wurde. Also da war man ver zweifelt darüber, wie wir Personalpolitik gemacht haben. Nun kann man nicht über Nacht so ein Gericht umräumen. Es wird also einer sehr großen Kleinarbeit bedürfen, darüber sind auch der Herr Kollege Vogel und ich uns einig, um hier einigermaßen wieder unser Standing zu bekommen. Das ist das erste. Das zweite ist, in der Sache selbst haben wir jetzt eine vernünftige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung wäre noch vernünftiger gewesen, wenn sie zeitgerecht gekommen wäre und wir nicht in die mißliche Lage versetzt worden wären, durch diese Indiskretion aus unserem Kreis dann in ein ganz falsches Bild zu geraten.

In der Sache selbst ist zum Schluß noch zu sagen, der Knackpunkt am Donnerstag, oder am Freitag früh, zwischen uns und der Koalition ist im Augenblick die Frage der nominierten Bundesverfassungsrichterin Diemer-Nicolaus⁵⁹. Auch hier muß man der Wahrheit zur Ehre sagen, wir haben diese Sache bereits im Mai, nicht erst, wie heute in der Zeitung steht, bei der letzten Sitzung als nicht akzeptabel bezeichnet. Wir haben bei der allerersten Besprechung, als der Name zum ersten Mal aufkam, nach einer Besprechung im Parteipräsidium hier in der CDU und nach Rücksprache mit der CSU erklärt, die Frau Diemer-Nicolaus wählen wir nicht. Wenn also heute in den Zeitungen steht, es sei von uns eine Manipulation, dann ist es einfach nicht wahr, nur damit Sie auch an diesem Punkte Bescheid wissen. Ich würde vorschlagen, daß wir in der Sache Gericht jetzt gar nichts mehr tun, sondern es so laufen lassen, zumal die offizielle Erklärung an sich akzeptiert wurde von mir im Bundesrat. Herr Stoltenberg,

59 Dr. Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008), Juristin; 1938–1940 Tätigkeit bei IG Farben, 1940–1945 Tätigkeit als Schadenssachbearbeiterin in der Württembergischen Feuerversicherung, 1946 FDP/DVP, 1946–1950 Gemeinderätin in Stuttgart, 1950–1952 MdL Württemberg-Baden, 1953–1957 MdL Baden-Württemberg, 1957–1972 MdB, 1971–1973 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats. – Zur Ablehnung von Frau Diemer-Nicolaus durch die Union und ihrem Verzicht auf das Amt vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 23. Oktober 1971 „Und wieder dreht sich das Kandidaten-Karussell“; „Frankfurter Rundschau“ vom 6. November 1971 „Einmütiges Votum für Emmy Diemer-Nicolaus“; FAZ vom 13. November 1971 „Benda Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Frau Diemer-Nicolaus verzichtet“.

die einzige Zeitung, die ernsthaft mosert, ist die „Süddeutsche“⁶⁰, wenn ich es recht sehe, und ich würde das jetzt nicht aufwerten. Ansonsten ist es im allgemeinen akzeptiert worden, wenn es jetzt so abläuft, vor allem in dem Gremium am 2., Bundesrat am 12., ist das Thema gelaufen. Wir haben eine ganze Menge gelernt, wie man das in der Zukunft nicht mehr machen kann. Aber, wie gesagt, man kann nicht Personalfragen innerhalb von einem Vierteljahr reparieren, die zwölf Jahre so gelaufen sind.

Nun zum Thema Mietgesetz. Das Gesetz an sich, so wichtig es ist, ist nur exemplarisch für eine Betrachtung insgesamt. Ich sage das hier ganz offen, ich gehörte zu denen, die am Freitag akzeptieren wollten im Bundesrat, habe mich aber selbstverständlich der Mehrheit meiner Kollegen gefügt. Ich glaube nicht, daß es gut war, diese Geschichte bis zum letzten Komma auszureizen, denn, und das sage ich noch einmal, es macht einen miserablen Eindruck, wenn wir mit 250 Stimmen überstimmt werden, und wir werden überstimmt werden. Wir sind vielleicht an diesem Tag präsent mit 200 Stimmen und das sieht der Bürger draußen. Diesen verfassungsrechtlichen Mechanismus begreift er nämlich überhaupt gar nicht. Wir haben ja auch alles am Freitag noch mal gesagt, daß wir jetzt die Vorlagen der Bundesregierung vertreten haben, die Bundesregierung ihre eigene Vorlage verlassen und verraten hat. Bloß es nützt uns in der Sache selbst gar nichts, und ich warne davor, das Institut des Bundesrates möglicherweise in einen Geruch zu bringen, der auch uns schadet. Darüber muß man sich ganz klar sein. Sicherlich, die andere Seite hat genau so schuld, bloß, wir müssen in der Frage sehr viel behutsamer vorgehen, zumal, und das sage ich in allem Ernst, es natürlich eine miserable Geschichte war. Hören Sie einmal die Kollegen im Vermittlungsausschuß, die in den Vermittlungsausschuß morgens eingezogen sind und denen die neueste Erklärung aus der CDU/CSU vorgehalten worden ist, daß die CDU nun für den Mietstock sei. Erst einmal haben wir den Streit angefangen mit den Mietern, dann haben wir den Streit angefangen mit den Haus- und Grundbesitzern. Das Ganze machte also einen sehr, sehr schlechten Eindruck. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Die Panne ist passiert. Es geht hier jetzt gar nicht um das Nachkarten, sondern es geht darum, daß wir versuchen, aus dieser Geschichte zu lernen, bis zum letzten eine Sache nur durchreizen, in der wir wirklich was gewinnen können.

Und damit ist auch eine Frage der Präsenz angesprochen. Ich will es ganz allgemein sagen. Ich bin schon dankbar, wenn wir in Zukunft immer im Vermittlungsausschuß des Bundestags voll präsent wären. Und wenn die Kollegen, die da sind, von Bundestag und Bundesrat auch voll informiert werden. Denn Präsenz allein ist wenig, wenn da eine ganze Reihe dabeisitzen und sich um die Sache vorher nicht sonderlich kümmern. Die Klagen darüber reißen nicht ab. Dies gilt auch z. T. für die letzte Sitzung, an der ich selbst nicht teilnehmen konnte, aber mein Vertreter hat mir ein paar solcher Beispiele erörtert. Wir müssen hier sehen, daß wir in der Selbstdarstellung der Partei, jetzt gilt das natürlich auch für die Parteiengemeinschaft CDU und CSU, das letzte versuchen. Die nächste Generalprobe kommt bei der Frage der Betriebsverfassung. Das muß man klar sehen. Sie ist nicht nur eine Frage im Bundestag. Wir haben diese

60 Vgl. Anm. 19.

mißliche Lage genauso wiederum im Bundesrat. Ich saß ja in München dabei und habe die Gespräche der Kollegen aus der CSU mitangehört. Mir ist zur Stunde völlig unklar, wie die Abstimmungen im Bundestag über die Bühne gehen sollen, nachdem Stücklen sich in München sehr präzise für die CSU festgelegt hat, die CSU stimmt Nein. Ähnliches höre ich aus der bayerischen Staatsregierung für das Votum im Bundesrat, so daß wir uns meines Erachtens jetzt sehr intensiv darum kümmern müssen, daß wir an dem Punkt nicht auseinanderfallen, denn das kann eine ganz kritische Sache werden.

Dann ein letztes, da ich nicht weiß, ob ich an dem Punkt nachher noch da sein werde. Im Anschluß an das, was Hans Katzer gefordert hat, bin ich heute mittag beim Deutschen Angestelltentag des DGB (*Katzer*: Sehr gut, sehr gut!), und ich will also nur sagen, wenn Sie die Meldung lesen über die Wahl, die gestern für 6 % der Wähler in Rheinland-Pfalz stattgefunden hat, das sind also zwölf Verbandsgemeinden, rund 200, dabei geht es für uns vor allem darum, die Bürgermeister zu kriegen. Wer sich ein bißchen mit der Geschichte beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, aus 15 oder 18 Gemeinden jetzt juristisch sozusagen eine Verbandsgemeinde zu machen.

Wir haben in einem ganz kritischen Teil der Wählerschaft von Rheinland-Pfalz zu wählen gehabt, in der Nordpfalz, wo heute noch die CDU als ein Annex von Rom z. T. auf den Dörfern betrachtet wird und wo eine direkte Fortsetzung einer antikatholischen Stimmung herrscht. Wir haben diese Sache versucht zu unterlaufen, indem eine Reihe der Wählergruppen, das paßt zu dem, was vorhin besprochen wurde, von uns mitinitiiert wurden, etwa in Kirchheim-Bolandern, wo wir gar keine Chance haben, je Numero eins zu werden, das ist in dieser Generation auch nicht drin.

Als Erfolg verbuche ich, daß wir von zwölf sieben der hauptamtlichen Verbandsbürgermeister bekommen, allerdings in drei Fällen nicht unter dem Motto CDU allein, sondern mit einer vorgeschobenen freien Liste. Die Sozialdemokraten haben das z. T. natürlich auch gemacht. (*Katzer*: Brandt hat das auf den Weg gebracht.) Ja, es ist aber so, wir haben eine Reihe von Fällen, da gibt es auch noch freie Listen der Sozialdemokraten. Jeder hat dann seine „flankierenden Maßnahmen“. Ich bin also an diesem Punkt mit dem Ergebnis insgesamt sehr zufrieden, denn wir haben sieben von den zwölfen, ich habe mit höchstens fünf gerechnet und nicht geglaubt, daß die CDU an sich trotz alledem noch so gut abschneidet.

Hahn: Zur Frage Konfrontation. Dazu möchte ich nur das eine sagen, die SPD sucht die Konfrontation auch in der großen Koalition Baden-Württembergs bei jeder Gelegenheit. Und in der Bund-Länder-Kommission haben wir erlebt, daß wir uns schließlich auf einen Text geeinigt und ihn auch verabschiedet haben, meiner Meinung auch mit ganz gutem Gewissen verabschieden konnten in dieser Form, denn wir hatten uns ganz weitgehend durchgesetzt. Als wir vor die Pressekonferenz gemeinsam gingen, zog die SPD ein Papier heraus, das uns in jeder Hinsicht angriff. Ich würde hierzu prinzipiell sagen: keine grundsätzliche Konfrontation, aber im Sachlichen doch sehr hart bleiben – auch im Blick auf unsere kommende Wahl. (*Unruhe und Diskussion*.)

Zweite Frage: Nobelpreis. Das ist natürlich doch eine Sache, die von großer wahltaktischer Bedeutung ist. Wir können uns wohl kaum anders im Augenblick verhalten, als Sie sich verhalten haben im Bundestag, aber über die Presse oder hinten herum

müßte man ja doch sehr deutlich klarmachen, daß es sich um einen Trostpreis handelt und daß er von Sozialisten für Sozialisten für einen sozialistischen Frieden gegeben worden ist. Also, wir müßten doch versuchen, die Sache so deutlich publizistisch auseinanderzunehmen auf die Dauer, daß das nicht mehr wirkt.

Die dritte Frage, die ich noch stellen möchte, Herr Vorsitzender, Sie haben etwas von einem Gespräch mit dem Rat der EKD gesagt, das würde mich interessieren. In der nächsten Woche findet ja eine Synode der EKD, ich glaube in Frankfurt, statt, wo man sich mit bildungspolitischen Fragen auseinandersetzen möchte.⁶¹ Ich habe versucht herauszufinden, was die eigentlich da sagen wollen, jedenfalls mit uns, den Evangelischen der CDU, sind sie bisher noch nicht in Verbindung getreten, und wir sind in Gefahr, daß da ganz andere Dinge herauskommen, als wir sie für wünschenswert halten.

Barzel: Herr Hahn, zu diesem Vorgang wird Frau Dr. Wex Ihnen über Mittag einen Bericht geben, und dann können wir hinterher immer noch sprechen. Sie war bei diesem Gespräch dabei. Was die Evangelische Kirche Deutschlands uns zur Bildungspolitik zu sagen hatte, ließ sich in einem Satz zusammenfassen: 130 %ige Unterstützung unserer Forderung, erst Rechtsstaat und Sicherheit der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen. Wir waren von den Socken.

Windelen: Nur zwei kurze Sachpunkte. Wir machen vor den Vermittlungsausschusssitzungen gemeinsame Vorbesprechungen der Bundestags- und der Ländervertreter. Mir ist kein Fall bekannt, in dem die Absprachen, die dort getroffen worden sind, nicht gehalten wurden. Ich wäre sehr dankbar für konkrete Hinweise, damit ich dem nachgehen und in unserem Bereich dafür sorgen kann, daß eventuelle Mängel und Pannen abgestellt werden.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich danke für diese Generalaussprache. Sie ergab, wenn ich es richtig sehe, mit Ausnahme der sachlichen Beurteilung des Betriebsverfassungsgesetzes Übereinstimmung. Ich darf in wenigen Punkten versuchen, das zu beantworten oder zusammenzufassen, was hier notwendig ist, zunächst aber sagen, Scheel: „Bei weiteren Erfolgen auch 1973 Koalition mit der SPD“. Das ist die Eröffnung des FDP-Parteitag. Dazu, Herr Weiskirch, machen Sie einen Satz.

Erstens: Zur Debatte Betriebsverfassungsgesetz halte ich fest, keine Stimme in diesem Vorstand hat gesagt, gestützt auf Punkt 72 des Programms könnten wir uns hier nicht bewegen. Zur Sache selbst gehen die Meinungen weit auseinander, das haben wir gehört. Ich glaube, es ist nicht heute die Möglichkeit, das zu entscheiden. Wenn wir sehr klug beraten sind, laufen wir immer noch auf der Linie: Wir werden die Anträge stellen und verlangen dann nach der zweiten Lesung eine Unterbrechung, um das alles zu beurteilen. Hier herein spielt eine große Rolle der FDP-Parteitag. Wir müssen die Chance nutzen, wenn die wirklich mit einem Modell kommen sollten, das in der Nähe

61 4. Tagung der IV. Synode der EKD vom 7. bis 12. November 1971 in Frankfurt, Hauptthema ist „Die evangelische Kirche und die Bildungsplanung“. Vgl. „FAZ“ vom 8. November 1971 „EKD-Synode in Frankfurt eröffnet“; „Deutsche Zeitung Christ und Welt“ vom 12. November 1971 „Der Appell der letzten Stunde“.

unserer Düsseldorfer EntschlieBungen liegt, sie sofort auf eine unternehmensverfassungsrechtliche Entscheidung festzulegen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Leitenden Angestellten. Wir wären also ganz töricht, wenn hier unter uns die, die ja oder nein zu sagen denken, heute dies durchblicken lassen würden. Wir müssen glaubhaft in die zweite Lesung gehen, auch mit der Argumentation des staatspolitischen Verfahrens, von dem ich in anderem Zusammenhang gleich noch mal sprechen werde.

Zweiter Punkt: Geld! Herr Kraske hat sich geäuBert, wie Sie gehört haben. Der Vorsitzende selbst war tätig. Ich muß Ihnen aber eines sagen, damit wir uns hier ganz richtig verstehen. Es gibt einen Anfangs-Appeal [sic!] nach Saarbrücken. Dieser Anfangs-Appeal ist ein bißchen geschwächt gewesen durch Bremen. Das wird jetzt ganz sicher wieder aufgefangen. Aber wenn dieser Anfangs-Appeal gestört wird, indem wir die Frage, die ich unter Punkt 3 gleich behandeln werde, nämlich die Endgültigkeit der personellen Dinge, weiter vor uns herschieben, wird diese Sache noch schwieriger (*Beifall.*) Zu mir kommen Leute und sagen: „Jetzt wissen wir, was los ist, wo ist das Konto? Ja, aber, bitte, wir zahlen erst, wenn ...“

Dritter Punkt: CSU und Kandidat, es tut mir leid, daß ich das in meinem Bericht vergessen habe. Wir haben einen Parteitagsbeschuß⁶², insofern sind wir gebunden als Vorstand, wir haben den durchzuführen, ich brauche ihn nicht zu wiederholen. Nachdem wir in München waren – ich freue mich, daß Sie da sind, Herr Harlander – und mit großem Jubel begrüßt worden sind und auch die Rede, die wir gehalten haben, und die Tatsache, daß auch Herr Kohl dort auftrat, doch sehr gewürdigt worden sind, haben wir am Tage darauf hier im Präsidium folgenden Beschuß gefaßt, den ich doch Ihnen vorlesen möchte, weil ich gerne hätte, daß wir im Kommuniké dem zustimmen, falls Sie nicht weiterzugehen die Absicht haben: „Für die Gespräche mit der CSU über die Prozedur zur Nominierung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und die damit zusammenhängenden Sachfragen wird eine Delegation gebildet, die aus den Mitgliedern des CDU-Präsidiums und den Herren Dr. Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Dr. von Weizsäcker besteht. Der Generalsekretär der CDU wird mit dem Generalsekretär der CSU baldmöglich einen Gesprächstermin vereinbaren.“ Die Ergänzung dieses Kreises ist ganz offenkundig, der Kollege Filbinger ist der nächste Wahlkämpfer, er muß hier beteiligt werden, er muß auch in der Öffentlichkeit Auftrieb haben und der Kollege Weizsäcker in Vorgriff auf den Vorsitz dieses Grundsatzausschusses, wenn da etwas zu formulieren sein sollte. Ich würde es begrüßen, wenn der Parteivorstand diesem Beschuß beitreten könnte. Für den öffentlichen Beschuß und für den internen Beschuß sollte der Generalsekretär ermuntert werden, die Zügigkeit zu betonen gegenüber dem Generalsekretär der CSU, denn dies Ganze ist aus übergeordneten Gründen nötig. Sonst kommt auch alles andere nicht zustande, was wir wünschen. Viele unter uns haben da viele Kontakte, so daß sie auch noch einmal jemandem gut zureden.

62 Auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken wurde beschlossen, daß der Kanzlerkandidat durch ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU aufgestellt wird. Vgl. CDU, 19. PARTETAG S. 236 f.

Vierter Punkt: Ich bedanke mich bei den Kollegen, die hier – vor allen Dingen Herrn Köppler und Herrn Hasselmann – zum Problem der Umkehr und der Konfrontation gesprochen haben. Es ist ganz klar, daß dies ein grundsätzlicher Punkt war; das habe ich vorher dargetan. Daß die Beweislast umgekehrt ist und wir in der Sache härter sein können, ist ganz klar. Wenn Sie sich an die drei Punkte erinnern – und ich kann Ihnen den ganzen Text hierher legen lassen –, Herr Brandt und Herr Wehner sind ja ausgewichen. Sie haben den emotionalen Teil für die Öffentlichkeit aufgenommen, den sachlichen nicht. Wir können auf den Punkt „Druck auf uns“ jeder Zeit zurückkommen. Und das ist ja fundamental! Wir können das nun im Westen und Osten auch anderen Regierungen sagen. Zweitens haben sie in der Frage des Radikalismus nach links gestottert [sic!]. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Herren Landesvorsitzenden, ich will keinen Brief schreiben, die Herren Vereinigungsvorsitzenden, auch Herrn Langguth, alle Erkenntnisse, die Sie über mangelnde Abwehrbereitschaft von Sozialdemokraten nach linksaußen sammeln, uns zu geben. Denn auf den Punkt „Radikalismus“ wünschen wir zurückzukommen. Möglichst oft, möglichst breit und möglichst lange. Nachdem die Beweislast umgekehrt ist, geht dies. Der dritte Punkt betrifft das Verfahren im Hause. Wir werden natürlich auch das, wenn ich an die Dinge denke, die uns hier eben beschwert haben, noch einmal einbeziehen können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, denken Sie daran, Herr Wehner und Herr Ehmeke wollen, daß wir von der Öffentlichkeit als die totalen Konfrontationsleute bezeichnet werden und daß sie im Bundestag, wo sie ein Verfahren wählen, das uns keine Möglichkeit zum Ja gibt, weil sie Koalitions Guillotine machen, uns zwingen, nein zu sagen mit dem Ergebnis: totale Konfrontation, das totale Nein! Damit wird eine Wahl nicht zu gewinnen sein, das mußte umdreht werden. Dies ist geschehen. Ich wäre dankbar, wenn das auch im Kommuniké anerkannt werden könnte.

Fünfter Punkt: die Präsenz. Ich betrachte die hiesige Debatte als eine Ermunterung an die Fraktion, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen und als die Aufforderung der Herren Landesvorsitzenden, daß die Meldung erfolge. Kann ich das so interpretieren, Herr Ackermann⁶³, dazu machen Sie eine Notiz, weil es die Fraktion betrifft. Die Präsenz draußen besprechen wir, soweit es geht, im Präsidium, da gibt es noch immer Pannen. Ich unterstütze das, was Katzer gesagt hat, wir müssen hier Aha-Gefühle erzeugen. Wir haben deshalb Frau Wex gebeten zum Beamtentag.⁶⁴ Da erwartet man ganz sicherlich einen anderen Kollegen von uns, das gibt aber ein gutes Fernsehbild usw. (*Zwischenruf*: So ist es!). Ja, es ist doch so! (*Unruhe und Heiterkeit*.) Ich mache Ihnen so selten ein Kompliment und jetzt merken Sie es auch noch.

Sechster Punkt: Nobelpreis, Herr Kollege Hahn. Uns allen und mir, ich sage Ihnen hier, und das werden Sie mir sicher abnehmen, ist dieser Donnerstag⁶⁵ nicht leicht gefallen, da aufzustehen. Aber Herr Kraske war so freundlich, mir vorher auf die

63 Dr. Eduard Ackermann (geb. 1928), Journalist; 1958–1982 Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 655 Anm. 96.

64 8. Beamtentag des DGB in Bonn am 11. November 1971.

65 Am 21. Oktober 1971 bei der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes (hier Einzelplan 10). Vgl. Sten.Ber. 6. WP 145. Sitzung S. 8330–8332.

Schulter zu klopfen. Er sagte: „Kröten frißt man ganz oder gar nicht und dann in sportlicher Manier!“ Das ist, glaube ich, völlig richtig. Laß' den ersten Sozialdemokraten sagen: „Diese Politik steht nun nicht mehr zur Debatte“. Dann haben wir die Argumente. Dann müssen wir halt eine Woche, einen Tag warten. Dieser Satz kommt ganz sicher.

Bleiben ganz wenige Kleinigkeiten zur Beantwortung. Verzeihen Sie, es sind große Dinge, aber ich muß es schnell machen. Ich fange hinten an, Herr Langguth, Kirchen müssen der Vorsitzende und der Generalsekretär selbst machen. Herr Albrecht ist stellvertretender Vorsitzender unserer Fraktion in Hannover. Er war in der Europäischen Gemeinschaft einer der Generaldirektoren. Er ist also ein Experte auf dem Gebiet „Europa und Wirtschaft“. Herr Hasinger ist der Vorstand des geschäftsführenden Bundesausschusses der Sozialausschüsse. Die anderen Namen sind Ihnen bekannt. Aber nicht veröffentlichen, weil mit einem noch gar nicht gesprochen worden ist. Und Herr Amrehn ist sicher auch einverstanden. Ich habe den Bericht von Weizsäcker hier, er hat mich ermächtigt, ihn vorzulesen, was er vorgetragen hätte, wenn er hier gewesen wäre. Aber ich glaube, wir wollen mit ihm selbst debattieren in der nächsten Woche.

Bleibt der Punkt mit dem Parteitag und der Zeit für die Diskussion der Verträge. Dieser Parteitag ist geplant gewesen, ohne dafür ausreichend Zeit zu haben. Ich glaube, wenn wir über die Verträge hätten auf dem Parteitag votieren wollen, hätten wir dem Parteitag eine Unterlage dieses Vorstandes zur Hand geben müssen.

Allerletzter Punkt: Alternativen, welche? Herr Katzer hat von einigen gesprochen. Ich habe mich bemüht, in München in zehn Punkten das zusammenzufassen⁶⁶ und kann Ihnen nur sagen, aus meinen Erfahrungen der letzten beiden Tage, Donnerstag und Freitag ganztägig in Baden-Württemberg: Die Leute sind auf das höchste überrascht, wenn einer kommt und nicht erst mal eine halbe Stunde auf die Bundesregierung schimpft, sondern sagt: „Daß die schlecht ist, wissen wir. Ich will Euch jetzt mal sagen, was wir machen würden“. (*Katzer*: So ist es richtig!) Und daß man dann sagt: „Hier, Reformen im Bildungsbereich, ja natürlich, das wollen wir, leider haben die jetzt 7 Mrd. streichen müssen aus den mittelfristigen Finanzmitteln“. Ich kann nur sagen, da unterstütze ich, was Herr Langguth gesagt hat. Was ich erlebt habe jetzt bei jungen Leuten, z. T. von Leuten, die zuerst krakeelt haben und die, wenn man Reformpolitik von Arbeitsplatz bis Modernität mit ihnen diskutiert unter der Überschrift „Jede heute unterlassene Investition, ob öffentlich oder privat, nimmt Euch ein Stück möglichen Fortschritts und möglicher Modernität und möglicher Sicherheit Eures beruflichen Aufstiegs“, dann plötzlich anfangen zuzuhören, dann gibt es eine ganz andere Debatte. Hier haben wir eine positive Chance.

Letzter Punkt, und dann kommen wir hoffentlich zum Mittagessen: Wir müssen natürlich sehen, daß Herr Brandt seine Chance nutzt. Der Herr Brandt geht nicht in

66 Auf dem CSU-Landesparteitag am 16./17. Oktober 1971 in München benannte Barzel zehn Punkte zur künftigen Arbeit der Union (vgl. UiD Nr. 41 vom 21. Oktober 1971 „Barzel nennt 10-Punkte-Programm“).

Bremen auf den Marktplatz, um 5.000 Leute zu haben, sondern er geht zur Weser AG. Herr Brandt geht nach Bruchsal nicht auf den Platz, wie wir mit 2.500, 3.000 Leuten, sondern er geht zu Siemens zu den Arbeitern. Warum? Herr Brandt möchte gerne am nächsten Tag die Lokalpresse haben: „Willy: Den Frieden sicherer machen!“ Wir aber gehen auf die Plätze und geben uns kämpferisch und haben am nächsten Tag die Überschrift: „Krawall bei Dregger, Barzel, Strauß, Kohl“ – wen immer wir nehmen. Hier müssen wir sorgfältigst überlegen, daß uns das nicht nützt. Denn wie stolz die eigenen Freunde sind, daß wir die anderen niedergerungen haben, das bringt uns nichts. Es sei denn, es ist eine ganz exorbitante Lage, wie wir sie in Kiel hatten⁶⁷, wo sich das noch auswirken kann. Ich möchte deshalb, Herr Hahn, vielleicht sagen Sie es Herrn Filbinger weiter, gerne Februar und März je eine ganze Woche bei Ihnen sein, um auch da etwas zu probieren. Wir haben im Auftrag des Präsidiums, Herr Ehrenvorsitzender⁶⁸, Sie konnten heute morgen nicht gleich da sein, doch die herzliche Bitte an Sie, daß Sie sich wirklich mit uns allen zusammen voll engagiert fühlen auch gerade für diesen Landtagswahlkampf. – Herr Kraske möchte noch zwei Antworten geben.

Kraske: Darf ich zwei Fragen, die an mich gerichtet sind, beantworten? Erstens, Herr Amrehn, Abgrenzung Generalsekretär, Bundesgeschäftsführer, es wird darüber gesprochen. Aber Sie wissen, welche Überlegungen im Augenblick im Gange sind, deswegen kann ich heute keine Ergebnisse vortragen. Zweitens werde ich Ihnen nachmittags vortragen, daß wir eine Kommission einsetzen müssen über Organisations- und Strukturfragen, auch in diese Kommission gehört dieses Thema.

Zweite Frage von Herrn Hasselmann: Landesvorsitzendenkonferenz. Ich stimme Ihnen zu, bei der gegenwärtigen Besetzung des Vorstandes ist es überflüssig, die Landesvorsitzenden über das zu unterrichten, was der Vorstand tut. Trotzdem glaube ich, daß wir uns hier in diesem Vorstand überwiegend mit politischen Fragen zu beschäftigen haben, und ich würde es gut finden, wenn die Bundespartei gelegentlich mit den Landesvorsitzenden zusammenkäme, um sich über spezifische Fragen der Partearbeit und der Organisation zu unterhalten. Unsere Tendenz ist, und ich glaube, daß Sie dem nicht widersprechen, daß wir im Rahmen der Verpflichtungen, die es ohnehin gibt, die Termine so legen, daß wir uns etwa alle vier Wochen, vielleicht nicht gerade im Juli und August, sehen, damit der Kontakt nicht für so lange Zeit unterbrochen wird. Die Gegenstände der Beratung dürfen sich natürlich nicht überschneiden, insofern sind wir uns völlig klar.

Barzel: Dann darf ich die Sitzung unterbrechen, bitte Sie, sich pünktlich um 14.30 Uhr wieder einzufinden.

Mittagspause.

⁶⁷ Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 25. April 1971 erreichte die CDU 51,9 %, die SPD 41 %. Vgl. Nr. 12 Anm. 3.

⁶⁸ Kurt Georg Kiesinger.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich danke nochmals dem abwesenden Kollegen Kohl für hervorragende Gastfreundschaft. Wir müssen ein kleines bißchen die Tagesordnung umstellen im Hinblick auf die Abreisewünsche einiger Kollegen, so daß wir zunächst die Ziffer 4: „Durchführung der Beschlüsse des Parteitages“ behandeln und dann dazu den Herrn Generalsekretär und dann gleich Herrn Kaltefleiter hören. Ich glaube, es wird nicht allzu lange dauern.

DURCHFÜHRUNG DER BESCHLÜSSE DES PARTEITAGS

Kraske: Dem Bundesvorstand sind auf dem Parteitag in Saarbrücken eine ganze Zahl von Anträgen überwiesen worden, mit deren weiterer Behandlung, bzw. mit deren Erledigung wir uns hier zu befassen haben. Es geht zunächst um die Aufträge an den Bundesvorstand und zwar hier zunächst den Antrag 2507: „Gründung Bundesarbeitskreis Polizei“. Dieser Antrag ist vom Parteitag angenommen worden. Wir schlagen Ihnen vor – „wir“ heißt in diesem Fall das Präsidium, das sich im Einzelnen mit den Anträgen beschäftigt hat –, den Generalsekretär zu ermächtigen, diesen „Bundesarbeitskreis Polizei“ zu berufen und zu konstituieren, so wie das in der Praxis auch der übrigen Fachausschüsse der Fall ist. Wollen wir jeweils gleich Punkt für Punkt abstimmen? (*Unruhe. – Barzel:* Einverstanden!)

Antrag 2508: „Hilfe für Landesverbände und Kreisverbände bei der Öffentlichkeitsarbeit“, Antragsteller CDU Köln-Stadt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die Bundesgeschäftsstelle in die Lage versetzen, die Landes- und Kreisverbände bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit mehr als bisher zu unterstützen. Dieses gehört in die Bestandsaufnahme, von der ich vorhin gesprochen habe, wie weit hier die Zusammenarbeit verbessert werden kann. Eine wesentliche Voraussetzung ist hier natürlich auch die Erfüllung unseres Programms zur finanziellen Sanierung der Bundespartei. In dem Maße, in dem uns das gelingt, werden wir auch auf dem Gebiet von Öffentlichkeitsarbeit und Werbung mehr für die Kreisverbände tun können. Ich schlage Ihnen vor, so zu verfahren, daß wir auf der übernächsten Sitzung, d. h. auf der ersten Sitzung des neuen Jahres über unsere Planung für das Jahr 1972 berichten. (*Barzel:* Danke!)

Antrag 2510: „Bildung einer Kommission Massenmedien“, Antragsteller Frau Dr. Wex, Frau Pieser. Hier sind gewisse Probleme dadurch aufgetaucht, daß unmittelbar vor dem Parteitag eine Kommission CDU/CSU konstituiert worden war für Rundfunk- und Fernsehfragen, die eine Unterkommission in ähnlicher Richtung, wenn auch nicht mit der gleichen Zielsetzung, gebildet hat. Es hat inzwischen ein ausführliches Gespräch zwischen Frau Kollegin Wex und dem Vorsitzenden dieser Unterkommission, Herrn Dr. Rathke⁶⁹, stattgefunden. Frau Dr. Wex und Herr Rathke werden ein Programm für diese Kommission entwerfen und dann hier darüber berichten.

Wex: Darf ich nur dazu sagen, in enger Abstimmung mit Herrn Kohl, der für Mas-

69 Die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Rundfunk der CDU/CSU fand am 22. Sep-

senmedien im Präsidium zuständig ist, wir haben das zu dritt besprochen, wir werden ein Positionspapier entwickeln und daraufhin die Benennung des Ausschusses hier vorschlagen. (*Barzel: Danke!*)

Kraske: Antrag 2511: Der Bundesparteitag möge beschließen, daß der Bundesvorstand aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973 eine gemeinsame Wahlkampfaussage erarbeiten und verabschieden. Wir sind der Meinung, daß wir auf Wunsch der CSU in den jetzt beschlossenen beiden Delegationen zwar selbstverständlich über anstehende Sachfragen diskutieren werden, daß es aber nicht möglich ist, heute im Oktober 1971 eine Wahlkampfplattform für 1973 zu beschließen. Wir werden aber diese Kommission benutzen, um mit der CSU die prozeduralen Fragen abzustimmen, nämlich zu überlegen, wann wir uns zusammensetzen, um eine solche gemeinsame Wahlkampfaussage, die dann unter aktuellen Gesichtspunkten pünktlich zum Wahlkampf vorliegt, vorzubereiten. (Barzel: Danke!)

Antrag 2513: Der Bundesparteitag fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Antrag des Parteitages dem Bundestagspräsidenten, der Bundestagsfraktion und unseren Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen als die Meinung des Bundesparteitages zuzuleiten. (Barzel: Danke!)

Antrag 2514: „Wahl des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und Organisationskommission Bundestagswahl“. Über die Frage der Wahl des Kanzlerkandidaten CDU/CSU werden wir in der bereits benannten Kommission mit der CSU zu sprechen haben. Wir halten fest an dem Auftrag des Parteitages, der heute hier noch einmal bekräftigt worden ist, daß das noch in diesem Jahr zu geschehen hat. Die Kommission über die Vorbereitung des Wahlkampfes sollten wir ebenfalls mit der CSU besprechen. Es bleibt allerdings noch zu überlegen, wann der Zeitpunkt ist, um eine solche Kommission einzusetzen. Um unnötige Arbeit zu vermeiden, wird wahrscheinlich zunächst mal in beiden Parteien eine gewisse Vorarbeit zu leisten sein, bis man sich hier gemeinsam über diese Fragen zusammensetzt. (Barzel: Danke!)

Es kommen nun die Anträge 2401 bis 2410, die die Änderungen des Statuts betreffen und zu deren Bearbeitung eine Organisationskommission eingesetzt werden soll. Das Präsidium ist der Meinung, daß der Generalsekretär kraft Amtes in dieser Kommission den Vorsitz übernehmen sollte. Der Generalsekretär wird Ihnen, wenn sie dem zustimmen, bis zur nächsten Sitzung am 9. Dezember einen Vorschlag für die Zusammensetzung dieser Kommission machen, weil er der Meinung ist, daß in dieser Kommission insbesondere auch die Antragsteller vertreten sein sollten, d. h. also die Junge Union, die Landes- und Kreisverbände, die hier aktiv gewesen sind. Es war leider vor der heutigen Sitzung nicht möglich, das gründlich genug vorzubereiten und mit der Jungen Union oder den Landesverbänden zu sprechen, um hier personelle Vor-

tember 1971 in Bonn statt. Die Kommission I leitete Arthur Rathke, die Kommission II Günter Triesch. Vgl. DUD Nr. 182 vom 23. September 1971 S. 4.

schläge zu sammeln. Ich schlage also vor, daß wir Ihnen für die nächste Sitzung einen Personalvorschlag machen und dann darüber endgültig abstimmen. (*Barzel*: Danke!).

Antrag 2503: „Europa-Büro der CDU/CSU“. Sie haben in der Aufgabenverteilung des Präsidiums gelesen, daß auch weiterhin Herr von Hassel für die Auslandsarbeit zuständig sein wird. Er hat es übernommen, dem Präsidium einen Arbeitsplan vorzulegen und gleichzeitig einen Organisationsvorschlag zu machen, da hier sehr viel mehr als bisher noch zu koordinieren ist zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion. Herr von Hassel ist gebeten worden, diese Frage in seine Überlegungen mit einzubeziehen und dann einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Wir werden hier darüber berichten, zu welchem Ergebnis wir im Präsidium gekommen sind.

Amrehn: Auf alle Fälle würde ich mich dagegen wenden wollen, noch ein weiteres Gremium zu schaffen, das hier gefordert wird. Wir haben genug davon, z. B. dieses Komitee „Koordination Europapolitik“ bei der Fraktion. Es gibt noch einige andere. Nichts funktioniert bisher, am allerschlechtesten aber die Zusammenarbeit zwischen Parteiebene und Fraktionsebene, wo jeweils ganz andere Personen Europa- und europäische CDU-Politik machen. Ich wollte das jedenfalls noch dazu beisteuern mit der deutlichen Erklärung, es kann nicht noch ein weiteres Gremium geben, das würde die Arbeit nur noch mehr zerstreuen.

Kraske: Herr Kollege Amrehn, ohne daß ich Herrn von Hassel vorgreifen will, kann ich Ihnen bestätigen, daß dieses auch die Tendenz im Präsidium war. Diese Europa-Fragen müssen in ausreichender Form wahrgenommen werden, aber sie müssen so wahrgenommen werden, daß es nicht mehr Reibungsverluste gibt, sondern mehr Koordination als bisher.

Echternach: Also, dies scheint mir nun doch ein Begräbnis erster Klasse zu sein. Ich weiß nicht, ob man so einen Auftrag des Parteitages behandeln kann. Zu sagen, von Hassel soll mal mit den Betreffenden sprechen, und dann soll dieser Antrag mit einbezogen werden in ein solches Europa-Büro. Ich meine, daß wir nicht umhin können, auch wenn vielleicht die Vorbereitung nicht ausreichen sollte hier für die Vorstandssitzung, hier zu einer Installierung eines solchen Büros in irgendeiner Form zu kommen.

Barzel: Darf ich dazu aus meiner Sicht was sagen, Herr Echternach? Also, das ist aus meiner Sicht nicht beerdigt. Wenn Herr von Hassel die Vorschläge hier macht, ist dieser Vorstand verpflichtet, darauf zurückzukommen, daß hier ein Parteitagsschluß vorliegt, um zu sehen, ob er das eingebaut hat. Wenn ja, ob das befriedigend ist, wenn nein, warum nicht oder wenn finanziell, warum noch nicht? Also das ist für mich nicht vom Tisch. (*Unruhe und Diskussion*.)

Kraske: Der Vorstand ist nicht gezwungen, das zu machen, sondern er ist gezwungen, das zu prüfen, und dieses wird, glaube ich, hier in einer vernünftigen Form getan. Ich wiederhole, daß Herr von Hassel bzw. das Präsidium hier darüber berichten wird, was aus dieser Sache geworden ist und zu welchem Ergebnis wir gekommen sind.

Bei dem nächsten Punkt handelt es sich ebenfalls um eine Überweisung, das ist der heute schon mal besprochene Antrag von Herrn Amrehn, 2515: „Außenpolitische Resolution“. Wir sind der Meinung, daß dieser Entwurf der außenpolitischen Kommis-

sion der Partei und dem Arbeitskreis V der Fraktion überwiesen werden sollte. (*Barzel*: Sind Sie damit alle einverstanden? Danke!)

Letzter Punkt: Einrichtung einer Grundsatzkommission. Der Vorstand hat zugestimmt, daß Herr von Weizsäcker gebeten wird, den Vorsitz zu übernehmen. Herr von Weizsäcker wird dem Vorstand in seiner Sitzung am 9. Dezember über seine Arbeitsplanung berichten.

Barzel: Ich danke für den Bericht des Generalsekretärs und für die Zustimmung, damit ist der Punkt erledigt. Ich bitte jetzt Herrn Kaltefleiter, der mich gefragt hat, wie lange er Zeit hat, er hat natürlich Material für einen stundenlangen Vortrag. Ich habe ihn gebeten, damit wir Zeit für Fragen an ihn haben, zwischen 15 und 20 Minuten zu sprechen und ihm zugleich gesagt, daß er um so besser spricht, je schonungsloser er uns die Meinung sagt.

DIE CDU IM GEGENWÄRTIGEN MEINUNGSBILD UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER BREMER WAHLEN

Kaltefleiter: In Anknüpfung an das, was Herr Dr. Barzel gerade gesagt hat, möchte ich versuchen zu vermeiden, Sie mit einem Zahlen-Potpourri zu überschütten. Wenn Sie genaue Ergebnisse haben wollen, stehe ich Ihnen dafür in der Diskussion zur Verfügung. Ich glaube, daß durch das Bremer Wahlergebnis und durch die Veröffentlichungen z. B. in der vergangenen Woche im ZDF-Magazin die Spekulationen über die Einschätzung der Parteien, der Politik und der Kandidaten der öffentlichen Meinung einen Höhepunkt erreicht hat, bei dem es mir angemessen erscheint, zunächst einmal in aller Ruhe zu fragen, was denn tatsächlich in den letzten zwei Jahren passiert ist. Wir wissen, daß in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Landtagswahlen stattgefunden haben. Diese Wahlen haben sehr unterschiedliche Ergebnisse gehabt. Trotzdem, glaube ich, kann man einige Trendbewegungen deutlich sehen. Und zwar muß man feststellen, daß gegenüber der Bundestagswahl 1969 die CDU/CSU etwa zwei Prozentpunkte hinzugewonnen hat. Ein Ergebnis, was voll in Übereinstimmung steht mit Umfrageergebnissen aus letzter Zeit, die mir zur Verfügung stehen.

Jedenfalls müssen wir feststellen, daß die SPD – auch bei regionalen Unterschieden – grundsätzlich konstant geblieben ist. Das gilt global auch für die FDP, obwohl gerade bei der FDP die regionalen Unterschiede am größten sind. Hier muß man unterscheiden, nicht nach der Frage, welche Koalitionsabsicht die FDP geäußert hat, sondern ob die einzelnen Bundesländer überwiegend eine urbanisierte Struktur aufweisen oder eine weniger urbanisierte Struktur. Auch hier, gestatten Sie mir die Vereinfachung, können Sie beobachten, daß die FDP in Grenzen gut abgeschnitten hat in Gebieten überdurchschnittlicher Urbanisierung, daß sie sehr schlecht abgeschnitten hat in Gegenden unterdurchschnittlicher Urbanisierung.

Bei der NPD können wir schlicht und einfach die Fortsetzung der Auflösungsstendenzen beobachten. Das ist der Vergleich zur Bundestagswahl 1969. Etwas anderes ist

es, wenn wir vergleichen mit den jeweils vier bzw. fünf Jahren zuvor stattgefundenen Landtagswahlen. Da stellen wir nämlich fest, daß die CDU gegenüber diesen Landtagswahlen wesentlich besser abgeschnitten hat. Und das hat, wie mir scheint, auch in gewisser Hinsicht zu sehr optimistischen Einschätzungen der Situation geführt. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach es sich hier im Grunde genommen handelt um einen Konsolidierungsprozeß der traditionell schwächeren Positionen der CDU in den Landtagswahlen, und daß sie sich eingependelt hat in diesen Landtagswahlen auf ein Niveau, das sie in den Bundestagswahlen seit etwa 1953 im Durchschnitt bereits bekommen hat. Das heißt, was uns oft erschien als sehr große Erfolge der einzelnen Parteien in den Landtagswahlen – was landespolitisch natürlich richtig ist –, ist eigentlich nicht viel mehr als das Nachvollziehen dessen, was in den Bundestagswahlen längst erreicht worden ist. Das ist durchaus nicht negativ zu bewerten, nur darf man aus diesen Gewinnen keine Schlußfolgerungen ziehen in Hinblick auf 1973. Das ist der Punkt, den ich hier ganz stark betonen möchte.

Fragen wir, wenn das die tatsächliche Bewegung ist, nach den Ursachen. Und ich würde hier zwei Faktoren nennen, von denen ich glaube, daß sie eine erhebliche Bedeutung gehabt haben, die in der öffentlichen Diskussion oft mit großer Bedeutung ausgestattet worden sind, von denen ich aber definitiv der Ansicht bin – und ich will versuchen, das zu begründen –, daß sie ohne größere Bedeutung waren.

Fangen wir zunächst an mit diesem recht guten Abschneiden der CDU. Da können wir durchgängig feststellen, daß die Partei hinzugewonnen hat. Was man die Protestwähler nennt, die unzufrieden sind, sind zur CDU gekommen, sie hat den Oppositionsbonus eingesteckt. Und das hat zwei Aspekte: Das ist einmal, daß sie den überproportionalen Anteil gezogen hat von dem Absorptionsprozeß der NPD. Das aber – ich glaube, ich habe das an dieser Stelle nach der Wahl in Bayern schon einmal gesagt – hat in keiner Weise etwas zu tun mit einer programmatischen oder ideologischen Ausrichtung der Wähler oder der dabei betroffenen Parteien. Erinnern wir uns daran, daß die Erfolge der NPD infolge 1966 zustandekamen als Folge der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und als Folge der Tatsache andererseits, daß es mit dem Heraufkommen der Großen Koalition keine effektive Alternative im politischen System gab. Das, wenn Sie wollen, steht im Lehrbuch der Politik, daß aufkommende Oppositionstendenzen und kein effektives Spannungsfeld zwischen Regierung und Opposition die Voraussetzung dafür ist, daß Drittparteien, wie damals die NPD, Erfolg haben. Heute haben wir erneut ein Ansteigen oppositioneller Tendenzen im Wählerverhalten, wiederum zu einem erheblichen Teil begründet mit sozioökonomischer Unsicherheit. Aber wir haben dieses Mal eindeutig eine Opposition, die als eine solche empfunden wird. Sie kommt damit in die Rolle des Oppositionsbonus, wie das bei der NPD vor vier Jahren usw. der Fall war. Und in den Bundesländern, wo die CDU aus einer ganz spezifischen Situation nicht in der Lage war, diese Oppositionswähler anzuwerben, wie z.B. in Rheinland-Pfalz, wo für die protestantischen Winzer die dort noch immer als katholisch betrachtete CDU – Herr Kohl hat das heute morgen ja selbst ausgeführt – nicht wählbar ist. Ich weiß nicht, ob nicht ähnliches vielleicht auch in Bremen gilt, aber da müßten Sie drüber sprechen,

Herr Müller-Hermann, da ist auch die SPD deutlich in den Genuß dieser Protestquote gekommen.

Der zweite wichtige Faktor, ich habe ihn schon angeschnitten, für den generellen Zustrom der CDU, ist die wirtschaftliche Unsicherheit. Sie können das gesamte öffentliche Meinungsspektrum aufteilen nach verschiedenen Kriterien. Es gibt eigentlich nur zwei Faktoren, wo Sie deutlich einen Unterschied feststellen zwischen den Anhängern von CDU/CSU und den Anhängern der SPD. Das erste ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Das ist nicht so sehr eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage, sondern es ist vielmehr eine große Unsicherheit und eine negative Einschätzung der zukünftigen Entwicklung. Und das steht in Übereinstimmung mit Untersuchungen, die seit etwa 20 Jahren in den USA wie auch in der Bundesrepublik gemacht worden sind, daß gerade die negative Einschätzung der Zukunftsaussichten der erhebliche Faktor ist für die Auslösung oppositionellen Wahlverhaltens. Das aber bedeutet auch, daß hier die Erfolge der CDU, wenn ich das mal so sagen darf, konjunkturbedingt waren. Und in dem Moment, wo sich die Konjunktur ändert und nicht so sehr die tatsächliche Konjunktur, sondern die Einschätzung der konjunkturellen Situation durch die Wählerschaft, ist damit auch dieser Unterstützungsfaktor hinfällig. Das, glaube ich, sollte man in aller Deutlichkeit sehen.

Was wir dagegen nicht beobachten können, und das möchte ich auch mit der Deutlichkeit aussprechen, zu der mich Herr Dr. Barzel aufgefordert hat, ist eine substantielle Verbesserung des Images der CDU in den letzten zwei Jahren. Auch wenn Sie etwa die Zahlen nehmen, um die jüngsten zu nehmen, die Herr Löwenthal⁷⁰ Ihnen am vergangenen Mittwoch präsentiert hat. Bei aller Skepsis diesen Zahlen gegenüber, Sie sehen auch dort deutlich einen Vertrauensverlust der SPD, ein Abgleiten des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der SPD, aber nur einen minimalen Anstieg in die Glaubwürdigkeit der Leistungsfähigkeit der CDU. An die Stelle des großen Vertrauensvorsprungs, den die SPD unmittelbar nach der Regierungsbildung 1969 hatte, ist weit verbreitete Führungslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Unsicherheit getreten. Die Opposition kommt teilweise in den Genuß dieser Tendenz, aber nicht, weil man ihr wirklich größere Leistungsfähigkeit zutraut. Das erscheint mir das wesentliche Problem im Moment zu sein. Das führt wieder zu dem zurück, daß, wenn die konjunkturell bedingten Wachstumschancen, die sich ändern können, zu einer substantiellen Verbesserung auch der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Union führen, das langfristig nicht viel bedeutet.

Das zweite, was in der öffentlichen Diskussion sehr diskutiert worden ist, ist die Frage: Hat die außenpolitische Konfrontation – oder Auseinandersetzung, um das neuere Wort zu nehmen – besser dazu beigetragen, die Position der CDU zu stärken? Ich möchte hier sehr, sehr skeptisch sein und will Ihnen dies sagen aus folgenden drei

70 Gerhard Löwenthal (1922–2002), Journalist; 1969–1987 Moderator des „ZDF-Magazins“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1361 Anm. 23. – Vgl. Allensbacher Berichte Nr. 27/1971 „Halbzeit der Regierung Brandt/Scheel. Zur ZDF-Magazinsendung am Mittwoch dem 20. Oktober, 20.15 Uhr“.

Gründen: Die Erfahrung zeigt, daß außenpolitische Ereignisse eigentlich nur unter drei Bedingungen das Wahlverhalten beeinflussen. Die erste Bedingung ist, daß sie zu einer Krise führen. Das heißt, daß in der Wählerschaft die Meinung eintritt, die außenpolitische Sicherheit sei beeinträchtigt. Wie immer man diese Außenpolitik tatsächlich beurteilen mag, in der Wählerschaft können wir eine entsprechende Reaktion bislang nicht feststellen. Im Gegenteil, wie seit geraumer Zeit, schon vor 1969, hat das Reden von Entspannung dazu beigetragen, daß der Glaube an Entspannung größer geworden ist. Das ist keine Frage der außenpolitischen Situation, sondern nur der Perception durch die Wählerschaft. Die zweite Möglichkeit ist, daß ein bestehendes Krisenempfinden durch eine Außenpolitik abgebaut wird. Das war Anfang der 50er Jahre der Fall, können wir aber in der gegenwärtigen Situation auf keinen Fall feststellen. Bleibt die dritte Möglichkeit, daß durch diese Außenpolitik die Interessen einer quantitativ bedeutsamen Gruppe, berührt werden, die zuvor die andere Partei gewählt hat. Nun kann man die Meinung vertreten, daß – zumindest nach der Artikulation der entsprechenden Verbände – die Interessen einiger Vertriebenen berührt worden seien. Aber was man, glaube ich, kaum noch sagen kann, ist, daß diese Gruppen zuvor Sozialdemokratie gewählt haben. Der Wechsel von Herrn Rehs vor der Bundestagswahl 1969 scheint hier symptomatisch zu sein. Wenn Sie sich etwa Wählerbewegungen in speziellen Vertriebenen-Stadtteilen oder Dörfern zur Bundestagswahl 1969 anschauen, dann spricht alles dafür, daß diese Wählerbewegung damals stattgefunden hat. Das heißt, wenn jetzt heute diese Vertriebenenverbände aktiv Protest gegen diese Außenpolitik artikulieren, bedeutet das bestenfalls eine Konfirmierung der Anhängerschaft der CDU, bringt aber keine neuen Anhängerschaften. Ich möchte eventuell konzedieren, daß in der Anfangsphase der Opposition die Konzentration auf außenpolitische Auseinandersetzungen indirekt der CDU insofern genutzt hat, als damit der Rollenwechsel weg von der Regierung in die Opposition relativ schnell in der Bevölkerung deutlich geworden ist und daß die CDU dadurch in der Anfangsphase schneller in den Oppositionsbonus gekommen ist, als das sonst der Fall gewesen wäre. Eine solche indirekte Wirkung möchte ich nicht ausschließen, aber eine direkte Wirkung erscheint mir aus den genannten Gründen nicht gegeben. Obwohl man auf der anderen Seite nicht verkennen kann, daß die außenpolitischen Fragen neben den vorhin erwähnten wirtschaftspolitischen Fragen am deutlichsten zwischen den Anhängerschaften von CDU und SPD oder besser von Regierung und Opposition, denn hier ist zwischen SPD und FDP kein deutlicher Unterschied zu beobachten, sich unterscheiden. Aber die Tatsache, daß die Außenpolitik unterschiedlich beurteilt wird, heißt nicht, daß diese unterschiedliche Beurteilung verhaltensrelevant ist. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die unterschiedliche Beurteilung der außenpolitischen Fragen Folge der Sympathie oder Anhängerschaft gegenüber den beiden Parteien ist.

Daraus erscheint mir zu folgern für die nächsten zwei Jahre, wenn Sie mir gestatten, das hinzuzufügen, obwohl das den analytischen Teil ein wenig überschreitet, daß die wesentlichste Erscheinung die Leistungsfähigkeit der Partei im Sinne ihres Image, nicht die tatsächliche, sondern die perzipierte ist, wobei es die Frage ist, ob man die perzipierte verändern kann, ohne die tatsächliche zu verbessern. Und hier muß im

Mittelpunkt nach diesen Ergebnissen stehen vor allem die Glaubwürdigkeit der Aussagen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Ich glaube, diese Frage der Glaubwürdigkeit der Aussagen ist hier ein sachliches wie ein personelles Problem.

Gestatten Sie mir noch dann zwei Worte zur Entwicklung von SPD und FDP. Bei der SPD haben wir eine grundsätzliche Konstanz ihres Wählerpotentials von 1969 beobachtet. Zugleich aber können wir einen erheblichen Vertrauensverlust beobachten. Das scheint im ersten Moment ein Widerspruch zu sein, ist es aber nicht. Stellen Sie sich bitte einmal eine eindimensionale Skala vor – wenn Sie wollen zwischen rechts und links – wo auf der rechten Seite, oder Sie können auch oben und unten nehmen, wie Sie wollen, die festen Anhänger der CDU sind und auf der anderen die festen Anhänger der SPD. Dann können wir uns genau den Mittelpunkt als jene kritische Schwelle vorstellen, wobei das Wahlverhalten von der einen Partei zur anderen sich verändert. Was wir beobachten können, ist, daß die SPD-Anhänger von 1969 sich weiterhin zur Mitte verschoben haben, weg von der festen Bindung an die Partei. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels der SPD-Anhänger von 1969 ist heute größer als vor zwei Jahren, aber es hat noch nicht zu einem Wechsel geführt. Das scheint mir die beiden Aussagen in Übereinstimmung zu bringen: eine Konstanz des Wahlverhaltens auf dieser Seite, auf der anderen Seite aber einen Vertrauensverlust. Das Potential der Regierung ist in dieser Hinsicht generell labiler geworden.

Zur FDP auch hier ein kurzes Wort. Ich finde nach den letzten Ergebnissen voll bestätigt, was ich nach der Wahl in Hessen in diesem Kreis erstmalig formulierte, nämlich daß die FDP in eine Position der einseitigen Koalitionsfähigkeit zur SPD gegangen ist (*Barzel*: Hatten Sie nicht gesagt „Oppositionsfilter“ oder so?) Jawohl, sie ist in der Position des Oppositionsfilters, so habe ich es damals genannt, diesen Begriff würde ich auch jetzt wieder aufgreifen. Das bedeutet vor allem aber folgendes: Es ist nicht mehr eine Frage der Entscheidung dieser Parteiführung, welche Koalition sie eingeht, sondern durch die Reorganisation der Struktur ihrer Wählerschaft ist sie in dieser Frage nicht mehr frei. Das von Scheel angestrebte Ziel – ich glaube im Wahlkampf 1969 mit dem Bild vom gleichschenkligen Dreieck beschrieben – ist nicht erreicht. Die FDP befindet sich heute zur SPD in der gleichen Position wie zur CDU im Jahre 1961. Daraus folgt aber auch eine mühelos aufzustellende Prognose über den Wahlkampf der SPD, und das entspricht genau dem, was Sie heute morgen zitierten, was der erste Satz von Herrn Scheel in Freiburg gewesen sein soll: Nämlich, daß sie einen Wahlkampf führen wird mit der Position mit der SPD, und dann aber versuchen wird, drei, vier Abers zu formulieren, von denen sie glaubt, sich in gewisser Hinsicht von der SPD absetzen zu können. Sie wird es wesentlich schwieriger haben, weil es kaum möglich sein wird, nach allen bisherigen Beobachtungen, ein derart zugkräftiges „Aber“ zu finden für 1973, wie das 1961 mit der Position von Bundeskanzler Adenauer der Fall war.

Sie werden nun sagen, das alles mag dem Ergebnis in Bremen widersprechen. Ich finde das nicht. Ich mag hier vielleicht auch übermäßig vereinfachen, wenn ich schlicht und einfach sage, das Bremer Ergebnis ist völlig normal, da gibt es nichts zum Auf-

regen weder in eine noch in die andere Richtung. Ich will versuchen, das zu begründen. Der Stimmenanteil der CDU in Bremen hat sich in der Veränderung etwa genauso entwickelt wie in Hamburg. Das sind Detailprobleme, Herr Katzer, da haben Sie recht, die hier Bruchteile des Prozentes veränderten. Aber das entscheidende ist folgendes: Wenn wir die Partei in typischen Minoritätenländern in ihrer Situation nehmen, also etwa in Hamburg, Bremen und meinetwegen Hessen, dann können wir feststellen, daß sie in Hessen diesen großen Sprung nach vorne gemacht hat, während das in Hamburg und Bremen nicht der Fall ist. Und dann ist die Frage: Woran liegt das? Ich glaube, der Unterscheid besteht darin, daß in Hessen, ich deutete das vorhin schon an, im Grunde genommen der CDU-Plafond sich seit langem in Bundestagswahlen bei etwa 40 % eingependelt hat, während das in Hamburg und Bremen nicht der Fall ist. Wenn Sie sich die Ergebnisse sowohl von Bundestagswahlen als auch von Landtagswahlen anschauen, da hat sich das CDU-Ergebnis in Bremen seit etwa zehn Jahren bei rund 30 % eingependelt mit Abweichungen bei Bundestagswahlen, von plus minus 3 % im Maximum, bei Bürgerschaftswahlen noch weniger, bei plus minus 1 ½ Prozent. Und da liegt das jetzt in der oberen Grenze. Das Exzeptionelle am SPD-Ergebnis in Bremen ist nicht dieses Mal passiert, sondern vor vier Jahren. Wenn ich zurückschaue auf die letzten vier Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Bremen, dann liegt die SPD jeweils bei etwas mehr als 54 %, mit Ausnahme vor genau vier Jahren. Und da müssen wir doch einfach mal die Frage stellen, was hatten wir den vor vier Jahren für eine Situation? Vor vier Jahren befand sich in der Großen Koalition die SPD auf dem Höhepunkt ihrer Krisis. Die Bremer Wahl fand auch dort ein halbes Jahr vor Baden-Württemberg statt, wo die SPD auf 29 % heruntergesunken ist. Und wir sollten auch jetzt uns gar nicht wundern, wenn die SPD auch im kommenden Frühjahr in Baden-Württemberg wieder sieben, acht Prozentpunkte hinzugewinnen wird, das ist nichts anderes als eine Konsolidierung des Einbruchs, der unter den spezifischen Bedingungen der Situation vor vier Jahren geschehen ist.

Um es noch schärfer auszudrücken: Stellen wir uns bitte vor, wir würden in Baden-Württemberg ein gleiches Ergebnis wie in Bremen bekommen – gleich in dem Sinne, daß etwa die CDU genauso nah an ihr Bundestagswahlergebnis herankommt, wie sie es in Bremen getan hat – dann darf ich doch wohl prognostizieren, daß Sie hier Sekt reichen werden, denn das bedeutet die absolute Mehrheit für die CDU in Baden-Württemberg. Ich glaube, in diesen Dimensionen muß man zunächst das Gesamtergebnis ... (*Barzel*: Das wird sehr sparsam, wir wollten Sekt erst im Palais Schaumburg zusammen trinken. – *Heiterkeit*.) Ich wage trotzdem die Prognose in Anbetracht der Gastfreundschaft des Landes Rheinland-Pfalz. Dahinter können Sie dann doch noch zwei spezifische Aspekte sehen. Ich wollte das erst mal im allgemeinen Rahmen sagen, nun lassen wir uns über Bremen nicht den Kopf zermartern ... (*Unruhe und Diskussion*.) Es gibt zwei Aspekte, die man in Bremen noch besonders herausholen kann, auf die ich hier hinweisen möchte: Das erste ist, und verzeihen Sie, wenn ich hier vielleicht ein wenig pro domo spreche, daß man aus dem Bremer Wahlergebnis den naheliegenden Schluß ziehen kann, mit einer Diskussion der Zustände an deutschen Universitäten kann man keinen Wahlkampf führen. Das erscheint mir grundsätzlich

richtig, aber trotzdem auch wieder falsch. Selbstverständlich kann man mit dieser Frage nicht 30, 40 oder gar 50 % der Wähler bewegen. Aber man kann nicht ausschließen, daß man mit einer sehr gezielten Wahlkampfführung – schichtenspezifische Wahlkampfführung in dieser Hinsicht – vielleicht dieses eine oder anderthalb oder wenn es ganz hoch kommt vielleicht 2 % der Wähler gewinnen kann, die 1973 die Entscheidung möglicherweise ausmachen.

Das zweite ist, und das haben Sie vorhin mit Recht angeschnitten, Herr Katzer, daß es meines Wissens nach kein Bundesland gibt, in dem die Jungwählerschaft in derart großem Umfange zur SPD gestoßen ist, wie das in Bremen der Fall war. Ich muß Ihnen sagen, ich kann Ihnen dafür prima facie keine Erklärung geben. (*Zwischenruf: Und zur KPD!*) Bitte? Und insgesamt zur KPD, nun, KPD den Anteil kann man noch erklären, das sind ja derart kleine Anteile auch absolut. Ich kann Ihnen, wie gesagt, darauf prima facie keine Erklärung geben. Man wird hier wahrscheinlich folgendes machen müssen: Man wird nicht vergleichen dürfen etwa das Jungwählerergebnis von Bremen mit dem von Schleswig-Holstein, was eben bewußt ein anderes war, sondern das von Bremen mit dem von Kiel und das von Bremen mit dem von München und nicht mit dem von Bayern. Ich kann Ihnen die Zahlen heute noch nicht verraten, weil uns entsprechende Auszählungen von den statistischen Landesämtern noch nicht vorliegen. Ich glaube nicht, daß das Ergebnis danach so exzeptionell erscheint, wie das im Moment der Fall ist.

Fazit: Wenn ich hier versuche, gewissermaßen das Bremer Ergebnis zu beruhigen, dann ist das natürlich keine Beruhigung generell, sondern nur ein Hinweis. Wir haben keinen Grund dafür anzunehmen, daß diese Tendenzen, die wir beobachtet haben, etwa in der Landtagswahl in Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz im letzten Frühjahr oder in Hessen und Bayern im letzten Herbst sich umgekehrt haben. Dafür gibt es keinen Hinweis. Aber diese Tendenzen, diese positiven, die wir in diesen Landtagswahlen beobachtet haben, können keinesfalls unkritisch übernommen werden als eine Prognose in Hinblick auf 1973. Ich wiederhole, es handelt sich zu einem großen Teil um einen Konsolidierungsprozeß in Hinblick auf die bisher schlechtere Position der Landtagswahlen und dann eben konjunkturbedingt in dem Sinne, wie ich es vorhin versucht habe zu erläutern. (*Beifall.*)

Barzel: Herr Kaltefleiter, ich danke für diesen ungewöhnlich präzisen und auf den Punkt gezielten Vortrag. Ich glaube, wir haben verstanden und wollen es so halten, daß, wer immer oder was immer hier betroffen ist, in diesem Kreis wirklich offen gesprochen wird. In die Tasche lügen, das können andere machen, das braucht der Vorstand nicht zu machen. Ich glaube, daß es wichtig ist, festzustellen, a) welchen Rang die wirtschaftliche Unsicherheit hat und die negative Einschätzung der Zukunft, b) sich darüber im klaren zu sein, daß das eine vergängliche Größenordnung ist und deshalb nichts so wichtig ist, als die eigenen „Pros“ zu betonen. Und damit sind wir eigentlich genau bei dem Punkt, den wir versucht haben, heute zu Anfang zu sagen. Ich bin eigentlich ganz zufrieden darüber. Glauben Sie mir, wenn ich aus meinem Gefühl eines hierzu sage, das ist ein Gefühl, das ich nicht belegen kann. Sie haben von mir so einen Satz wie „Es wird davon abhängen, wie wir miteinander umgehen“ noch nie gehört.

Ich bin fest davon überzeugt, daß dies stimmt. Über Mittag hatte ich also im „Mittagsmagazin“, das ist ja eine Lächerlichkeit, eben ins Telefon drei Sätze zu sagen. Da sagt der Mann: „Hier geht das Gerücht, Sie haben heute die Ressorts verteilt.“ Da habe ich also erst mal innerlich lachen müssen. Doch die Frage muß man beantworten, wenn der meint, wir sind soweit. Und dann war der über nichts überraschter und hat den Unterkiefer hörbar nicht hochgekriegt, daß der Name Kohl und der Name Schröder dabei waren. Verstehen Sie? Das heißt, wenn wir jetzt eben die Sache Weizsäcker sagen, wenn wir im Dezember sagen werden, Herr Biedenkopf ist hier dabei, und dies alle auch ehrlich meinen, geht von uns etwas aus, was sicherlich für den positiven Funken ganz fundamental ist, denn das können die anderen nicht machen. Und nachdem wir uns in die staatspolitisch vornehme Ecke gestellt haben, aus der wir nicht ohne Not herausgehen sollten, wird uns dies alles bekommen, denn wir haben ja nicht morgen die Bundestagswahl, sondern in zwei Jahren. Und es wird nichts so wichtig sein wie eben der solidere und bessere Teil der deutschen Politik. Das ist doch, wenn man einen Satz bilden will, das Ergebnis von dem, was Sie hier versucht haben darzutun. Ich hoffe, wir haben alle gehört, was hier über das Erscheinungsbild der Union gesagt ist. Und was gesagt ist über die Glaubwürdigkeit unserer wirtschafts- und sozialpolitischen, sachlichen wie personellen Aussagen. Das waren sehr deutliche Worte, die wir hier beherzigen sollten.

Müller-Hermann: Die Analyse, die eben gegeben worden ist, ist für mich natürlich einigermaßen beruhigend, aber ich kann mich noch nicht so ganz beruhigen. Obwohl ich immer vor Euphorie auch in Bremen gewarnt habe, hat mich offengestanden das Abschneiden der SPD, ich muß schon sagen, geschockt. Und vielleicht haben wir auch selbst die Erwartungen durch einige ungeschickte Äußerungen hervorgerufen. Das gilt insbesondere, wenn man unsere Bemühungen noch in Vergleich setzt zu dem ungewöhnlichen materiellen und finanziellen Aufwand, den uns die Wirtschaft in Bremen ermöglicht hat, der allerdings noch immer in keinem Verhältnis steht zu dem Aufwand, den die SPD sich geleistet hat mit einer darüber hinaus von der Zentrale her gesteuerten Wahlkampfaufrichtung. Wichtig ist natürlich, daß man die besondere Struktur einer Hafenstadt wie Hamburg oder Bremen nicht vergleichen kann mit den Flächenstaaten. Und daß ganz sicher in Bremen die Wahl mehr oder weniger so etwas wie eine Oberbürgermeisterwahl gewesen ist und Herr Koschnick, auf den der ganze Wahlkampf abgestellt war, als Präsident des Senats, als Präsident des Bundesrates, als Präsident des Städtetages sehr stark ins Erscheinungsbild eintreten konnte. Das hat, wie auch richtig bemerkt worden ist, wieder an Stimmen herangeholt, was nach dem Ausscheiden von Herrn Kaisen⁷¹ der SPD an Stimmen 1965 verloren gegangen ist. Wichtig aber scheint mir für uns alle zu sein, welche ungeheure Bedeutung dem Bekanntheitsgrad eines Politikers bei allen Wahlen zukommt. Herr Koschnick hat vor einem halben Jahr bereits einen Bekanntheitsgrad von 86 % gehabt, dann kam ich in Bremen mit 77 %, dann kam eine ganze Weile gar nichts, und unsere Leute waren

71 Wilhelm Kaisen (1887–1979), Stukkateur; 1945–1965 Regierender Bürgermeister der Hansestadt Bremen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 837 Anm. 64.

eigentlich völlig unbekannt, die nachher in der Spitzenmannschaft aufgestellt worden sind. Unmittelbar vor der Wahl hatte Herr Koschnick eine gute Meinung bei 75 % der Bevölkerung, Herr Stoltenberg hatte im gleichen Zeitraum vor der Wahl wie ich 74 %, Herr Kohl 67 %. Und 80 % der Bevölkerung gab sich als zufrieden mit seinen Lebensumständen in Bremen. Unser eigener Spitzenkandidat konnte trotz aller Aufbauarbeiten auch bei 50 % der potentiellen CDU-Wähler nur zu 50 % Bekanntheitsgrad feststellen. Hier sieht man also, wie schwer es ist und wie langfristig vorher angefangen werden muß, wenn man einen Mann oder eine Mannschaft aufbauen will.

Das zweite, was auch zumindest zum Bedenken anregen muß, ist die nach Altersgruppen aufgeteilte Wahlanalyse in Bremen. Wir haben vor wenigen Tagen jetzt die Auswertung des Statistischen Amtes bekommen. Bei der Gruppe von 18 bis 21 Jahren haben bei einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 3 % für die DKP 14,4 % die DKP gewählt. (*Zwischenruf*: Können Sie das noch mal wiederholen?) 18 bis 21 Jahre 14,4 % DKP-Anteil bei 3 % im Durchschnitt. Und wir selbst haben in dieser Altersgruppe nur 19,2 % der Stimmen bekommen bei 32 % Durchschnitt. Die SPD 63,6 %, also einen überproportionalen Anteil. Erst bei der mittleren Altersschicht normalisiert sich das dann, und bei den älteren Mitbürgern haben wir einen überproportionalen Wählerzuspruch. Mich wundert das im Grunde nicht zuletzt deshalb, weil wir sehr stark die Junge Union bei ihrem Wahlkampf unterstützt haben, daß aber wahrscheinlich alleine mit „jung und dynamisch“ das Wählerpotential in diesen Altersgruppen nicht anzureichern ist, Solidität, Geborgenheit, Beständigkeit, Kontinuität und klare, konstruktive, zukunftsweisende Sachaussagen sicherlich wichtiger sind.

Das dritte, was sich aus, vorerst jedenfalls, den ersten Untersuchungen herauskristallisieren läßt, ist, daß die SPD ihre besonderen Erfolge in sogenannten gutbürgerlichen Wohngebieten erreicht hat. Das heißt, daß also offenbar ein Teil der mittelständischen Wählersubstanz zur SPD zuneigt (*Unruhe*) und wir unsere Gewinne mehr in Arbeitnehmergebieten erreichen konnten, ist auch ein Umstand, den wir bei unseren weiteren Überlegungen sehr stark beachten sollten.

Was die Universitäts-Frage anbetrifft, die wir vielleicht im Wahlkampf überstrapaziert haben, nach den Untersuchungen, die, glaube ich, Allensbach durchgeführt hat⁷², hat das Universitäts-Thema überhaupt nur bei 16 % der Bevölkerung Interesse geweckt. Und die sehr starke Einlassung zu diesem Thema und die von uns ermöglichte Konfrontation mit den Kommunisten – Herr Dr. Barzel oder andere, die in Bremen in dem Saal dabei gewesen sind, haben das ja beobachten können – hat meines Erachtens der SPD genutzt, weil dieses starke potenzierte Auftreten der Kommunisten den potentiellen DKP-Wählern selbst einen Schrecken eingejagt hat und sie noch zusätzlich in das Lager der SPD getrieben hat, denn ursprünglich zeigten ja alle Befragungsergebnisse, daß die DKP zumindest nah an die 5 % herankommen würde, was ich aber nicht als richtig werten kann.

Darf ich noch eine letzte Anmerkung machen in Anknüpfung an das, was wir im

72 Auswertung der Allensbach-Umfrage (u.a. zur Kultur- und Wissenschaftspolitik) in „Die Welt“ vom 31. März 1971 „Mehrheit der Bevölkerung: Union hat die besseren Politiker“.

ersten Teil der Debatte heute vormittag schon gesagt haben. Ich glaube, daß sich weder auszahlt die totale Konfrontation, noch eine immer wiederholte Vergangenheitsbewältigung, das muß man auch hinzufügen. Was wir brauchen, ist eine differenzierte, konstruktive, auf Gegenwart und Zukunft gerichtete Sachargumentation. Je mehr wir hier anbieten können, desto günstiger wird meines Erachtens die Bereitschaft sein, uns Vertrauen zu schenken.

Barzel: Vielen Dank, Herr Müller-Hermann. Darf ich dann Herrn Kollegen Hahn bitten, über Baden-Württemberg zu berichten.

Hahn: Ich kann natürlich über Baden-Württemberg noch verhältnismäßig wenig sagen, wir haben erst die Ergebnisse der großen Städte, auf dem Lande wird es ausgezählt. Das ist insofern interessant, weil wir ja die Gebietsreform gehabt haben, die möglicherweise auf dem Lande sich negativ für die CDU ausgewirkt hat, das wissen wir aber noch nicht. Das werden wir erst bei dieser Gelegenheit feststellen müssen. Es gilt natürlich als Einschränkung, was auch Herr Müller-Hermann vorhin schon gesagt hat, daß eine Kommunalwahl ja nicht sehr aussagekräftig ist. Im ganzen Durchschnittsjahr liegen Ergebnisse von neun großen Städten vor. Da muß ich auch sagen, daß fünf der großen Städte zu unseren Gunsten ausgegangen sind, aber in vier großen Städten das Zunehmen der SPD stärker war als das der CDU. Und vielleicht interessiert es Sie doch, daß ich das gerade einmal sage: In Stuttgart, die natürlich die bedeutendste ist, weil das die einzig wirkliche Großstadt ist, hat die CDU 6 % gewonnen und die SPD 4 %, in Heidelberg ein sehr gutes Ergebnis: CDU 8 %, SPD nur 1 %. Heilbronn: CDU 5 %, SPD 0,5 %. Pforzheim: 7 % CDU, 1 % die SPD. Karlsruhe das schönste Ergebnis mit 11 % für die CDU und 3 % minus für die SPD.

Aber dem steht noch gegenüber Ulm mit 2 % nur für die CDU und 8,5 % für die SPD. Baden-Baden, natürlich etwas kleiner, 3 % für die CDU und 9 % für die SPD, Mannheim 4 % CDU, 6 % SPD und schließlich Freiburg minus 1 % CDU, 12 % SPD, also ein ganz erstaunliches Ergebnis. (*Zwischenruf:* Ausgerechnet Freiburg!) Ich habe etwas den Eindruck, als wenn die, wenn ich es so sagen darf, guten alten Hochburgen, die stark katholisch bestimmt waren, im Süden uns abgefallen sind (*Zwischenruf:* Die laufen jetzt erst mal aus dem Ruder.), während die industrialisierten Gegenden zu unseren Gunsten ausgeschlagen sind (*Unruhe und Diskussion.*), vielleicht auch in Gegenden, wo der Radikalismus sich stärker gezeigt hat. Heidelberg ist ja klar, Stuttgart auch ... (*Zwischenruf:* Können Sie uns nicht mal genau die Zahlen sagen in Heidelberg, wie sieht das aus heute?) In Heidelberg sieht das so aus, vorher war die Stadtratsfraktion zugunsten der SPD, jetzt steht es 50:50. Wir sind beide gleich stark. Dann kommen aber noch die freien Wähler dazu, die im Grunde genommen uns nahestehen, so daß das eine relativ günstige Situation für uns ist. Also, wenn ich meine Situation als einfacher Abgeordneter sehe, ist die völlig gesichert.

Barzel: Ich glaube, das sind ganz gute Nachrichten, man muß natürlich die Vergleichsbasen dabei noch sehen, man muß sehen, was mit Wählervereinigungen war. Wir sollten in dem Kommuniké und in der Pressekonferenz sagen, wir haben angefangen, das zu analysieren und sehen natürlich ein paar positive Akzente, aber so in der Richtung, was Herr Katzer vorher sagte und Herr Hahn jetzt bestätigt hat, ohne

daß wir hier übertreiben. Denn das wäre ja ganz falsch nach dem Vortrag von Herrn Kaltefleiter.

Hahn: Darf ich noch ein Wort hinzufügen? Also, ich glaube, was vorher gesagt worden ist, wird sich bestimmt bestätigen. Wir werden sehr dankbar sein, wenn wir uns etwa auf das Bundestagswahlergebnis 1969 einpendeln. Damals hatten wir 50,5 %. Das wäre das höchste, was wir erreichen könnten, während wir ja in der Landtagswahl ja damals 44 % hatten. Wir müssen also außerordentlich stark aufholen. Die SPD hat ja damals eben doch nur 29 % gehabt, es war nämlich der Höhepunkt des Ansehens von Bundeskanzler Kiesinger. Das hat sich außerordentlich stark damals ausgewirkt. Daß die SPD etwa um 10 % zunehmen wird, halte ich für durchaus möglich. Wenn die FDP dann so zurückgeht, wie es hier ist, daß sie um 5 % zurückgeht, daß sie gerade noch hereinkommt und die NPD rausfällt, dann könnten wir immer noch die Regierung bilden – und zwar allein.

Barzel: Herr Kraske und ich haben den Wunsch, möglichst noch im November in Ihren Landesvorstand zu kommen, ob Sie Ihr Wahlkampfzentrum dazu nehmen oder nicht. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Ehrenvorsitzende uns die Ehre geben würde, dabei zu sein.

Langguth: Herr Kaltefleiter, ich habe zwei kurze Fragen. Es wird immer behauptet, die NPD-Stimmen seien zur CDU übergegangen, das stimmt bestimmt nicht in dieser Kausalität. Tatsächlich sind sie gegangen zur SPD, in Bremen speziell, wo ja auch 60 % angeblich vorher ehemalige SPD-Wähler gewesen sein sollen. Das ist wichtig für die Argumentation. Zweite Frage, Sie sprachen von einer bestimmten Protestquote, die der CDU als Oppositionspartei zukommt. Wichtig wäre, wie ist die soziologische Schichtung derjenigen, die auf diese Protestquote zutreffen?

Barzel: Herr Kaltefleiter, können Sie die beiden Fragen gleich beantworten?

Kaltefleiter: Zur Verteilung der NPD-Wähler können wir zwei Aussagen machen: Im Bundesgebiet generell, *cum grano salis*, sind etwa 60 % zugunsten der CDU gegangen, etwa 30 % zur SPD und ein geringer Anteil in einigen Regionen, wie z. B. in Bayern, in Franken auch zur FDP. (*Kraske:* Das ist erfragt und nicht bloß vermutet, aus Zahlen, sondern erfragt?) Ja, also bei „erfragen“ müssen wir vorsichtig sein. Die NPD-Leute können Sie kaum erfragen, die Leute sagen es eben nicht. Sie kriegen einen maximalen Befragungs-NPD-Anteil von 4 %. Aber wenn Sie sich bestimmte Ecken anschauen, etwa die Wahlergebnisse in Nürnberg und Fürth, da können Sie an Phantasie aufbringen, was Sie wollen. Ohne daß dort NPD-Wähler zur FDP gegangen sind, können Sie das Ergebnis von Hamm-Brücher nicht erklären. Das ist die liberale Tradition Frankens.

Die zweite Frage, wie ist die Schicht der Protestquote? Der Enttäuschungseffekt ist, wir hatten wir es 1969 analysiert, bei diesen neuen Mittelschichten genauso groß, wie er zu beobachten ist in unteren sozialen Schichten. Er ist vielleicht am geringsten in ausgesprochen gehobenen sozialen Schichten. Das stimmt, glaube ich, sehr mit dem überein, was Sie für Bremen sagten, daß z. T. eine Wählerbewegung zu beobachten ist, daß die CDU Einbrüche erzielt in Gruppierungen, die vorher relativ langfristig SPD gewählt haben, daß es ihr aber noch nicht in dem Umfang gelungen ist, die Verluste,

die sie bei der Bundestagswahl 1969 erstmalig in diesen urbanisierten Mittelschichten gemacht hat, zurückzuholen. Das, glaube ich, kann man gerade im Falle Bremens sehr gut beobachten.

Kiesinger: Nur wenige Bemerkungen, die im Wesen nach meiner eigenen Einschätzung, die bei weitem nicht so systematisch sein konnte wie die von Herrn Kaltefleiter, zu ähnlichen Ergebnissen kommt, insbesondere auch in Bremen. Wir haben gerade vorhin am Tisch darüber gesprochen. Ich habe gesagt, das hat sich einfach eingependelt. Man darf also das Bremer Ergebnis durchaus, wenn man es über eine ganze Periode hindurch verfolgt, als verhältnismäßig normal finden. Zur baden-württembergischen Wahl möchte ich jetzt nur die Feststellung machen, daß ich den Eindruck habe, daß wir am Ende doch wohl sagen können, daß es ein Plus alles in allem geben wird. Das zeigt sich an vielen Einzelergebnissen, die ich heute früh auf der Fahrt hierher sehen konnte, allerdings mit diesen großen Pendelausschlägen. Es wird die Aufgabe sein, genau zu untersuchen, woran das nun eigentlich liegt.

Zur Außenpolitik würde ich folgendes sagen: Ich glaube, daß ich hier nicht zu betonen brauche, daß es natürlich darum geht, die Wahlen von 1973 zu gewinnen, aber im übrigen eben nach wie vor dafür zu sorgen, daß in der Außenpolitik nichts geschieht, was uns in zehn Jahren unsere Freiheit kosten wird, d.h. also, zu unterscheiden zwischen der Politik und der Art, wie wir diese Politik darstellen.

Ich habe auch den Eindruck gehabt, daß es am Anfang – gegen die Meinung mancher unserer Freunde – mit der außenpolitischen Argumentation für die Wahlkämpfe durchaus positive Chancen gegeben hat. Es war auch ganz klar, das konnte man an den einzelnen Plätzen geradezu nachlesen, an denen man gesprochen hat, daß durch sie ein ganz großes überverhältnismäßiges Ansprechen der CDU erfolgt ist. Was ich dagegen für unmöglich halte, ist, aus der Außenpolitik für den Wahlkampf das zu machen, was General de Gaulle mal die „Grande Querelle“ genannt hat, also daß man sich ganz darauf stützt, um damit irgendeinen Durchbruch zu erzielen. Das beste, was man tun kann, ist eben, Solidität in der Innenpolitik und Außenpolitik darzustellen und mangelnde Solidität in der Innenpolitik und in der Außenpolitik abzustellen. Die persönliche Erfahrung, die ich gemacht habe, ist die: Es ist viel schwerer, in allgemeinen Aussagen unsere außenpolitischen Positionen einsichtig zu machen, als es der einzelne Redner, wenn er die Leute vor sich hat und wenn er eine Diskussion führen kann, tun kann. Bei solchen Versammlungen läßt sich mit der Außenpolitik durchaus sehr viel herausholen. Aber es ist halt ein Unterschied, ob man diese Chance hat oder bei allgemeinen Aussagen verbleibt. Ich hoffe, daß Sie mir dabei zustimmen werden. Also im großen und ganzen würde ich der Meinung sein, daß wir, ich betone es noch einmal, insbesondere das Bremer Wahlergebnis durchaus nicht dramatisch sehen dürfen, sondern als eine Bestätigung eines länger anhaltenden Trends, so wie es Herr Kaltefleiter dargestellt hat.

Lampersbach: Ich habe noch eine Frage, Herr Kaltefleiter, 1969 haben Sie analysiert, daß 12 % des sogenannten neuen Mittelstandes zur SPD gegangen sind oder erstmals die SPD gewählt haben. Die Zahlen, die mir von Bremen bekannt sind, vom Wikkert-Institut, haben sich etwas reduziert. Kann man daraus ablesen, daß die Zahl seit

Dezember 1969, für die SPD zu votieren, geringer geworden ist mit einem Umfang von etwa 4 bis 5 %?⁷³

Kaltefleiter: Ich habe keine Unterlagen, die diese Aussage stützen. Ich würde nicht sagen, daß das nicht stimmt, aber wissen Sie, das ist auch eine Frage der Kühnheit, wie das die Freunde aus Tübingen tun, solche Ergebnisse in der kürzesten Zeit in die Luft zu setzen. Sie können sich vorstellen, was dazu meine Meinung ist.

Barzel: Meine Damen und Herren, dann darf ich zu diesem Punkt nur noch eines feststellen. Ich glaube, daß bei aller sachlichen Darstellung, die Herr Kaltefleiter uns gegeben hat und die das Bremer Ergebnis wie andere zu erwartende in den richtigen Zusammenhang einordnet, doch völlig klar ist, daß das, was 1973 betrifft, noch nicht gelaufen ist. Das ist das erste, was wir sehen müssen. Das zweite ist, wenn wir also unter uns Bremen so beurteilen, wie das hier übereinstimmend vorgetragen worden ist, dann wird der Wind für uns natürlich härter durch das, was in Oslo beschlossen ist. Das ist gar keine Frage, das gibt eine emotionale Welle und das kommt immer mal wieder hoch, das kommt in allen Weihnachtsartikeln hoch und immer wieder. Also das ist eine ziemlich schwierige Geschichte. Wir dürfen nicht von einer leichten Situation hier ausgehen.

Ich möchte dann den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen.

VERSCHIEDENES

Das Wort wird nicht gewünscht. Dann möchte ich folgendes sagen: Ich stelle mir vor, daß der Zeitablauf und die Art der Diskussion in Zukunft, wenn es irgend geht, so ist wie heute. Denn wenn wir ein Führungsgremium sind, dann muß es einen Lagebericht geben, der präzise ist, es muß dazu eine Aussprache geben, eine Zusammenfassung dessen, worin wir einig sind. Und ich habe eine Frage, wenn die Kollegen, die neu in diesem Vorstand sind und die nicht im Bundestag sind, irgendwelche Bedürfnisse an Informationen zwischendurch haben, dann bitte ich, uns dies zu sagen. Die Kollegen, die ja sowieso im Fraktionsvorstand sind, kennen sehr viel davon, aber die Bedürfnisse anderer Kollegen sind wir natürlich bereit zu befriedigen. Das soll sich aus der Praxis bitte ergeben, das sind also dann Schulden, die man bei uns anmahnen muß, nicht daß man meint, wir hätten etwas versäumt. Wir wollen nur niemand zuschütten mit Papier. Also auf Deutsch gesagt, daß nicht jemand dasselbe Stück, was er als Fraktionsvorstand mitkriegt noch mal als Parteivorstand mitkriegt, das ist nicht nötig. Aber das, was Sie wollen, lassen Sie uns bitte wissen.

Kraske: Ich möchte um Gottes Willen nicht zum Schluß eine Termindebatte auslösen, aber da wir Ihnen vor der nächsten Sitzung einen Terminplan schicken, möchte ich insbesondere unsere Freunde aus den Ländern fragen, ob Ihnen der heute gewählte Montag ein vernünftiger Tag zu sein scheint. Hier für Bonner Verhältnisse geht es im Grunde wohl um die Alternative entweder Montag oder Freitag, allein aus Presse-

73 Zur aktuellen Umschichtung der Wählerschaften KALTEFLEITER S. 144–156.

gesichtspunkten ist aber der Freitag immer ein bißchen problematisch. Deswegen würde ich meinem Vorschlag gerne den Montag zugrundelegen. Es ist einmal im Monat, wie Sie wissen. (*Unruhe und Diskussion.*) Sie kriegen es ja langfristig dann für das ganze Jahr 1972 zugeschickt, so daß Sie Ihren Fahrplan durchaus darauf einstellen können. Am 9. Dezember sowieso, das ist unbenommen. Es gilt jetzt nur für das Jahr 1972.

Barzel: Wir legen doch einen gewissen Wert darauf, wenn ich dies sagen darf, nach der Vordiskussion über die neue Führung, daß wir nicht untergehen in einer Plenarwoche, weder rein physisch, daß dauernd das Telefon geht, noch publizistisch. Deshalb ist der Montag in einer Nicht-Sitzungswoche zur Betonung der Eigenständigkeit der Partei gut. Wenn wir uns dann wirklich von 11.00 bis 17.00 Uhr Zeit nehmen und zusammen essen, entwickelt sich hier auch das, was wir im Lauf der Monate an Zusammenhalt innerlich brauchen. Ich glaube, das ist schon ganz vernünftig. Man muß natürlich sehen, daß man nicht gerade die Montage nimmt, die Herr Hasselmann für die Fraktion braucht. Das Wort wird nicht gewünscht, dann danke ich für eine angenehme erste Sitzung.